

Fachbereich 08: Sozialwissenschaften
der Universität Bremen

Geographien des Klimawandels: Verwundbarkeit, Sicherheit, Translokalität

Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
durch den Promotionsausschuss Dr. rer. pol.
der Universität Bremen

Vorgelegt von
Johannes Maximilian Herbeck

Erster Gutachter: Prof. Dr. Michael Flitner

Zweite Gutachterin: Prof. Dr. Ines Weller

Tag des öffentlichen Kolloquiums: 04. Dezember 2014

Inhalt

I. Zusammenfassung	iii
II. Danksagungen	iv
III. Liste der eingereichten Artikel	v
IV. Ausarbeitung des Forschungszusammenhangs der eingereichten Artikel.....	1
1. Einleitung	1
2. Raumkategorien im (Klima)wandel	4
2.1 Orte im Klimawandel	7
2.2 Regionen im Klimawandel.....	13
2.3 Landschaft und Klimawandel	19
3. Räume des Klimawandels.....	23
3.1 Räume der Verwundbarkeit	25
3.2 Räume der Sicherheit	33
4. Ausblick: Translokale Räume des Klimawandels?	40
Literatur	45
V. Eingereichte Artikel	52
Artikel I.	52
Artikel II.	62
Artikel III.	96
Artikel IV.....	114
Erklärung.....	129

*Diese Veröffentlichung ist eine leicht überarbeitete Version der ursprünglich eingereichten Dissertation.
Es wurden redaktionelle Änderungen vorgenommen.*

I. Zusammenfassung

Das Ziel dieser Ausarbeitung ist es, auch im Rückgriff auf die als Teil dieser Dissertation eingereichten Artikel zu zeigen, welchen Beitrag die Humangeographie zu einer sozialwissenschaftlichen Klimawandelforschung beitragen kann. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie sich angesichts der Klimawandel-Debatte die Konzeption von Raum in seinen verschiedenen Kategorien verändert.

Dazu werden zunächst einige eher traditionelle Register der geographischen Forschung (der Ort, die Region, die Landschaft) vorgestellt und in ihrer Bedeutung für die wissenschaftliche und politisch-mediale Auseinandersetzung mit dem Klimawandel diskutiert. Die verschiedenen historischen Entwicklungen, in denen sich diese Raumkategorien verändert haben, werden skizziert. In allen drei Kategorien, so die zusammenfassende Beobachtung, haben sich in den letzten Jahren Raumkonzepte durchgesetzt, die sowohl den konstruierten, als auch den relationalen Charakter von Raum und Raumausschnitten betonen. Regionen, Orte und Landschaften erscheinen dann nicht mehr als quasi-natürliche Objekte, sondern als Ergebnis und Medium der Aushandlung in sozialen Machtgefügen. In den Klimawandeldebatten können diese Raumkonzepte z.B. dazu dienen, die Produktionen von Räumen in entsprechenden Diskursen offenzulegen und auf die soziale, durch Machtunterschiede geprägte Verfasstheit solcher Raumbilder hinweisen.

In einem weiteren Schritt werden räumliche Aspekte in zwei spezifischen Themenkontexten, der Verwundbarkeit und der Sicherheit aufgezeigt und mit Hilfe der eingereichten Artikel diskutiert. Hier zeigt sich, dass insbesondere die Raumbegriffe Ort und Region als wesentliche Kategorien der Analyse und der Intervention in den entsprechenden Diskursen weit verbreitet sind. Der Begriff der Landschaft taucht, zumindest in den diskutierten Feldern, weniger klar zutage. Abschließend wird die Debatte zu Translokalität als Möglichkeit vorgestellt, zukünftige humangeographische Klimawandelforschung raum- und skalensensibel zu gestalten und gerade in Hinblick auf die diskursiven Verknüpfungen zwischen Migration und Klimawandel als kritische Raumwissenschaft zu verankern.

II. Danksagungen

Hiermit möchte ich mich bei den vielen Personen bedanken, ohne deren Unterstützung die Fertigstellung dieser Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

Zum einen möchte ich mich bei meinem Betreuer Michael Flitner bedanken für die nun schon Jahre andauernde Begleitung meiner wissenschaftlichen Gehversuche. Neben des fachlichen Austausches waren auch die weiteren Gespräche unermesslich wichtig für die richtige Rahmung dieses Dissertationsprojektes. Danke für das Vertrauen!

Danke an Ines Weller für die Bereitschaft, die Zweitbegutachtung dieser Dissertation zu übernehmen.

Danke an die vielen Kolleginnen und Kollegen hier am artec, die in den letzten Jahren für immer wieder interessante Gespräche und Möglichkeiten des Austausches sorgten. Auf die Gefahr hin, wesentliche Personen zu vergessen, seien hier Heiko, Silja, die „Arbeits“-Leute um Peter und Guido, Karin und Hanna, Brigitte, Katja und die Rolands genannt. Insbesondere ein herzlicher Dank an Andrea Meier, die über einen schier unergründlichen Fundus an Ideen und praktischen Gegenständen verfügt, ohne den viele Dinge nicht möglich gewesen wären.

Danke für die vielen Gespräche, auch abseits des streng wissenschaftlichen Austausches, die wir im Rahmen der regelmäßigen Doktorandenkolloquien hier am artec geführt haben. Herzlichen Dank an Patrick Augenstein, Libertad Chavez-Rodriguez, Rio Deswandi, Timo Dziemballa, Frieda Gesing, Jill Heyde, Mahmud Islam, Robert Katikiro, Ilka Kottmann, Martin Lukas, Nina Maier, Anna Mohr, Irendra Radjawali, Ewelina Riekens und Jan Scheve. Dem letzteren auch herzlichen Dank für die spontane Bereitschaft, die Arbeit Korrektur zu lesen.

Besonderen Dank (auch trotz Doppelnennungen) an die Ko-AutorInnen der Artikel, Michael Flitner, Mahmudul Islam und Silja Klepp. Den intensiven Austausch während der gemeinsamen Arbeit an den Artikeln habe ich als unendlich hilfreich und inspirierend empfunden. Danke auch an Heiko Garrelts für das gewissenhafte Lesen und die hilfreichen Kommentare zum Artikel zu humanitären Organisationen.

Auch Rainer und Heinke, Hanne und Albert: danke für eure Unterstützung! Micki, du fehlst!

Zu guter Letzt ein unendlich tief empfundener Dank an meine Familie: Luci, Judith, Frederik, ohne euch wär's nix!

III. Liste der eingereichten Artikel

Artikel I.: **Herbeck, J.**, Flitner, M. (2010). "A new enemy out there"? Der Klimawandel als Sicherheitsproblem. *Geographica Helvetica* 65(3), 198-206.

Status: Veröffentlicht

S. 52

Artikel II.: Klepp, S., **Herbeck, J.** (akzeptiert): Decentering Climate Change. Aushandlungen um Klimawandel und Migration in Europa und in Ozeanien. In: Knecht, M., Römhild, R. (Hrsg.) *Decentering Europe. Postcolonial, postbloc perspectives for a reflexive European Ethnology*. Bielefeld: transcript.

Status: Akzeptiert

S. 62

Artikel III.: **Herbeck, J.** (2013): Am Rande der Klimabewegung - Humanitäre Organisationen. In: Dietz, M. & Garrelts, H. (Hrsg.) *Die Internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Wiesbaden, Springer VS. S. 449-465.

Status: Veröffentlicht

S. 96

Artikel IV. Islam, M., **Herbeck, J.** (2013): Migration and translocal livelihoods of coastal small-scale fishers in Bangladesh. *Journal of Development Studies* 49(6): 832-845.

Status: Veröffentlicht

S. 114

IV. Ausarbeitung des Forschungszusammenhangs der eingereichten Artikel

1. Einleitung

Am 22. September 2014 erschienen auf der Homepage der Süddeutschen Zeitung zwei Artikel, die die höchst unterschiedlichen Bewertungen des anthropogen verursachten Klimawandels und seiner politischen Einhegung demonstrierten. Sie boten Anlass, sich über die spezifischen Räumlichkeiten des Klimawandels Gedanken zu machen. Unter der Überschrift „Hunderttausende demonstrieren für den Klimaschutz“ (Ohne Autor, 2014a) wurde zum einen über einen weltweiten Aktionstag berichtet, zu dem unterschiedlichste Initiativen aufgerufen hatten, um im Vorfeld des UN-Klimagipfels in New York ein stärkeres Engagement für den Klimaschutz einzufordern. Ein Schwerpunkt der Proteste war New York selbst, wo sich 300 000 Menschen zu einem Demonstrationzug versammelten, der auch verschiedene symbolträchtige Orte streifte. So wurde unter anderem vor den Gebäuden der New Yorker Börse an der Wall Street protestiert sowie am Gebäude der Vereinten Nationen, die die direkten Adressaten der Demonstrationen waren. Neben den Demonstrationen in New York gab es an 2500 anderen Orten Proteste, etwa am Brandenburger Tor in Berlin, in London, Paris und Sydney.¹ Was sich hier über den Globus verteilt beobachten ließ, war die öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzte Opposition gegen eine als wenig wirksam betrachtete internationale Klimapolitik.

Am selben Tag erschien - wohl nicht ganz zufällig - ebenfalls in der Süddeutschen Zeitung ein Artikel mit dem Titel „Forscher melden neuen Rekordausstoß“ (Ohne Autor, 2014b). Im Jahr 2013, so der Artikel, seien die Emissionen von CO₂ und anderen treibhauswirksamen Gasen erneut angestiegen und damit auf den höchsten je festgestellten Wert geklettert; dies sei voll im Trend der letzten Jahre, in denen die entsprechenden Emissionen jeweils um rund 2,5% jährlich gestiegen seien. Gleichzeitig trifft der Artikel einige interessante Differenzierungen hinsichtlich der räumlichen Verteilung der Emissionen: zum einen wird festgestellt, dass die USA nach wie vor an der Spitze der jährlichen Pro-Kopf-Emissionen lägen, dass jedoch China die größte absolute Menge an Treibhausgasen emittiere. Weiterhin wird auf die sinkenden Treibhausgasemissionen der Länder der Europäischen Union hingewiesen und auf vergleichsweise niedrige Pro-Kopf-Emissionen in China und Indien.

¹ Zu einem Überblick über die Protestaktion vgl. <https://secure.avaaz.org/en/event/climate/?slideshow>

Wenn man die beiden Artikel gemeinsam betrachtet, so finden sich einige erste Hinweise, durch welche spezifischen Räumlichkeiten der Klimawandel geprägt ist, besonders aber auch, welche räumlichen Bezugspunkte die politischen Auseinandersetzungen aufweisen, die sich um die Klimawandeldiskurse entfalten. In ihnen werden die unterschiedlichsten räumlichen Kontexte, konkrete Orte und deren symbolische Inhalte, sowie vielfältige Raumkategorien miteinander verknüpft. So ist der Klimawandel zumindest potentiell der Kristallisationspunkt einer neuen internationalen Bewegung in Form einer raumübergreifenden, nationalstaatliche Grenzen überschreitenden politischen Gemeinschaft, die seit einigen Jahren sinnvolle Klimapolitiken einfordert, auf bereits beobachtbare, lokal erfahrbare Klimawandelfolgen hinweist und räumlich manifeste Kommunikationsstrategien ergreift, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.² Gleichzeitig ist die internationale Klimapolitik selbst in ganz spezifischen Räumlichkeiten verfasst: die entsprechenden Regelwerke wie das Kyoto-Protokoll beziehen sich im Grundsatz auf das nationalstaatlich organisierte internationale System. Nationalstaaten sind mithin die wesentlichen Adressaten entsprechender Politiken und Entscheidungsträger in der Ausgestaltung solcher internationaler Vereinbarungen gleichermaßen: sie sind diejenigen räumlich voneinander abgegrenzten Organisationseinheiten, die sich (mehr oder weniger stark) zu Mitigationsanstrengungen verpflichten, die im Zuge der in den *adaptation funds* festgeschriebenen Ausgleichsmechanismen als Betroffene zu den Empfängern oder als Verursacher zu den Finanziers entsprechender Zahlungen zählen, und deren VertreterInnen zugleich die zukünftige Ausgestaltung der Regelwerke diskutieren und verabschieden. Natürlich gründen diese spezifischen Räumlichkeiten der internationalen Klimapolitik wesentlich auf historischen Bedingungen, die zur heutigen Verfasstheit der internationalen Staatenwelt geführt haben und in denen sich das Nationalstaatsprinzip als das wesentliche raumordnende Axiom durchgesetzt hat. Zugleich tragen die entsprechenden Politikvereinbarungen auch spezifische historische Verantwortlichkeiten in sich, die auf die bis heute nachwirkende Ära der Kolonisierung und die unterschiedlichen Anteile an den historischen und aktuellen Emissionen von Treibhausgasen verweisen (vgl. Parks und Roberts, 2010; Dietz, 2009).

Was sind nun die Orte des Klimawandels, die von den beschriebenen räumlich-strukturierenden Spezifika internationaler Klimapolitik beeinflusst sind und diese gleichzeitig mit prägen? Vielfältige Antworten sind denkbar: die Tagungsräume nationaler Parlamente

² Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass es *die* Klimabewegung natürlich nicht gibt; vielmehr findet sich unter dem Schlagwort eine Vielzahl von Akteuren, die unterschiedlichste Programmatiken verfolgen und vereinzelt konzertiert auftreten. Entsprechend vielfältig sind wiederum die vorgeschlagenen Lösungswege – von Green-Growth-Strategien bis zu Forderungen nach globaler Klimagerechtigkeit (vgl. Dietz und Garrelts, 2013).

und Gremien zwischenstaatlicher Institutionen; die unter dem Eindruck der Projektionen des weltweiten Meeresspiegelanstieges stehenden Küstengemeinden der pazifischen Inselstaaten oder der tiefliegenden Flussdeltas Südasiens und Westafrikas; die durch Demonstrationzüge in ihrem normalen Funktionieren gestörten symbolträchtigen Orte des westlichen Kapitalismus, die Vorzimmer politischer EntscheidungsträgerInnen, die Büros der in Krisensituationen eingesetzten ProjektmitarbeiterInnen von humanitären Organisationen – an all diesen konkreten Orten überlagern sich auf komplexe und vielfältige Weise die bereits erfahrbaren und die erwarteten Auswirkungen des Klimawandels selbst, die institutionellen Ausformungen und politischen Entscheidungen der internationalen (und jeweils lokal oder regional interpretierten) Klimapolitik und die lokalen Besonderheiten, unter denen klimatische Veränderungen erfahren und bewertet sowie Handlungsalternativen abgewogen werden.

Das Ziel dieser Ausarbeitung ist es, auch im Rückgriff auf die eingereichten Artikel zu zeigen, welchen Beitrag die humangeographische Forschung zu einer sozialwissenschaftlichen Klimawandelforschung beitragen kann. Im Mittelpunkt des Rahmentextes steht dabei die Frage, wie sich angesichts der Klimawandel-Debatte die Konzeption von Raum in seinen verschiedenen Kategorien verändert. Dazu soll zunächst beschrieben werden, wie sich unterschiedliche traditionelle Register der geographischen Forschung (der Ort, die Region, die Landschaft) zum Diskurs verhalten, d.h. wie sich das Verständnis der Raumkonzepte selbst verändert, aber auch wie Fragen der Betroffenheit verschiedener Raumausschnitte von klimatischen Veränderungen und deren sozialen, ökonomischen und im weiteren Sinne kulturellen Folgen in Rückgriff auf humangeographisches Denken beantwortet werden können.

Zunächst sollen hierfür einige Raumkategorien vorgestellt werden, deren Konzeption in der Vergangenheit starken Veränderungen ausgesetzt war und die in Hinblick auf ihre Nutzbarkeit in der Klimawandeldebatte diskutiert werden sollen (Kapitel 2). In einem weiteren Schritt werden räumliche Aspekte in zwei spezifischen Themenkontexten, der Verwundbarkeit und der Sicherheit aufgezeigt und mit Hilfe der Artikel diskutiert, die als Teil dieser kumulativen Dissertation eingereicht werden (Kapitel 3). Abschließend wird der Ansatz der Translokalität als Möglichkeit vorgestellt, zukünftige humangeographische Klimawandelforschung raum- und skalensensibel zu gestalten und gerade in Hinblick auf die diskursiven Verknüpfungen zwischen Migration und Klimawandel als kritische Raumwissenschaft zu verankern (Kapitel 4).

2. Raumkategorien im (Klima)wandel

Auf den ersten Blick erscheint der Klimawandel höchst anschlussfähig an die Verschiebungen in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung, die spätestens seit den letzten beiden Dekaden des vergangenen Jahrhunderts im Zusammenhang mit den multiplen Formen und Bedeutungen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Globalisierung einhergegangen sind. Analog zur Globalisierung erscheint der Klimawandel als ein Phänomen, das aufgrund seiner Einbettung in globale Ursachenzusammenhänge und seiner grenzüberschreitenden Wirkungen auf globaler Ebene beobachtet und analysiert werden muss. Nur in einer globalen Betrachtung, so scheint es, lassen sich die vielfältigen und komplexen Veränderungen lokalen Wetters überhaupt als langfristig und weltweit in die gleiche Richtung weisende Verschiebung identifizieren und in Zusammenhang bringen mit menschlichen Aktivitäten.

Die Techniken, Institutionen und Wirkungsweisen der Wissensproduktion, die sich in den vergangenen Dekaden der Forschungen zum Klimawandel entwickelt haben, sind vielfältig und geographisch weit gestreut. Ähnlich vielgestaltig sind auch die internationalen Initiativen und Politikforen, die den Klimawandel als grenzüberschreitende Herausforderung begreifen und entsprechende globale Antworten nahelegen. Mit der Gründung des International Panel on Climate Change (IPCC) Mitte der 1980er Jahre durch die World Meteorological Organization (WMO) und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) wurden grundlegende Mechanismen der internationalen Klimawissenschaft in ihrer spezifischen Verfasstheit festgeschrieben (Flitner, 2013). Insbesondere festigte die IPCC-Gründung die Dominanz naturwissenschaftlicher Methodik in der Klimaforschung und begründete drei grundlegende Prämissen, die sowohl die Forschung als auch die internationale Klimapolitik bis heute ganz wesentlich prägen (vgl. Hulme, 2008: 6): die Vorstellung einer globalisierten Atmosphäre als endliches Depositorium der globalen Treibhausgasemissionen, das Ziel einer stabilisierten Weltklimas als wesentlichem Fokus internationaler Politik, sowie die Festschreibung von Mitigation und Adaption als die beiden Grundpfeiler jener Klimapolitik. Der hier wirkungsmächtig definierte globale Charakter des Klimawandels und seiner Bekämpfung scheint es zunächst nahezu legen, auch dem Klimawandel jene homogenisierende Wirkung zuzuschreiben, in der O'Brien (1992) vor dem Hintergrund der Globalisierung ein „Ende der Geographie“ heraufdämmern sah. Räumliche Unterschiede, so der vordergründige Anschein, verlören an Relevanz gegenüber der Herausbildung einer globalen „Weltrisikogesellschaft“ (Beck, 1986), die in der gemeinsamen Betroffenheit von klimatischen und nach- und vorgelagerten gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationen vereint ist. Dies reflektiert gleichzeitig einen Übergang in den

Gesellschaftstheorien, weg von der an nationalstaatlichen Territorien orientierten „Container“-Topografie des internationalen politischen und gesellschaftlichen Systems, hin zu einer zunehmend transnationalen Verfasstheit einer *kosmopolitischen* (vgl. z.B. Beck und Grande, 2004) globalen Gesellschaft. Die Beobachtung und das Postulat zunehmend grenzüberschreitender Problemlagen und einer gleichzeitigen Herausbildung von Problemlösungskapazitäten jenseits der nationalstaatlichen Politikforen, etwa in Form von inter- und transnationalen Organisationen mit immer weitreichenderen Kapazitäten, brachten die Gesellschaftswissenschaften zunehmend in Erklärungsnot. Die Überwindung des *methodologischen Nationalismus* (Basch et al., 1994), der bis zum Ende des 20. Jahrhunderts weite Teile der Politik- und weiterer Gesellschaftswissenschaften geprägt hatte, war und ist auch Reaktion auf eine zunehmend als vernetzt wahrgenommene Weltgesellschaft, in der alte Zugehörigkeiten und Entscheidungsmechanismen ins Schwimmen geraten. Mit einer gleichzeitigen Infragestellung von bislang essentialistisch und primordial auf gefassten individuellen und kollektiven Identitäten durch Vordenker des *cultural turns* in den Geistes- und Sozialwissenschaften wie Raymond Williams (1971), Edward Said (1978), Stuart Hall (1990) und Homi Bhabha (1994), wanken zunehmend auch die damit verknüpften „imaginativen Geographien“ (Said, 1978): die Vorstellung klarer Territorialitäten von scheinbar zeitlosen Ethnien oder Volksgemeinschaften hat unter dem Einfluss post-strukturalistischer Theoretiker immer weniger Bestand – und damit auch die scheinbar natürliche, an nationalstaatlichen Grenzen orientierte, räumliche Ordnung der Welt.

Gleichzeitig besteht wenig Zweifel daran, dass der Klimawandel räumlich höchst unterschiedliche Wirkungen entfalten wird und das Globale als ort- und grenzenloser „space of flows“ (Castells, 1996) in der konkreten Manifestation von Klimawandelfolgen an seine lokalen Grenzen stößt. Mehr noch, durch seinen relationalen Charakter vermittelt der Klimawandel gar zwischen der Betroffenheit individueller Körper und der Frage des planetaren Überlebens (Blok, 2010: 897). Prognostizierte Zunahmen in Temperaturen, Niederschlägen und Extremwetterereignissen (insbesondere Stürme, Trockenperioden und Starkregenereignisse) finden in Teilräumen statt und sind lokal erfahrbare und räumlich begrenzt wirksame Ereignisse. Die Erforschung gesellschaftlicher Folgen, aber auch der Vorbedingungen und Ursachen des Klimawandels befindet sich somit in einem Spannungsfeld zwischen einerseits beobachteter und behaupteter globaler Wirksamkeit und konkreter räumlicher Manifestation andererseits. Dieses Spannungsfeld erklärt sich zumindest zum Teil aus der Art und Weise, wie die etablierte Klimawissenschaft Wissen produziert. Hulme (2008) beschreibt Informations- und Bedeutungsverluste der erhobenen Klimadaten auf dem Weg von hoch lokalisierter Datenerhebung hin zu aggregierten Klimamodellen auf regionaler und globaler Ebene:

“Weather is first captured locally and quantified, then transported and aggregated into regional and global indicators. These indicators are abstracted and simulated in models before being delivered back to their starting places (locales) in new predictive and sterilized forms (...). Through this circuitry, weather – and its collective noun climate – becomes detached from its original human and cultural setting.” (Hulme, 2008: 7)

Es wird ersichtlich, dass die intrinsisch in den Klimawissenschaften angelegten skalenübergreifenden Erhebungs- und Vorhersagemethoden ursächlich für eine Reduktion der zur Verfügung stehenden Daten auf rein naturwissenschaftliche Items sind, während kulturelle Dimensionen von Wahrnehmung und Bewertung von Wetterphänomenen verloren gehen. Diese „Purifizierung“ (Latour, 1993) von Klimadaten ist also ganz wesentlich mit bestimmten räumlichen Praktiken und Datenbewegungen verbunden, so dass hier bereits im Grundsatz eine charakteristische *Räumlichkeit* der modernen Klimawissenschaften konstatiert werden kann.

Neben dieser stärker epistemologischen Frage zeigt sich auch ontologisch, dass der Klimawandel natürlich raum-zeitlich höchst unterschiedliche Wirkungen entfaltet. Hier sind die Klimawissenschaften und die sozialwissenschaftliche Klimafolgenforschung mit Fragen konfrontiert wie etwa: Welche Einzelereignisse sind wie stark durch den Klimawandel-Trend beeinflusst? Welche Orte oder anderen Raumausschnitte sind in besonderem Maße von lang- oder kurzfristigen Wetteränderungen betroffen und in welcher Form? Welche Gesellschaften sind wie in der Lage, mit sich veränderndem lokalen Wetter oder Extremereignissen umzugehen?

In den Naturwissenschaften hat sich in der Folge in den letzten Jahren eine Forschungsrichtung etabliert, die versucht, den Anteil der Trendveränderung des Klimawandels am Zustandekommen von einzelnen Extremereignissen zu bestimmen (vgl. z.B. Peterson et al., 2013). Umgekehrt wird versucht, den Einfluss regionaler oder lokaler Emissionen auf den globalen Trend zu bestimmen (vgl. z.B. Bindoff et al., 2013). Diese Formen der *Attribution* steckt noch in den Kinderschuhen, jedoch zeigen sich hier in einer primär *zeitlich* differenzierten und auf das Einzelereignis bezogenen Analyse erste Ansätze, wie die Globalität des Klimawandels in Beziehung gesetzt werden kann zu seinen lokalen Ausprägungen. In beiden Fällen zeigt sich wieder, dass die Frage der Übersetzung von globalen Veränderungen auf sub-globale Raumausschnitte (und andersherum) mit größeren Schwierigkeiten behaftet ist (vgl. Bindoff et al., 2013; Peterson et al., 2013)

In den Sozialwissenschaften, und insbesondere in der Humangeographie überwiegt hingegen die Beschäftigung mit der Kategorie Raum. Der Klimawandel, so die

Schlagrichtung, kann „nicht generell als global, sondern muss als räumlich und zeitlich höchst differenzierter und fragmentierter Prozess betrachtet und behandelt werden“ (Dietz und Vogelpohl, 2005: 8). Dietz und Vogelpohl (2005: 15ff.) weisen darauf hin, dass es ihrer Meinung nach zwei wesentliche Dimensionen von Räumlichkeit gibt, die in den Debatten zum Klimawandel eine wesentliche Rolle spielen: Raum als Ort (*place*), und als Maßstab (*scale*). Gleichzeitig scheint m.E. die Dualität von global und lokal nicht hinreichend, um die verschiedenen räumlichen Prozesse und Implikationen des Klimawandels zu fassen. Eine Reihe anderer topografischer Kategorien sind in den letzten Jahren verwendet worden, um zwischen dem Globalen des Klimawandels und seiner lokalen Manifestation zu vermitteln. In der Folge sollen die folgenden Kategorien in ihrer Bedeutsamkeit für den Klimawandel diskutiert werden: der Ort, die Region und die Landschaft. In diesen drei Raumkategorien, so die Vermutung, bilden sich einige Besonderheiten der Geographien des Klimawandels deutlich ab und können zugleich einige grundlegende Fragestellungen beleuchtet werden, die in einer kritischen, humangeographischen Beschäftigung mit Raum und Klimawandel zutage treten.

Die Entscheidung für diese eher „klassischen“ Kategorien der Geographie ist dabei bewusst getroffen worden. Natürlich sollen die grundlegenden Debatten, die in der Beschäftigung mit den abstrakteren Begriffen *space* und *scale* zutage treten, hier nicht ausgeblendet werden. Die vorgestellten Raumkategorien sind nicht denkbar ohne grundsätzlichere Überlegungen über die gesellschaftliche Verfasstheit von Räumlichkeit. Diese theoretischen Fragen bieten gewissermaßen das Rüstzeug, um die Fragen nach den Bedingungen der Raumproduktion und der *politics of scale*, die in den Klimawandeldiskursen angelegt sind, analysieren zu können. Und entsprechende Fragen tauchen auch in den folgenden Ausführungen zu den drei Raumkategorien immer wieder auf. Dennoch wird den konkreteren Raumfiguren eine größere Relevanz in der politischen Auseinandersetzung mit dem Klimawandel und dessen gesellschaftlichen Folgen beigemessen: die entsprechenden politischen Debatten, so die Überlegung, beschäftigen sich stärker mit den vermeintlich klarer erfassbaren räumlichen Registern wie Ort, Region oder Landschaft.

2.1 Orte im Klimawandel

Nachdem, wie bereits eingangs erwähnt, in den Sozialwissenschaften mit der Beobachtung einer in vielen Bereichen sich beschleunigenden Globalisierung lange Zeit vornehmlich über das Ende des Raumes, die verschwindende Bedeutung von Distanzen, räumlichen Unterschieden und lokalen Besonderheiten nachgedacht wurde, verschiebt sich in

verschiedenen Bereichen der Fokus seit einiger Zeit wieder. Der (wiederkehrende) Blick auf die *spatial differences* und den Raum als wesentliche Größe in sozialwissenschaftlicher Theoriebildung und empirischer Messung ist allenthalben als *spatial turn* in den Sozialwissenschaften bezeichnet worden. Das sich dieser *turn* gerade vor dem Hintergrund eines postulierten „Endes der Geographie“ vollzog, ist eine disziplingeschichtliche Fußnote:

„Es gehört zu den interessanten raumtheoretischen Paradoxien (...) dass erst die aus der Verneinung des Lokalen resultierenden Konzeptbegriffe des Globalen das Lokale als analytischen Blindfleck herausstellt.“ (Berking, 2006: 14)

Was genau sind aber Orte, was ist die viel beschriebene lokale Ebene? Und woher kommt das in vielen Bereichen zu beobachtende, wachsende Interesse am Lokalen?

Der Ort ist eine der zentralen Raumkategorien in der Geographie und zugleich eine komplexe und schwer bestimmbare Begrifflichkeit. In einer allgemeinen Annäherung kann Ort zunächst als relativ neutrale Raumeinheit aufgefasst werden, die einen Raumausschnitt „of any size or configuration“ (Henderson, 2009: 539) beschreibt. Hier besteht eine Vergleichbarkeit zu zunächst ähnlich allgemeinen Raumkategorien wie *Region* oder *Gegend*. Bei weiterer Annäherung zeigt sich jedoch, dass mit dem Ort häufig eine großmaßstäbliche Betrachtung verbunden wird und die lokale Ebene in engeren Definitionen von *place* klarer durchscheint. In Anknüpfung an John Agnew (Agnew, 1987) unterscheidet Castree (2009: 155ff) drei wesentliche Bedeutungen von Ort in der humangeographischen Diskussion, die in ihrer zeitlichen Abfolge zugleich als disziplingeschichtliche Sukzession³ gelesen werden können: in seiner einfachsten und ursprünglichen Bedeutung wird nach Agnew ein Ort als Punkt auf der Erdoberfläche aufgefasst (*place as location*). Als Grundlage der Regionalgeographie des frühen 20. Jahrhunderts diente der Ort in dieser Bedeutung als diejenige Raumeinheit, die es in ihrer Einzigartigkeit und möglichst in ihrer Gesamtheit zu beschreiben und von anderen Orten zu unterscheiden galt. Das Ergebnis waren dann primär deskriptive Ortsbeschreibungen und die Vorstellung von globalem Raum als Mosaik der unterschiedlichen, klar voneinander unterscheidbaren Orte und Lokalitäten. Obgleich dieses Selbstverständnis der Geographie als an distinkten Orten interessierter, beschreibender *jack of all trades* bereits zu diesem Zeitpunkt umstritten war, verzeichnet Castree eine Krise dieser Geographie und auch des Ortes als zentrale Kategorie erst ab der Mitte des 20. Jahrhunderts. Nach einer darauffolgenden Phase der Abwendung von der Örtlichkeit, hin zu

³ Diese Abfolge bezieht sich primär auf die englischsprachige Geographie. In der deutschsprachigen wissenschaftlichen Auseinandersetzung werden viele dieser Entwicklungen mit einer etwa zehnjährigen Verzögerung rezipiert und diskutiert.

stärker deduktiv geprägten Ansätzen zur Erklärung von räumlichen Mustern mit Hilfe von quantitativen Methoden nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhr der Ort ab den 1970er Jahren eine Renaissance. In einer humanistisch geprägten, später durch marxistische GeographInnen ergänzte und erweiterte Kritik der vorherrschenden, an naturwissenschaftlichen Verfahren orientierten „scientific geography“ (Castree, 2009: 157) spielte die Wiederentdeckung des Ortes eine zentrale Rolle. Die Thematisierung und Erforschung von Lebenswelten von Individuen und Gruppen stand zunächst im Zentrum der humanistischen Kritik von Geographen wie David Ley und Graham Rowles (vgl. Ley, 1974; Rowles, 1978). Durch die hier im Vergleich zur Regionalgeographie der Jahrhundertwende vollzogene Verschiebung des Analyseschwerpunktes, weg von der umfassenden Beschreibung der scheinbar objektiv erfassbaren Charakteristika von Orten, hin zu stärker subjektiven, ortsgebundenen Lebenswelten erschließt sich die zweite Bedeutung von Ort in der Unterscheidung von Agnew und Castree. Im Zentrum stand nun der Versuch, individuelle Ortswahrnehmungen und Zugehörigkeitsgefühle (*sense of place*) zu rekonstruieren und die Besonderheiten von Orten durch die Brille der dort Lebenden zu erfassen. Dies bedeutete nicht nur eine Abkehr von den szientistischen Methoden der unmittelbaren Vorgänger in der Geographie, sondern eben auch eine Neubewertung der Bedeutung von Ort und Lokalität:

“(…) the aim was to recover people’s varying sense of place (...): that is, how different individuals and groups, within and between places, both interpret and develop meaningful attachments to those specific areas where they live their lives.” (Castree, 2009: 158)

In der Folge wurden diese Neubewertung und die Wiederentdeckung des Ortes als wesentliches Element humangeographischer Forschung zwar weitgehend gewürdigt, jedoch nicht nur unkritisch kommentiert. Insbesondere eine Gruppe marxistischer GeographInnen um David Harvey verwies auf die Nachteile der auf die Erfahrungswelten der BewohnerInnen von Orten reduzierte Ontologie entsprechender Arbeiten: die aus ihrer Sicht entscheidende Wirkung einer zunehmend global organisierten (kapitalistischen) Ökonomie auf die Verfasstheit von Orten werde auf diese Weise ausgeblendet (vgl. z.B. Harvey, 1982). Stärker als bislang müsse also auf die *Verbundenheit* von Orten geblickt werden und den Einfluss, den Handlungen an bestimmten Orten auf andere Orten haben. Die zentrale Frage war demnach, inwiefern die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort eingebettet und geprägt werden durch übergeordnete, jenseits der Grenzen des Ortes stattfindende Strukturen:

“Contemporary human geographers (...) have proposed a more relational and political conception of place, emphasising the connections between places in an increasingly networked and globalised world (...).“ (Devine-Wright, 2013: 62)

Der Dualismus von Struktur und Handlung erfuhr eine Neubewertung in einer Phase innerhalb der englischsprachigen Geographie, die Castree (2009: 158) als „second phase in human geography’s rediscovery of place“ nennt. Prägende AutorInnen dieser Phase sind v.a. Doreen Massey, Derek Gregory und Allan Pred. Während Massey (1984) insbesondere auf die raumdifferenzierenden Wirkungen globaler Prozesse (wie etwa des zunehmenden wirtschaftlichen Wettbewerbes) hinwies und somit einen Mittelweg zwischen der Ortsfixiertheit der humanistischen GeographInnen einerseits, und der Überbewertung globaler Strukturen der marxistischen AutorInnen andererseits vorschlug, arbeiteten Gregory und Pred an einer räumlichen Interpretation der Giddens’schen Strukturierungstheorie. Das Ergebnis war die Feststellung, dass sich eine gegenseitige Beeinflussung von Struktur und Handlung an spezifischen Orten manifestiert (Castree, 2009: 159).

In der Folge entwickelte sich das dritte Verständnis von Ort, das Agnew als *place as locale* bezeichnet. Charakteristisch ist hier eine Konzentration auf den Maßstab der alltäglichen Lebensführung in der Definition dessen, was als Ort verstanden wird. Die *locale* wird dann verstanden als

“(...) scale in which people’s daily life was typically lived. It was at once the objective arena for everyday action and face-to-face interaction and the subjective setting in which people developed and expressed themselves emotionally. It was at once intensely local and yet insistently non-local to the extent that outside ‘forces’ intruded into the objective and subjective aspects of local life in an interdependent world.” (Castree, 2009: 160)

Mit diesem Schritt vollzieht sich in der Humangeographie in mehrerer Hinsicht ein erneuter Wandel in der Konzeption des Ortes: erstens wird deutlich, dass hier insofern multiple Globalitäten vorausgesetzt werden, als dass die externen Kräfte zwar auf unterschiedliche Lokalitäten einwirken, diese globale Struktur jedoch aktiv an Orten interpretiert und angeeignet wird. Zweitens wird die Gleichzeitigkeit von objektiver Raumausstattung und subjektiver Rauminterpretation anerkannt und als Grundlage von individuellen Lebenswelten verstanden. Diese Vorstellung von Orten in ihrer Verbindung mit anderen, großflächigeren Raumausschnitten (oder auch mit anderen Orten) ist häufig als *relationaler* Ortsbegriff bezeichnet worden:

“(…) a relational reading of place (...) works with the ontology of flow, connectivity and multiple geographical expression, to imagine the geography of cities and regions through their plural spatial connections.” (Amin, 2004: 34)

Für Amin sind Orte und Regionen dann „sites of heterogeneity“ (ibid.: 38), die mit anderen Orten in Verbindung stehen. Konstitutives Merkmal von Räumlichkeit bzw. Örtlichkeit sind also genau jene vielfältigen Verknüpfungen, auch über größere Distanzen hinweg, die in der Globalisierungs- aber auch der Klimawandeldebatte immer wieder angeführt werden. Von einigen Autoren sind relationale Raumvorstellungen auch mit neuen Möglichkeiten für Systeme weltübergreifender Solidarität und Fürsorge in Verbindung gebracht worden (vgl. z.B. Popke, 2007), wie sie auch im Klimawandel-Diskurs unter dem Schlagwort der Klimagerechtigkeit debattiert werden.

An dieser Stelle seien zwei zentrale Punkte festgehalten, die für eine Auseinandersetzung mit der Frage nach der Beziehung zwischen Klimawandel und Raum wichtig erscheinen:

Erstens werden die Zusammenhänge zwischen (globalen) Strukturen und (lokalen) Handlungen heute in ihrer Reziprozität begriffen: Orte (oder Handlungen an Orten) tragen zum Entstehen von globalen Veränderungen bei, gleichzeitig werden diese Veränderungen in diesen sichtbar und erfahrbar. Zwar beschreibt Escobar (2001), dass im Allgemeinen das Globale assoziiert wird mit Macht, Kapital, Handlung, während das Lokale für Tradition, Schwäche, Handlungsunfähigkeit steht (das Globale bezeichnet Escobar als *space*, das Lokale als *place*). Das Globale ist Komplexität und Verbundenheit, das Lokale das Bekannte, die Lebenswelt (Blok, 2010: 899). Auch Berking beschreibt jene

„(...) imaginäre Geographie, für die das Globale mit Kapital, Fortschritt, Zivilisation und freien Räumen verschweißt ist, während das Lokale auf Tradition, Territorialität und Orte verweist – eine sozialräumlich distinkte Vergemeinschaftsform, bewohnt von den üblichen Verdächtigen, von Armen, Minderheiten und Frauen, die, gefangen in ihren lokalen Kulturen, nur eines gemeinsam haben: Sie alle sind Opfer externer Kräfte, die lokal nicht zu bändigen sind.“ (Berking, 2006: 13)

Was hier vor dem Hintergrund der Globalisierung beschrieben wird, scheint relativ gut auf den Klimawandel übertragbar: auch hier, so die dominante Sichtweise, trifft auf lokaler Ebene der Klimawandel genau jene „üblichen Verdächtigen“, die, jeglicher Handlungsmacht beraubt, den katastrophalen Auswüchsen der westlichen Industrialisierung und ihrer unerwünschten Nebenfolgen ausgeliefert sind.

Jedoch, und dies soll an dieser Stelle unterstrichen werden, wird vor dem Hintergrund der beschriebenen Verschiebungen in der Konzeption von Ort deutlich, dass die Handlungsmacht und der Einfluss von Orten auf globale Prozesse zunehmend mitgedacht wird und die Dualität von Struktur und Handlung (i.S. von Giddens Strukturierungstheorie, (vgl. Giddens, 1994)) nicht mehr einseitig der einen oder anderen Ebene zugeordnet wird. Genauso scheint es überholt, von einer reinen Viktimisierung potentiell vom Klimawandel Betroffener auszugehen. Die imaginativen Geographien des Klimawandels, wie sie insbesondere in den unter 3. beschriebenen Vulnerabilitäts- und Sicherheitsdiskursen verfestigt und etabliert werden, werden zunehmend von Perspektiven herausgefordert, die die Handlungsmacht lokaler Akteure in der Begegnung des Klimawandels in den Mittelpunkt stellen. Diese aktive Stellung lokaler Akteure erschöpft sich dabei nicht in naheliegenden Aufzeigen von politischen Handlungsspielräumen oder (auch in der internationalen Klimapolitik angelegten) Anpassungs- und Resilienzstrategien, sondern erstreckt sich auch auf grundlegendere Fragen der Wertschätzung unterschiedlicher Wissensformen, und der lokalen Bewertungen sowohl von Wetter- oder Klimaveränderung an sich, als auch der westlich dominierten Klimawissenschaft.

Zum anderen ist die wesentliche Veränderung der Konzeption von Ort – und in mehrerlei Hinsicht trifft dies auch auf andere Raumkategorien zu, die im weiteren Verlauf der Arbeit noch vorgestellt werden – eine zunehmende Hinwendung zum konstruierten Charakter von Raum. Die Ausführungen zu Region und insbesondere zu Landschaft werden dieses Argument weiter ausbauen.

Wie wurde also bislang der Klimawandel in Bezug gesetzt zum Ort? Welche Ansätze gibt es, die lokalen Manifestationen des Klimawandels zu erforschen? Die Relevanz des Ortes als Stätte des Auftretens von veränderten klimatischen Bedingungen im Gegensatz zum globalen Charakter des Klimawandels ist von vielen Seiten betont worden. Herausgegriffen sei hier ein vielzitatierter Aufsatz von Wilbanks und Kates (1999), der versucht, die komplexen Wechselwirkungen zwischen einer globalen Ebene des Wandels mit Lokalitäten oder Orten zu fassen. Grundlegend argumentieren Wilbanks und Kates, dass sich globale Veränderungen in verschiedenen Bereichen in Örtlichkeiten manifestieren, während gleichzeitig lokale Veränderungsprozesse in globalem Wandel kulminieren. Entsprechend seien Forschungen *entweder* (und in der Mehrzahl der Fälle) mit Fragen des *impacts* beschäftigt, den globale Prozesse auf Lokalitäten haben, *oder* mit dem Einfluss lokaler Prozesse und Entscheidungen auf globale Trends (Wilbanks und Kates, 1999: 601). Dabei, so das Hauptargument, seien sich viele Arbeiten der Bedeutung von Skalen für die Analyse und Beurteilung von globalem Wandel nicht bewusst. Hauptsächlich auf die *top-down-*

Prozesse der *impact*-Forschungen konzentriert, verlören viele Arbeiten das Gespür für die lokalen Handlungs- und Bewertungsspielräume, die insbesondere in Fragen der Anpassung an globale Wandlungsprozesse so bedeutsam seien. Eingefordert wird dementsprechend eine skalen-sensiblere *global change*-Forschung, die einen stärkeren Fokus auf die lokale Datenerhebung und –analyse legen sollte, mehr als bisher *bottom-up*-Perspektiven in Fragen des globalen Wandels einspeisen, und den vielfältigen Interaktionen zwischen verschiedenen Bereichen und Prozessen, die auf unterschiedlichen Skalen ablaufen, mehr Beachtung schenken sollte (Wilbanks und Kates, 1999: 623). Auch hier stellt sich wieder die Frage nach *agency* und *structure*, wie sie bereits in den kontroversen Auseinandersetzungen um das Lokale und das Globale zutage getreten ist.

Denkt man die beschriebenen Spannungsfelder, die im Kontext der Auseinandersetzung mit Raum und Ort, mit Globalität und Lokalität auftreten, mit dem Themenkomplex Klimawandel zusammen, so ergeben sich einige klare Anknüpfungspunkte. Was zunächst als deutliche Bestätigung des zunehmenden Einflusses externer, übergeordneter Entwicklungen auf die Situation von Orten erscheint, muss aufgrund der geschilderten Veränderungen der Konzeption der Kategorie Ort in der Geographie wesentlich differenzierter diskutiert werden. Zwar ist klar, dass die physischen Eigenschaften von Orten im Zuge des Klimawandels (zwar in unterschiedlichem Ausmaß) Veränderungen unterliegen, jedoch ist damit zunächst wenig über eine Reihe von anhängigen Fragen ausgesagt. Wie verhält sich der Einfluss des Klimawandels in Bezug auf die Handlungsmöglichkeiten von lokalen Akteuren? Welche Rolle spielt die lebensweltliche Bewertung klimatischer Veränderungen? Inwiefern sind räumliche Praktiken ihrerseits verantwortlich für die großräumigen Veränderungsprozesse, insbesondere den Klimawandel? Und wie können diese Verantwortlichkeiten räumlich differenziert und somit für Gegenstrategien nutzbar gemacht werden?

Als weitere Kategorie soll im folgenden Abschnitt eine weitere Raumkategorie diskutiert werden, die im Gegensatz zum häufig als *lokal* interpretierten Ort im Allgemeinen eher mit einer mittleren Betrachtungsebene assoziiert wird, mit einer Ebene irgendwo “below the nation state and above the urban scale” (Jonas 1988: 101): die Region.

2.2 Regionen im Klimawandel

Die Region steht seit längerem als prominente Raumkategorie im Fokus der Debatte um Umweltveränderungen im Allgemeinen und dem Klimawandel im Speziellen. Die Klimawissenschaften beschäftigen sich von jeher mit der Frage, wie Klimamodellierung auf

regionale Maßstabsebene funktioniert und wie entsprechend Projektionen über zukünftige Klimaveränderungen angestellt werden können (vgl. z.B. Giorgi und Mearns, 1991; Giorgi, 1990; von Storch et al., 1993; Giorgi und Mearns, 1999; Rummukainen, 2010), auch und gerade in Reaktion auf entsprechende Forderungen aus Politik und Gesellschaft. Bereits 1998 legte der IPCC einen Special Report (vgl. Watson et al., 1998) zu den regionalen Folgen des Klimawandels vor, in dem auf kontinentaler oder subkontinentaler Ebene Regionen definiert wurden. Diese wurden dann in Hinblick auf ihre Betroffenheit von klimatischen Veränderungen und die Vulnerabilität der örtlichen Ökosysteme, Hydrologie und Wasserressourcen, Nahrungsmittelproduktion, Küstensysteme, menschlichen Siedlungen und Gesundheitssysteme analysiert (Watson et al., 1998: 4). Regionen sind im Verständnis der bislang genannten Werke mehr oder weniger feststehende topografische Einheiten, deren Abgrenzung, wenn sie denn überhaupt thematisiert wird, recht vage bleibt.

Das Beispiel des IPCC Special Reports zeigt, dass hier Kontinente als subglobale Regionen aufgefasst werden, deren Verwundbarkeit im Zentrum der Analyse steht. Insgesamt beschreibt der IPCC zehn *Regionen*, nämlich Afrika, Europa, Latein- und Nordamerika, Australasien (was auch die politisch zu Australien und Neuseeland gehörenden Inselstaaten beinhaltet), die Polarregionen, Kleine Inselstaaten, sowie drei asiatische Regionen: gemäßigttes Asien, tropisches Asien, sowie arides Westasien (der Mittlere Osten und arides Asien) (vgl. Watson et al., 1998: 8ff.). Während zunächst also die kontinentale Aufteilung durchgehalten wird, zerfasert die Regionsabgrenzung zunehmend: Warum etwa der asiatische Kontinent in drei Unterregionen unterteilt wird, während Lateinamerika (trotz ähnlich großer Nord-Süd-Ausdehnung) als eine Region behandelt wird, bleibt unklar. Warum einige Inselstaaten aufgrund ihrer politischen Assoziierung Teil der australasiatischen Region aufgefasst werden, andere als eigenständige Region aufgeführt werden, erschließt sich ebenso wenig. Festzuhalten bleibt, dass in diesem Fall relativ großflächige Regionen definiert wurden, ohne dass klare Abgrenzungskriterien transparent gemacht wurden.

Ähnlich große Prominenz, zumindest in der politischen Wahrnehmung, erlangten bereits Anfang der 1990er Jahre Versuche, sog. *Kritische Regionen* zu identifizieren, die in besonderem Maße von nachteiligen Umweltveränderungen im Kontext des globalen Klimawandels betroffen seien. Kasperson et al. (1995) legten, im Gegensatz zu den oben beschriebenen eher willkürlichen Regionsabgrenzungen, hierfür einen breiten Kriterienkatalog an, um solche Regionen zu definieren, die die besondere Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft verlangten. Die dann identifizierten Gebiete, und insbesondere ihre Bezeichnung im zusammenfassenden Abschlussbericht des „critical regions“-Projektes zeigen die zugrundeliegende Vorstellung dessen, was eine Region

auszeichnet: genannt werden hier z.B. Amazonien, das Aralsee-Basin oder die *middle mountains* in Nepal. Ausschlaggebend für die Abgrenzung einer Region von anderen sind also primär geologische, klimatische und andere physische Gegebenheiten die, so die Vorstellung der Autorinnen, die für die hohe Verwundbarkeit der jeweiligen Gebiete gegenüber klimatischen Veränderungen verantwortlich zeichnen und die sie in der Konsequenz zu kritischen Regionen machen. Auffälliger Weise werden hier soziale, politische und im weiteren Sinne kulturelle Aspekte weitgehend ausgespart, besonders was die Abgrenzung von Regionen, aber auch was die Verwundbarkeit der jeweiligen Regionen anbelangt. Schützenswert und schutzbedürftig, so scheint es hier, sind Gebiete bar jeglicher menschlicher Einflussnahme und Betroffenheit.

Wie dies mit aktuellen Betrachtungen hinsichtlich der Verwundbarkeit von Regionen kontrastiert, wird sich in Kap. 3 zeigen. Daneben steht aber insbesondere auch die zugrundeliegende Vorstellung dessen, was eine Region ist, im klaren Kontrast zu neueren Konzeptionen von Region in der Humangeographie.

Regionen haben in den letzten Jahrzehnten eine deutliche Umdeutung erfahren, insbesondere was das Verständnis ihrer Abgrenzung betrifft, aber auch die Vorstellung dessen, wie Regionen als spezifische Raumgebilde im politischen Diskurs entstehen, konstruiert und wahrgenommen werden. Hier kommt eine ab der Mitte des 20. Jahrhunderts zunehmend weiter verbreitete erkenntnistheoretische Grundhaltung zum Tragen, die in nahezu allen geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu Umbrüchen geführt hat und die entsprechend auch ein verändertes Verständnis von Raumkategorien zur Folge hatte, das prinzipiell jegliche topografische Figur betrifft: der Konstruktivismus. Spätestens seit den 1990er Jahren hat sich in weiten Teilen der humangeographischen Forschung ein Verständnis von Raum und verschiedenen Raumkategorien verbreitet, das unter dem Schlagwort der sozialen Konstruktion von Raum gefasst wurde und wird.

Ausgehend von Autorinnen wie Doreen Massey (Massey, 2005; 2009; Massey und Allen, 1984) oder David Harvey (Harvey, 1996), die den Konstruktivismus als Teil humangeographischen Denkens hoffähig machten und entsprechende Ansätze wesentlich mitprägten, etablierte sich in Teilen der Disziplin eine Sichtweise auf Raum, die sich eben gegen jene essentialistischen Konzeptionen wandte, die das geographische Denken vorher geprägt hatten. Stattdessen wurde jener „Prozess der Konstruktion einer ‚objektivierten‘ gesellschaftlichen Wirklichkeit“ (Miggelbrink, 2002: 337) Gegenstand humangeographischer Forschung. In deren Mittelpunkt stand und steht dann weniger die Frage danach, welche physischen, sozialen oder kulturellen Besonderheiten ein bestimmter Raumausschnitt

aufweist und wie er von anderen aufgrund messbarer Variablen abgegrenzt werden kann, sondern eben jene Prozesse der Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit, die im angeführten Zitat angesprochen werden. Eng verknüpft mit diesen Fragen sind dann auch Überlegungen, wie die Konstruktion von Raum und räumlichen Kategorien mit Machtverhältnissen einhergehen; hier knüpft die Literatur insbesondere auch an die grundlegenden Werke zur Produktion von Räumen, etwa von Henri Lefebvre (1991) an. Doreen Massey (2005; 2009) spricht hierbei von ‚power geometries‘, durch die Raum in sozialen Beziehungen produziert wird. Grundlage ist ein Verständnis von Raum als

- (1) das Produkt von sozialen Beziehungen
- (2) Dimension des Nebeneinanders („dimension of multiplicity“)
- (3) ständig veränderlich (Massey, 2009: 16f.)

Unter diesen Prämissen stellt sich Räumlichkeit, ‚Raum-Machen‘ und die Herstellung bestimmter Raumkategorien als dynamischer, sozial verfasster und hochpolitischer Prozess dar, der durch machtdurchdrungene gesellschaftliche Beziehungen geprägt ist und in dessen Ergebnis sich ebenjene Machtunterschiede manifestieren.

In Bezug auf Regionen kann die sog. „New Regional Geography“ (NRG) (vgl. z.B. Holmén, 1995; Thrift, 1990) als Beispiel angeführt werden, wie HumangeographInnen das konstruktivistische Paradigma in die eigene Begriffswelt überführten. Die in den 1970er und 1980er Jahren in den USA etablierte Forschungsrichtung stellte neue Fragen in den Mittelpunkt der Beschäftigung mit Regionen. Besonderes Augenmerk legte sie etwa auf die räumliche Differenzierung sozialer Strukturen und die damit verbundene Bedeutung spezifischer Symbole (vgl. Spektrum Wissenschaftlicher Verlag, n.d.). Hier zeigten sich also besonders jene konstruktivistischen Strömungen,

„(...) die die physisch-materiellen Strukturen der Lebenswelt nicht als eine Art Arena ansah, in der sich das soziale Leben entfaltet, sondern im Sinne konstruktivistischer Ansätze als ein Medium, in dem soziale Strukturen auch produziert und reproduziert werden.“ (ibid.)

In der deutschsprachigen Geographie hat sich insbesondere Benno Werlen (Werlen, 1995; 2008) intensiv mit entsprechenden Themen beschäftigt; ein besonderer Fokus liegt hier auf der Frage, wie individuelle und kollektive Konstruktionsprozesse das Entstehen von lebensweltlichen Regionen bedingen und welche Mechanismen, Handlungen und sozialen Praktiken bei dieser *Regionalisierung* zum Tragen kommen. Aus einer dezidiert handlungstheoretischen Position heraus begreift Werlen Regionen als „(...) eine durch

symbolische Markierungen begrenzte, also sozial konstituierte Einheit (...)“ (Werlen, 2008: 367), deren Grenzen Ausdruck der sozialen Aneignung von Raum durch Akteure darstellen. Besonderes Augenmerk legt Werlen auf die sozialen Praxen der alltäglichen Regionalisierungen, in denen gesellschaftliche Räumlichkeit (re)produziert wird. Die Grenzen einer Region erscheinen dann nicht als unverrückbar, sondern als veränderliches Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Da diese Aushandlungen nie abgeschlossen sein können, ist die Frage, wo genau die Abgrenzung einer Region verläuft und was genau sie von den umliegenden Regionen abhebt, nie abschließend beantwortbar.

Wie kann nun die Region in ihren neueren Konzeptionen für die Beschäftigung mit Mensch-Umwelt-Beziehungen im weiteren Sinn, oder für die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel nutzbar gemacht werden? Einen ersten Hinweis gibt ein Blick in die breite Literatur zu Regionen in der Politischen Ökologie: Auch die Politische Ökologie hat sich intensiv mit der Region als wesentlicher Analyseebene beschäftigt, da in ihr die „(...) essence of human geographic inquiry (...)“ (Pred, 1984: 279) und entsprechend von verschiedener Seite die entscheidende Ebene der Betrachtung für die Erklärung und die Beilegung von kontextualisierter Umweltveränderung gesehen wurde. In einem der frühen grundlegenden Werke zur Politischen Ökologie verweisen Blaikie und Brookfield (1987) auf die Notwendigkeit einer *regional political ecology*, um den unterschiedlichen naturräumlichen Gegebenheiten und Unterschieden in Vulnerabilität und Resilienz der Bewohnerinnen einer Region Rechnung zu tragen. Anknüpfend an die bestehenden Kern-Peripherie-Modelle in der geographischen Entwicklungsforschung wurden Regionen gleichzeitig als relational und nur in historischen Prozessen erklärbar betrachtet (vgl. Blaikie und Brookfield, 1987: 18f.). In ihrem späteren Werk begründen Peet und Watts (1996) die zentrale Rolle der Region mit der Relevanz *regionaler diskursiver Formationen*, in denen bestimmte Formen der Wissensproduktion, Denk- und Ausdrucksweisen, sowie Themen und Metaphern vorherrschen und die gesellschaftliche Diskurse zu Natur, Naturaneignung und Degradation wesentlich beeinflussen. Angelehnt an Saids (1978) *imaginative Geographien*, gehen Peet und Watts davon aus, dass regionale Diskursformationen, und insbesondere darin angelegte Narrative über Natur, in ihrer grenzüberschreitenden Wirkmächtigkeit auch globale oder regionale *environmental imaginaries* prägen (vgl. Peet und Watts, 1996: 16). Als Beispiel wird die „Western, modernist discursive formation“ (Peet und Watts, 1993: 231) angeführt, die insbesondere durch Rationalität, Naturbeherrschung und Expansionsansprüche geprägt sei, und über den Entwicklungsdiskurs noch immer hegemonische Diskursmacht besäße (ibid. 228ff.). Hier zeigt sich auch der klare Bezug zu stärker diskurstheoretischen und poststrukturalistischen Theoriebezügen, die einen grundlegenden Unterschied zu den früheren Werken einer *regional political ecology* darstellen. Zugleich, so Neumann (2009),

ähnelt sich die Vorstellung dessen, was eine Region sei, in einem bestimmten Raumbegriff: beide Richtungen sähen Regionen als „relational, historicized, contextualized, and dynamic.“ (Neumann, 2009: 369). Neumann beschreibt weiterhin, wie Regionen in an politisch-ökologischen Theoriebezügen orientierten Forschungen aufgegriffen werden, und welchen Nutzen die Figur *Region* für den Forschungsansatz in Zukunft haben könnte. Hier fordert Neumann insbesondere eine erhöhte Sensibilität für eben jene konstruktivistischen Konzeptionen von Region, wie sie oben dargestellt wurden. Das Verständnis von Region als sozial produziertem Raum könnte dann insbesondere nützlich sein, um die „co-constitution of nature, space, and society“ (Neumann, 2009) zu erforschen.

Was genau bedeuten die beschriebenen Veränderungen in der Konzeption von Regionen als topografische Figur nun für die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel? Eine Beschäftigung mit Regionen im Zusammenhang mit dem globalen Klimawandel kann und sollte sich nicht mehr darin erschöpfen, scheinbar bereits bestehende, territorial klar voneinander abgegrenzte Regionen auf ihre unterschiedliche Betroffenheit von unterschiedlichen Parametern des Klimawandels hin zu untersuchen. Vielmehr muss eine humangeographische Erforschung des Klimawandels auch die relationalen und konstruktivistischen Raumkonzeptionen berücksichtigen und entsprechend nach der Rolle fragen, die Regionen für die Interpretation und Aneignung des Klimawandels als physisch-materiellem Prozess haben. Neumann weist auf jene Verbindungen zwischen diesem Verständnis von Region und den Prozessen der Naturaneignung hin, in dem er Regionen beschreibt als „(...) historically contingent processes, wherein the reproduction and transformation of society is inseparable from the transformation of nature within prevailing relations of power.“ (Neumann 2009: 372). Somit werden auch an die Beschäftigung mit dem Klimawandel jene Ansprüche angelegt, die Paasi (2003) als generellen Fokus der humangeographischen Beschäftigung mit der Kategorie ‚Region‘ einfordert. Regionen, so Paasi, müssten als das Ergebnis von sozialen Prozessen angesehen werden, die (implizit oder explizit) Gegenstand politischer Auseinandersetzungen seien. Entsprechend müsse sich die Geographie mit der Frage auseinandersetzen,

“(...) who places contested identity narratives and practices on the agenda as part of the production and reproduction of ‘regions’, why and how they come there and what they mean in terms of power-knowledge relations and the politics of categorization/representation.” (Paasi, 2003: 481)

Unter diesem Eindruck muss auch die Beschäftigung mit der Verwendung der Kategorie ‚Region‘ in Klimawandeldiskursen jene Machtbeziehungen und daraus entstehende Fragen

der Kategorisierung und Repräsentation thematisieren. Eine weitere Konkretisierung, wie Praktiken der Repräsentation Raumkategorien etablieren und festigen zeigt sich im dritten der vorgestellten Raster: der Landschaft.

2.3 Landschaft und Klimawandel

Die Beschäftigung mit der Landschaft im Kontext des globalen Klimawandels kann als konzeptionelle Fortführung eines Teils dessen gesehen werden, was in den vorangegangenen Abschnitten als Fortschritte in der Konzeption von Raumkategorien (Ort, Region) skizziert wurden: die zunehmende Konzentration auf die Konstruktion oder gesellschaftliche Herstellung dessen, wie ein bestimmter Raumausschnitt abgegrenzt wird und welche symbolischen Bedeutungen diesen beigemessen werden. Auch wenn, wie Lossau (2009) beschreibt, gerade in der deutschsprachigen Geographie die Landschaft als zentrale Figur und Vokabel vielerorts ersetzt wurde durch den *Raum* als allgemeineres Konzept, muss doch eine gewisse Hartnäckigkeit konstatiert werden, mit der GeographInnen immer wieder zur Landschaft zurückkehren. Richtig ist, dass in der deutschen Geographie der Landschaftsbegriff zuletzt kontrovers diskutiert wurde (zu einem Überblick über die Kontroverse vgl. Lossau, 2005). Während auf der einen Seite z.B. Hasse (vgl. Hasse, 1993) für eine ‚ästhetische Rationalität‘ in der Geographie eintrat und im Landschaftsbegriff eine Möglichkeit sah, die emotionalen Geographien der Naturinterpretation, die komplexen Wechselbeziehungen zwischen *body* und *gaze* zu konzeptualisieren, wurde dieser Ansatz insbesondere von Hard (2001) scharf zurückgewiesen. In der Überhöhung der Ästhetik von Landschaften, so der Vorwurf, mache sich eine so konzipierte Landschaftsgeographie anfällig für eine symbolische Aufladung mit entsprechenden Sinngehalten und die Essentialisierung von Kulturlandschaften, wie sie im Zuge des *cultural turns* auch in der Geographie keinen Bestand mehr hätten.

Von dieser spezifisch deutschsprachigen Debatte unberührt ist die Landschaft bis zuletzt eine wichtige Raumkategorie, die insbesondere in der neuen Kulturgeographie und anderen, kulturwissenschaftlich inspirierten und interessierten Disziplinen eine wesentliche Rolle spielt. Dies soll nicht darüber hinweggehen, dass natürlich auch in der physischen Geographie der Landschaftsbegriff Anwendung findet. Gray (2009) beschreibt hierbei die Vorstellung unterschiedlicher Schichten von Landschaften, nämlich der geologischen, der biologischen und der kulturellen Schicht, die den Charakter und die Morphologie von Landschaften beeinflussen. Dementsprechend beschäftigten sich physische Geographen, Landschaftsökologen oder Biologen primär mit den ersten beiden Schichten, um das

Zustandekommen distinkter Landschaftsformen zu erklären und etwa die Rolle abiotische Elemente für den Charakter und das Erscheinungsbild einer Landschaft zu eruieren. Eine wesentliche Anstrengung ist dabei die Kartierung und Charakterisierung solcher Landschaftstypen, die dann etwa im Kontext der Landschaftskonservierung oder – restaurierung als Grundlage von zu ergreifenden Schutzmaßnahmen dienen.

Ein Blick in solche Charakterisierungssysteme zeigt, dass der Landschaftsbegriff tatsächlich eine Scharnierfunktion zwischen den genannten *Schichten* darstellt, dass aber dennoch häufig in entsprechender Anwendung eine Dominanz landschaftsökologischer Kategorien festzustellen ist. Die vom Bundesamt für Naturschutz (Bundesamt für Naturschutz, o. Jahr-b) vorgenommene, primär unter dem Vorzeichen des Landschaftsschutzes stehende Landschaftstypisierung unterscheidet zunächst drei sog. Großregionen, nämlich Flachland/Ebene, Mittelgebirge und Alpen/Alpenvorland. In einer weiteren Differenzierung werden dann folgende Landschaftstypen unterschieden

Landschaftstyp	Untertypen
Küstenlandschaften	Wattenmeerlandschaft der Nordsee Ausgleichsküstenlandschaft der Ostsee Felsküstenlandschaft der Nordsee
Waldlandschaften und waldreiche Landschaften	Reine Waldlandschaft Gewässerreiche Waldlandschaft Heide- bzw. magerrasenreiche Waldlandschaft Grünlandreiche Waldlandschaft Strukturreiche Waldlandschaft Andere waldreiche Landschaft
Strukturreiche Kulturlandschaften	Gehölz- bzw. waldreiche Kulturlandschaft Gewässerlandschaft Moorlandschaft (moorreiche Kulturlandschaft) Heide- bzw. magerrasenreiche Kulturlandschaft Weinbaulandschaft Gehölz- bzw. waldreiche grünlandgeprägte Kulturlandschaft Gehölz- bzw. waldreiche ackergeprägte Kulturlandschaft Felslandschaft Strukturreiche Kulturlandschaft Obstbaulandschaft
Offene Kulturlandschaften	Grünlandgeprägte offene Kulturlandschaft Ackergeprägte offene Kulturlandschaft Andere offene Kulturlandschaft
Bergbaulandschaft	
Verdichtungsraum	

Tab 1: Einheiten der Landschaftscharakterisierung (Bundesamt für Naturschutz, o. Jahr-a)

Relativ eindeutig werden hier landschaftsökologische oder Kategorien der landwirtschaftlichen Nutzung als die wesentlichen Überkategorien herangezogen, während andere Gebiete menschlicher Nutzung wesentlich weniger differenziert unter dem Begriff des Verdichtungsraumes zusammengefasst werden. Auf anderen Ebenen findet sich eine Reihe weiterer Beispiele, wie Landschaften klassifiziert und erfasst werden. Herausgegriffen sei etwa eine europäische Initiative zur Erfassung paneuropäischer Landschaften, die aufgrund von vier grundlegenden Parametern differenziert werden sollen: Klima, Topografie, ökologische und Bodenbedingungen, sowie Landnutzung. (vgl. Wageningen University and Research Center, o. Jahr) und somit eine ähnliche Dominanz landschaftsökologischer Parameter andeutet.

Insbesondere in der anglophonen Human- und Kulturgeographie finden sich auch in jüngerer Zeit eine ganze Reihe von AutorInnen, die mit dem Landschaftsbegriff arbeiten. Eine mögliche Erklärung für diese Renaissance, und zugleich eine Annäherung daran, was mit dem Begriff gemeint ist, ist die stärker als in anderen geographischen Figuren angelegte Dualität von Räumlichkeit und Kultur, von Kultur und Natur und von Subjekten und Objekten, die in der Figur der Landschaft zum Ausdruck kommt: „(...) landscape's constancy lies in its function as a locus for geographical research into culture-nature and subject-object relations.“ (Wylie, 2009: 409). Genau diese Scharnierfunktion könnte den Landschaftsbegriff auch für eine humangeographische Erforschung des Klimawandels und seiner Folgen interessant machen. Zudem scheint von Interesse, dass, ähnlich wie im Falle der Region, auch die Landschaft nicht nur in ihrer Materialität verstanden wird, sondern noch stärker auch eine symbolische Komponente aufweist:

“(...) landscapes have both material and ideological aspects. Landscapes have physical, material form or ‚morphologies‘ that are literally produced through labour (...). But landscapes are also represented in various media (...) and they themselves are representations of lived relationships. (...) landscape always carries with it a set of ‚representational practices‘.” (Morin, 2009: 287)

Hier kommen also stärker als in den bisherigen Kategorien Ort und Region noch grundlegendere Fragen zum Tragen: wie stellt sich in der Darstellung und den damit verbundenen symbolischen Sinngehalten von Landschaften das Verhältnis zwischen Kultur und Natur, zwischen Gesellschaft und Raum dar? Von welchen Blickwinkeln und Positionen prägen mächtige gesellschaftliche Akteure das Bild von Landschaften? Zum einen stellt sich hier die Frage nach der gesellschaftlichen Herstellung von den symbolischen Sinngehalten,

die mit Landschaften verknüpft werden. Greider und Garkovich beschreiben entsprechend Landschaften als

“(...) symbolic environments created by human acts of conferring meaning to nature and the environment, of giving the environment definition and form from a particular angle of vision and through a special filter of values and beliefs.” (Greider und Garkovich, 1994: 1)

Diese stärker auf die symbolischen Sinnzuschreibungen von Landschaften abzielenden Konzepte haben sich auch kritische GeographInnen wie etwa Mitchell (2003) zu Eigen gemacht und mit dezidiert machtkritischen Positionen angereichert. Solche machtkritischen Arbeiten fokussieren dann auf die *Bedingungen der Produktion* von Landschaften und die Machtaspekte der Visualisierung und symbolischen Aufladung. Stärker auf den Klimawandeldiskurs bezogen kann daran anschließend gefragt werden, welche Landschaftsbilder in der politisch-medialen Repräsentation des Klimawandels verwendet und welche räumlichen Ordnungen durch diese Praktiken der Repräsentation geprägt und verfestigt werden. Die bestehende Forschung zur Rolle dieser Art von Repräsentationen im Klimawandel ist dabei auffälliger Weise von einem eher affirmativen Standpunkt geprägt. Eine Reihe von Arbeiten hat etwa in den letzten Jahren gefragt, wie sich Landschaftsrepräsentationen dazu eignen, das Bewusstsein für den Klimawandel zu erhöhen und dabei das Verhalten von Personengruppen dahingehend zu beeinflussen, sich einen klimafreundlicheren Lebensstil anzueignen (vgl. z.B. Sheppard, 2005; 2006; Pettit et al., 2011). In anderen, stärker auf Landschaftsschutz abzielenden Ansätzen wird der Wert der Kategorie bzw. des Maßstabes der Landschaft für *Naturschutzbestrebungen* in Zeiten des Klimawandels eruiert (vgl. z.B. Moilanen et al., 2005; Opdam und Wascher, 2004; Nelson et al., 2009).

Noch grundsätzlicher wenden sich AutorInnen wie z.B. Lorimer (2012) gegen jene machtvoll durchgesetzten Landschaftskonstruktionen und stellen die in ihnen behauptete Authentizität und Wahrheit von Landschaft zunehmend in Frage. Hierbei, so Lorimer, spielen neue, hybride Ontologien eine Rolle, wie sie etwa in den Werken von Latour (2004; 2010) oder Bingham und Hinchliffe (2008) aufgegriffen wurden, und die die moderne, strikte Trennung von Gesellschaft und einer klar abgrenzbaren, externen Natur in Konzepten wie *multinatures* oder *more-than-human* überwinden (Lorimer, 2012: 597f.). Diese neue Sicht auf die Konstitution von Landschaften wendet sich auch gegen die häufig autoritär durchgesetzten Konservierungspraktiken, die mit eben jenen behaupteten *objektiven* Wahrheiten über den zu erhaltenden Charakter von Landschaften argumentierten – natürlich auch mit

Implikationen für den Landschaftsschutz in Zeiten des Klimawandels. Als anschließend an diese Ausweitung der Perspektive auf Landschaft können auch neuere Wendungen in der kulturgeographischen Landschaftsforschung eingeordnet werden. Diese Ansätze betonen die individuelle, sinnliche Erfahrung des Landschafts-Erlebens, in der gerade auch die emotionalen Geographien von Wetter und Klimawandel greifbar würden:

“Landscape reintroduces perspective and contour; texture and feeling; perception and imagination. It is this synthesis of elements, so elegantly traced by topologies, with something added: lightless chasms, passing clouds, airless summits, sweeping sands.”
(Rose und Wylie, 2006: 477)

Indem das entsprechende Laienwissen, das aus dem Erleben von Landschaft über längere Zeiträume erwächst, Gegenstand von empirischen Arbeiten wird, könne, so Brace und Geoghegan (2010) ein Verständnis für die Alltagshandlungen, Werte und Einstellungen von Menschen gegenüber dem Klimawandel gewonnen werden. Wie entsprechende Arbeiten gestaltet sein können, zeigt z.B. Roelvink und Zolkos (2011), die dezidiert den Klimawandel als *experience of affect* in seiner sinnlichen Erfahrung thematisieren. Insofern spielen hier die Beziehungen zwischen *human* und *more-than-human* eine zentrale Rolle, für deren räumliche Analyse sich der Begriff der Landschaft im besonderen Maße eignet. Machtkritische Positionen, wie sie von Mitchell für die humangeographische Landschaftsforschung gefordert werden, scheinen mit diesem Fokus auf die individuellen Erfahrungen von Landschaft und Klimawandel eher schlecht vereinbar.

3. Räume des Klimawandels

Gemeinsam ist allen vorgestellten Perspektiven, dass sie in den letzten Jahren vermehrt und weitgehend anerkannt räumliche Kategorien nicht als streng diskrete, klar voneinander abgrenzbare Raumcontainer auffassen, die mit Hilfe von objektiv messbaren Indikatoren voneinander unterschieden werden können. Vielmehr wird seit einiger Zeit der konstruierte Charakter solcher Raumeinheiten betont und relationale Raumdeutungen werden mitgedacht. Und die vorgestellten Neukonzeptionen der verschiedenen räumlichen Kategorien verweisen auf die eingangs angedeuteten, grundsätzlicheren Fragen, wie sich das Verständnis von Raum und Maßstab in der humangeographischen Forschung generell verändert hat. Weder Raum und Raumkategorien noch scale werden als natürlich auffindbare Hintergründe von gesellschaftlichem und politischem Handeln angesehen. Die Ordnung von Räumen, so die generelle Stoßrichtung, ist ein voraussetzungsvoller, machtdurchdrungener Prozess, in dem die zunächst temporäre Kollektivierung von sozialen Einheiten im Raum durch kontinuierliche Sinn- und Bedeutungszuweisungen verstetigt wird

(vgl. Thrift, 2009). Der Fokus liegt also auf den Konstruktionsleistungen von Akteuren, die Raum mit Bedeutung versehen und wird somit nicht nur als Ergebnis, sondern als wesentliches Medium gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse betrachten. Diese Vorstellung von Raum und räumlicher Ordnung als „(...) Aspekt gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und damit als ein Gegenstand der Machtanalyse“ (Füller und Michel, 2012: 9) ist auch auf die Rezeption der Werke Foucaults in der geographischen Forschung zurückzuführen (vgl. ebd.). Ähnlich wie Raum und Raumeinheiten wird auch *scale* nicht als natürlich bestehende räumliche Ordnung, sondern als Gegenstand und Medium politischer Auseinandersetzungen betrachtet (vgl. z.B. Moore, 2008; Neumann, 2009). Die Frage danach, auf welcher Ebene der Beobachtung oder der Intervention (vgl. zu dieser Unterscheidung Rangan und Kull, 2009) Handlungen angesiedelt werden, ist dann, ebenso wenig wie die räumliche Ordnung gesellschaftlicher Wirklichkeit in den vorgestellten Kategorien, politisch neutral, sondern von gesellschaftlichen Machtverhältnissen geprägt.

Im zweiten Teil des Rahmens meiner Dissertation sollen anhand zweier konkreter thematischer Kontexte diskutiert werden, wie der Klimawandeldiskurs spezifische Räumlichkeiten produziert, unter Berücksichtigung der beschriebenen, konstruktivistischen Konzeptionen von Raum und Maßstab. Wie wirkt also die Debatte um globale klimatische Veränderungen auf die *imaginative geographies*, wie sie von Said beschrieben wurden? Wie verändert sie gleichzeitig ganz konkret die Räumlichkeit von Gesellschaften auf unterschiedlichen geographischen Ebenen? Das heißt, wie wirken konkret physische Veränderungen auf gesellschaftliche Prozesse des Raum-Machens und andersherum? Welche Skalen der Beobachtung oder der Intervention werden in den Klimawandeldiskursen konstruiert? Und generell: wie verändern sich gesellschaftliche Bedingungen der Raumproduktion im Klimawandel, wie beeinflusst der Klimawandel-Diskurs also jene *power geometries*, die Massey als konstitutiv für die Etablierung von bestimmten Formen von Räumlichkeit ansieht?

Auch wenn in der Folge einige der aufgestellten Fragestellungen nur gestreift werden können, sollen im nächsten Abschnitt doch die oben theoretisch beschriebenen Geographien des Klimawandels stärker anschaulich gemacht werden und somit in Ansätzen gezeigt werden, wie raum- und skalensensitive humangeographische Klimawandelforschung aussehen kann und wo sich weitere Forschungsperspektiven ergeben. Dies geschieht im Rückgriff auf die vier eingereichten Artikel, die in der einen oder anderen Form zu den oben beschriebenen Geographien des Klimawandels in Bezug gesetzt werden. Es sei angemerkt, dass die einzelnen Texte nicht nur unter den beschriebenen, stark raumbezogenen Fragen entstanden sind, sondern vielmehr ganz unterschiedliche Ziele verfolgten. Dennoch, so

werde ich zeigen, können sie alle mit den Geographien des Klimawandels diskutiert werden. Diese *Räume des Klimawandels* fokussieren dabei auf zwei Problemfelder, die Verwundbarkeit und die Sicherheit, die, so die Überlegung, bestimmte räumliche Ordnungen und Maßstabsebenen produzieren.

3.1 Räume der Verwundbarkeit

Verwundbarkeit ist bis heute die wesentliche konzeptionelle Figur, über die die differenzierte Betroffenheit von Individuen und Gruppen von den negativen Folgen des globalen Klimawandels zu erfassen versucht wird. Der Verwundbarkeitsbegriff ist in den Diskursen zu Klimawandel, Klimaschutz und Klimaanpassung quasi allgegenwärtig und entzieht sich zugleich einer einfachen Definition. Die Entstehung des Begriffs und entsprechender Forschungsansätze wird häufig aus einer grundlegenden Unzufriedenheit mit bestehenden Erklärungsansätzen für das Zustandekommen von Hungerkrisen heraus gedeutet (Bohle und Glade, 2008: 101ff.). Wegweisende Neuerungen in der Erklärung von solchen Krisen wurden Anfang der 1980er Jahre durch Amartya Sen entwickelt, der mit seinen *Entitlement*-Theorien das Augenmerk auf die mangelnden Zugangschancen von Bevölkerungsteilen zu Nahrungsmittelvorräten lenkte (Sen, 1981a; b; Sen, 1999). Im Gegensatz zu sog. *Food Availability Decline*-Thesen (Bohle und Glade, 2008: 101) argumentierte Sen, dass Hungerkrisen nicht primär durch einen Mangel an Nahrungsmittel (etwa durch eine behauptete negative Verkettung von Bevölkerungswachstum, destruktiven Landbaupraxen und mangelnder Produktivität der Landwirtschaft) ausgelöst würden, sondern dass die grundlegenden Mechanismen beim Zustandekommen von Hungerkrisen eben jene ungleichverteilten *entitlements* (Verfügungsrechte) seien, die darüber bestimmten, ob eine Person oder Personengruppe Zugang zu den vorhandenen Lebensmitteln habe oder nicht. Ein Schwerpunkt des Erklärungsansatzes liegt in der Analyse von verschiedenen Formen von *entitlements*, die in ihrem Zusammenspiel mit den Gelegenheiten und Fähigkeiten der entsprechenden Personen darüber bestimmen, wie erfolgreich verschiedene Kapitalarten zu *livelihood*-Arrangements kombiniert werden können. Ein wesentlicher Zugang liegt dabei nach wie vor auf der Ausstattung mit finanziellen Ressourcen, auch wenn, anders als in früheren Armutsbegriffen, die *entitlement*-Theorie eine klare Prozesskomponente beisteuerte, da die zugrunde gelegten Armutsdeterminanten als flexibel und veränderbar angesehen wurden (vgl. Islam und Herbeck, 2013: 833).

Der Entitlement-Ansatz wird heute als eine wesentliche Grundlage der späteren Vulnerabilitätsforschung und –begriffe angesehen (Bohle und Glade, 2008: 101). Zunächst

blieb die Anwendung auf die Länder des globalen Südens sowie die Themenkomplexe Armut und Hunger gerichtet, jedoch weiteten u.a. die Arbeiten am *Institute for Development Studies* (IDS) die Begrifflichkeiten nach und nach aus, um schließlich allgemeinere Fragen der Anfälligkeit von Personen und Personengruppen gegenüber externer Schocks in den Fokus des Interesses zu rücken (vgl. *ibid.*). Eine wesentliche, bis heute rezipierte Interpretation des Verwundbarkeits-Konzeptes erfolgte dann auch Ende der 1980er Jahre durch Richard Chambers, Direktor des IDS, der Verwundbarkeit als „Spannungsfeld zwischen äußerer Bedrohung und interner Bewältigungsmechanismen“ (*ibid.*: 102) begriff. Entsprechend unterstrich er die zentrale Bedeutung von Schutzlosigkeit und Unsicherheit der betroffenen Individuen einerseits, und die Ausgesetztheit gegenüber externen Schocks und Stresssituationen andererseits (vgl. Chambers, 1989). Bis heute ist diese Unterscheidung zentrales Merkmal der meisten Verwundbarkeitsdefinitionen: auf der einen Seite steht die Exposition, auf der anderen die Anfälligkeit der untersuchten Räume/Gesellschaften/sozialen oder sozial-ökologischen Systeme sowie deren Kapazität zur Bewältigung von Krisensituationen.

Diese grundlegenden Achsen des Verwundbarkeitsbegriffs ist in den unterschiedlichsten disziplinarischen Kontexten interpretiert und für die jeweils spezifischen Erkenntnisinteressen operationalisiert worden. So beschreiben Bohle und Glade (2008: 106ff.) entsprechende Anwendungsbeispiele und Weiterentwicklungen im Bereich der naturwissenschaftlichen Vulnerabilitätsforschung, in der Entwicklungspraxis, in der geographischen Hazardforschung oder in der Erforschung von sozial-ökologischen Systemen. Aus humangeographischer Perspektive sei an dieser Stelle ebenfalls auf die Arbeiten von Bohle et al. (1994) hingewiesen, die einen wesentlichen Beitrag zur Operationalisierung des Verwundbarkeitskonzeptes im Kontext der (geographisch orientierten) Erforschung von Nahrungsunsicherheit geleistet und dabei eine differenzierte Analyse der strukturellen Ursachen für Verwundbarkeiten gegenüber Klimavariationen vorgeschlagen haben. Auch hier spielt ein erweitertes Verständnis von *entitlements* eine zentrale Rolle, wird jedoch ergänzt durch Ansätze aus dem Bereich der Mensch-Umwelt-Beziehungen (*human ecology*) und der Analyse von makroökonomischen Einflüssen (*political economy*) auf die Verfügungsrechte und den Ressourcenzugang von benachteiligten Personengruppen (Bohle et al., 1994: 38ff.).

Entsprechende Forschungen häufig mit der Zielsetzung angestellt worden, Aussagen über die räumliche Verteilung von Anfälligkeiten gegenüber Klimawandelrisiken treffen zu können. Vielfältig sind denn auch Beispiele für sog. *vulnerability mappings*, in denen häufig die Verteilung der Risiken, von einem bestimmten Hazard-Ereignis betroffen zu sein kombiniert

wird mit unterschiedlichen Kennziffern, die Aussagen über die jeweilige Anfälligkeit und die *coping capacities* der in den entsprechenden Räumen lebenden Personen treffen sollen. Diese Kartierungsanstrengungen und Versuche der Verortung unterschiedlicher Grade von Verwundbarkeit beschreibt Findlay (2005) als einen zentralen Fokus bisheriger Vulnerabilitätsforschung. Wie entsprechende Verräumlichungen der Vulnerabilität weiterentwickelt werden können, zeigt der Blick in eine frühere Arbeit des Autors, die nicht Teil der eingereichten Artikel dieser Dissertation ist (Flitner und Herbeck, 2009). Die eher deskriptiven Abschnitte des Reports versuchen unter anderem, grob voneinander abgegrenzte Weltregionen auf ihre Betroffenheit von der Veränderung unterschiedlicher Klimawandelparameter (Temperatur, Niederschläge, Extremereignisse etc.) zu untersuchen. Dabei wird insbesondere analysiert, wie spezifische Bereiche der landwirtschaftlichen Produktion (Ackerbau/Viehwirtschaft, Forstwirtschaft, Hochsee- und Binnenfischerei/Aquakultur) auf sich verändernde Kompositionen der Biodiversität der jeweils zugrundeliegenden Ressourcenbasis reagieren könnten. Grundlage der Analyse waren auch die regionalen Projektionen des 3. Sachstandsberichtes des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, 2007), die dann auf mögliche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Biodiversität untersucht wurden. Im Ergebnis wurden die grob unterschiedenen Weltregionen des IPCC dabei übernommen. Auch wenn dem Artikel somit kein besonders raumsensitives Vorgehen konstatiert werden kann, zeigen doch die analytischen Befunde, dass hier, wie von Findlay eingefordert, die *spatialities of vulnerability* nicht an der bloßen Identifikation von Hazard-anfälligen Raumcontainern stehenbleiben. In einem weiteren Schritt wurden zum einen die vielfältigen Verknüpfungen verschiedener Ebenen der Veränderung (Umweltwandel; demographischer, sozialer, politischer Wandel) thematisiert, zum anderen auch die als *second order effects* bezeichneten Auswirkungen der diskursiven Verschiebungen durch die internationale Klimapolitik mitgedacht. Die zunächst als betroffen charakterisierten Regionen werden somit zum einen als intern hoch-dynamisch und von vielfältigen, simultan ablaufenden Prozessen und sich verändernden Machtverhältnissen geprägt dargestellt, zum anderen rücken gerade die Verbindungen zu anderen Weltregionen und die Auswirkungen von globalen Diskursen und Machtbeziehungen in den Mittelpunkt des Interesses:

“(...) the impact of climate change on biodiversity for food and agriculture will not be a simple function of quasi-natural drivers and pre-existing social settings. Agricultural and environmental policies in the widest sense will be an important factor with more than just a mediating role, influencing the available options of vulnerable groups in rural and urban settings alike. Land use planning, issues of tenure and access, and financial incentives for particular products, production systems or environmental

services are among the most obvious dimensions affected.” (Flitner und Herbeck, 2009: 24)

Auch im Sinne der eingangs beschriebenen relationalen Raumkonzepte werden hier also weitergehende Analysen der Verortung von Verwundbarkeiten angestellt, wie sie Findlay einfordert:

“The preceding empirical evidence suggests that analysis of vulnerable spatialities needs to go beyond risk mapping and to engage in investigations which recognise that spatial contexts are not passive (...) and that geometries of power ‘populate’ places in a way that produces not only uneven geographies of labour, but that connect places to a global system.” (Findlay, 2005: 432)

Als wesentlich werden hier also die Machtgeometrien angesehen, durch die gesellschaftliche Räumlichkeit hergestellt wird, eben auch im Falle der räumlichen Verteilung von Verwundbarkeiten. In diesem Zusammenhang betont Findlay, dass die physikalische Ausstattung von Räumen (also auch die potentielle Ausgesetztheit von Raumausschnitten gegenüber Extremereignissen) nur bedingt die wahrgenommene, v.a. aber auch die tatsächliche Erfahrung von Verwundbarkeit determiniert. Die soziale Position von Individuen oder Personengruppen in politischen, kulturellen oder ökonomischen Kontexten müsse berücksichtigt werden. Nur der Bezug auf unterschiedliche Dimensionen von Verwundbarkeit und deren komplexen Wechselbeziehungen nähere sich den Grundursachen der Anfälligkeit gegenüber externen Schocks an – eine bloße Verortung in risikobehafteten Teilräumen blende wesentliche *root causes* aus (vgl. *ibid.*: 430f.).

Artikel IV. verdeutlicht, wie auch relationale Konzepte von Raum und Örtlichkeit in entsprechende (lokale) Analysen Eingang finden können. Ziel des Artikels ist es, die vielfältigen raumübergreifenden Beziehungen zu berücksichtigen, die über den Grad der Verwundbarkeit von Haushalten mitbestimmen, insbesondere in Hinblick auf vielfältige Risiken sowohl in den naturräumlichen Gegebenheiten, als auch den Wohn- und Arbeitsbedingungen an Ursprungs- und Zielorten von temporären Migrationsbewegungen. Dazu werden solche Haushalte in den Blick genommen, die Teil der komplexen Migrationsregime in Bangladesch sind und deren Mitglieder zumindest teilweise an temporären Migrationen von ländlichen Regionen nach Chittagong, eines der urbanen Zentren Bangladeschs, teilnehmen (vgl. Islam und Herbeck, 2013: 836). Die grundlegende Beobachtung ist, dass die *livelihoods* der untersuchten Haushalte durch eine deutliche Translokaltät (vgl. zum Konzept der Translokaltät auch Kap. 4) gekennzeichnet sind, da an

unterschiedlichen Orten ökonomische Strategien verfolgt werden, die zu einem orts-
übergreifenden, trans-lokalen Gesamtarrangement verbunden werden:

“(…) a translocal view of the livelihoods of small-scale fishers in Bangladesh can help understand the complex rural-urban interweavings and connections that are central elements of respective livelihood strategies. By relativizing spatially bound vulnerability and poverty analyses and by expanding the geographical scope of respective studies, concepts of translocal livelihoods can help to capture the translocal realities of migrant households.” (Islam und Herbeck, 2013: 842)

Es zeigt sich also, dass vermeintlich vulnerable Bevölkerungsgruppen wie Kleinfischer im Binnenland von Bangladesch⁴ über spezifische räumliche Praxen verfügen, die zum einen das Risiko der Betroffenheit von externen Schocks minimieren sollen, die gleichzeitig aber einen relationalen Charakter der (räumlichen) Überlebensstrategien dieser Gruppen nahelegen: alte räumliche Dichotomien wie rural-urban werden relativiert und die Lebensführung von Haushalten löst sich von einer streng auf einen Ort begrenzten Strategie (womit auch der Haushaltsbegriff eine Neubewertung erfährt). Gleichzeitig zeigen die Analysen auch, dass die Verwundbarkeit der entsprechenden Haushalten durch die Mobilität einzelner Haushaltsmitglieder nicht zwangsweise reduziert wurde: zum einen sind die migrierenden Personen an den Zielorten der Migration neuen Risiken ausgesetzt (wie etwa der potentiellen Betroffenheit von Überflutungen an den Wohnstandorten in den urbanen Räumen oder der Gefahr, in stark abhängigen Arbeitsbedingungen tätig sein zu müssen), zum anderen zahlt sich die Migration auch nicht für alle Haushalte aus. Während bestimmte Haushalte tatsächlich längerfristig von den in Chittagong erzielten Einnahmen zu profitieren scheinen, stürzen die hohen Initialkosten der Wanderung andere Haushalte in noch tiefere Armut als zuvor (Islam und Herbeck, 2013: 840f.). Eine weitere Beobachtung ist die Abhängigkeit des Erfolges der translokalen Überlebensstrategien von den Möglichkeiten, Arbeitsgelegenheiten jenseits der Fischerei zu finden, um die saisonalen Unterschiede in der Verfügbarkeit der begehrten Spezies Hilsha (*Tenualosa ilisha*) zu kompensieren. Entsprechende Tätigkeiten werden u.a. im Bereich der Nähindustrie in Chittagong oder in Abwrackunternehmen für Schiffe vor der Küste beschrieben – klare Hinweise für die von Findlay beschriebenen Verbindungen zum globalen (ökonomischen) System.

Auch **Artikel III.** bietet Anlass, über Räume der Verwundbarkeit nachzudenken. Hier werden gänzlich andere Akteure in ihrem Verhältnis zum Klimawandeldiskurs untersucht: humanitäre

⁴ Häufig werden Kleinfischer als besonders verwundbar von externen Schocks charakterisiert (vgl. z.B. Bene 2009, Bene & Friend 2011)

Organisationen. Ausgehend von der Beobachtung, dass humanitäre Organisationen seit einigen Jahren den Klimawandel zunehmend in ihre politischen Strategien einbinden (und hierbei z.B. auch in den Foren der internationalen Klimapolitik ein klares ‚humanitäres‘ Agenda Setting betreiben), zugleich aber auch an verschiedenen Stellen Anstrengungen unternehmen, die eigene Programmatik und operative Verfahrensweisen anzupassen, untersucht der Artikel die entsprechende Positionierung unterschiedlicher Organisationen. Dabei steht im Vordergrund, die politischen Implikationen der zunehmenden Öffnung humanitärer Organisationen zu bislang eher vermiedenen Themen nachzuzeichnen: der Klimawandel und die damit verbundenen Vulnerabilitätsdiskurse, so die Überlegung, verändere die normative und operative Ausrichtung von Organisationen, die sich traditionell als möglichst unpolitische, neutrale Akteure in hoch-politisierten Einsatzorten verstehen:

„Zum einen legt eine Abkehr von den rein humanitär-reaktiv geprägten Agenden des klassischen Humanitarismus eine deutlichere politische Ausrichtung entsprechender Hilfsprogramme nahe. Die Minderung oder Beseitigung von Verwundbarkeiten könnte auch politisch oder ökonomisch verursachte Ungleichheiten sowie Machtstrukturen in den Fokus des Interesses rücken. (...) Zum anderen sind die Diskurse um den Klimawandel *per se* politisch, da sie über Fragen der historischen Verantwortung und der Umweltgerechtigkeit zumindest potentiell auch strukturelle Ungleichheiten in den Nord-Süd-Beziehungen thematisieren.“ (Herbeck, 2013: 460)

Der Artikel skizziert diese Veränderungen in drei Organisationen, die sich alle, wenngleich unterschiedlich stark, sowohl in internen als auch öffentlichkeitswirksamen Diskussionen mit dem Klimawandel beschäftigen. Die reine Feststellung einer zunehmenden Inkorporierung der Klimawandel-Debatte in Strukturen und Projekte der untersuchten Organisationen sagt freilich wenig aus über die hier diskutierten Räume der Verwundbarkeit. Gleichwohl rücken gerade humanitäre Organisationen in den Fokus des Interesses, wenn diese Räume angesprochen werden. Diese Organisationen werden qua Mandat an solchen Orten oder in solchen Regionen aktiv, die nach ihrem Ermessen von einem besonders hohen Grad an Verwundbarkeit gekennzeichnet sind und engagieren sich für Personen, die zu den vulnerabelsten Teilen der dortigen Bevölkerung zählen.

Die Beschäftigung mit den strukturellen Ursachen von Verwundbarkeit, auch unabhängig vom tatsächlichen Auftreten von Natur- oder Sozialkatastrophen, verändert dabei auch die räumlichen Praktiken der Organisationen: anders als bisher werden sie auch an jenen Orten aktiv, die nicht unmittelbar zuvor von solchen Ereignissen betroffen waren, ganz im Sinne der vom Deutschen Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV) geforderten

Richtungsänderung der humanitären Hilfe, hin zu einer stärker mittel- bis langfristigen Perspektive, um Verwundbarkeiten im Angesicht des Klimawandels zu reduzieren (vgl. DKKV, 2011). Die Entscheidung für Einsatz- und Projektorte vereinfacht sich dadurch nicht, sondern scheint abhängig von der Klassifizierung von Orten, Regionen oder anderen Raumeinheiten als verwundbar. Wie diese Strategieänderung auf das als *humanitarian space* bezeichneten Handlungsumfeld von humanitären Organisationen wirkt, welche neuen räumlichen Praktiken damit einhergehen, und in welcher Art und Weise die Organisationen selbst an der Produktion von Räumen der Verwundbarkeit beteiligt sind, sind potentielle Felder zukünftiger Forschungen.

Mit den beschriebenen Veränderungen, insbesondere in Hinblick auf die Entscheidung für die Einsatzorte humanitärer Organisationen kommt ein weiterer Aspekt der *Räumlichkeit* von Verwundbarkeit ins Spiel, den Findlay (2005) mit der Wirkmächtigkeit jener imaginativen Geographien umschreibt, wie sie in den Vulnerabilitätsdiskursen und gerade auch in den Kartierungen von Verwundbarkeit (re)produziert würden. Indem Individuen oder Personengruppen als verwundbar charakterisiert werden, würden sie von dominanten Machtstrukturen ausgegrenzt, was sich als ebenso wirkmächtig erwiese wie die Ausgesetztheit gegenüber externen Bedrohungen (vgl. Findlay, 2005: 436). Diese kritische Lesart der Verwundbarkeitsdiskurse geht also davon aus, dass die in ihnen angelegte Reproduktion bereits existierender Benachteiligung tatsächlich eine weitere Erosion der ökonomischen und sozialen, aber auch der politischen Machtposition der als vulnerabel markierten Bevölkerungsteile bewirken und Ungleichheiten auf verschiedenen Ebenen verfestigen kann. Bankoff (2001) vertritt eine ähnlich kritische Sicht auf den Verwundbarkeits-Diskurs: er deutet entsprechende, räumlich-symbolische Zuschreibungen als Fortführung kolonialer und post-kolonialer Unterdrückungsdiskurse, die globale Ungleichheiten verfestigten und ganze Weltregionen als schutzlos und hilfsbedürftig stigmatisierten:

„(...) tropicality, development and vulnerability form part of one and the same essentialising and generalising cultural discourse that denigrates large regions of world [sic.] as disease-ridden, poverty-stricken and disaster-prone.” (Bankoff, 2001: 19)

In den Vulnerabilitätsdiskursen, so die Argumentation, würden wie in den vorherigen ‘großen Erzählungen’ ‚*Tropicality*‘ und ‚Entwicklung‘ die bestehenden Nord-Süd-Unterschiede bestätigt und entsprechende ökonomische und politische Ungleichheiten zementieren. Die Konstruktion von Regionen als *unsicher* erführe durch den Vulnerabilitätsdiskurs eine

wissenschaftliche Umdeutung, unterscheide sich im Grunde aber nur marginal von den vorhergehenden hegemonialen Diskursen der westlichen Welt (vgl. Bankoff, 2001: 28f.). Im Vergleich zu den *Tropicality*-Diskursen der Kolonialmächte und weiten Teilen der Entwicklungsdiskurse nach dem Zweiten Weltkrieg sei Vulnerabilität zwar weniger kulturessentialistisch und böte mit dem Verweis auf die Verfügungsrechte auch Ansätze für das *Empowerment* von von Hazards bedrohten Bevölkerungsgruppen, jedoch seien sowohl die stärker naturwissenschaftliche Hazardforschung als auch die sozialwissenschaftliche Verwundbarkeitsforschung am Ende

„(...) two (...) variants of the same hegemonic discourse that identifies one and the same parts of the globe as the abode of mainly disadvantaged people who dwell in poorly governed and environmentally degraded spaces.“ (ibid.: 29)

Auch wenn Bankoff wenig Hinweise darauf gibt, mit welchen Mechanismen Protagonisten des Vulnerabilitätsdiskurses jene imaginativen Geographien produzieren und welche Akteure aus welchen Gründen solche räumlich Viktimisierungen vorantreiben, verweist die vorgestellte Kritik doch auf jene konstruktivistischen Raumkonzepte, die in den einleitenden Abschnitten vorgestellt wurden. Die Frage hier ist also weniger, wie sich die räumliche Verteilung der Verwundbarkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels tatsächlich darstellt, sondern vielmehr, wie und von wem die vorgestellte Räumlichkeit der Vulnerabilität produziert wird und natürlich auch, welche Auswirkungen solcherart konstruierte Raumbilder sowohl auf die tatsächliche Betroffenheit und die soziale und räumliche Verteilung der Risiken in den entsprechenden Regionen haben, als auch auf politische Strategien und räumliche Praktiken vor Ort, etwa durch Institutionen der internationalen Klimapolitik, der Entwicklungszusammenarbeit - oder eben der humanitären Hilfe.

Die eingereichten **Artikel I.** und **II.** können in diesen Forschungskontext eingeordnet werden. In beiden Artikeln werden in einer Reihe von politischen Institutionen die Relevanz von Klimawandel- und Vulnerabilitätsdiskursen für Akteure innerhalb dieser Institutionen erforscht. Sie verweisen zugleich auf die zunehmende Umdeutung dieser Debatten, die in verschiedenen politischen Kontexten zunehmend als Sicherheitsdiskurse geführt werden. Daher seien zunächst als zweiten Sinnzusammenhang, in dem der Klimawandel(diskurs) spezifische Räumlichkeiten produziert, die ‚Räume der Sicherheit‘ vorgestellt.

3.2 Räume der Sicherheit

Neben der konkreten Folgen des Klimawandels für menschliche Gemeinschaften, die, wie wir gesehen haben, räumlich stark differenziert auftreten und erwartet werden, stellen sich auch auf politisch-diskursiver Ebene Diskussionspunkte, die ebenfalls die räumlichen Ausprägungen der antizipierten *Klimakatastrophe* ansprechen. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, gerade aber auch in der politischen Bewertung entsprechender Projektionen, spielen vermutete Zusammenhänge zwischen sich verändernden klimatischen Bedingungen, Produktions- und Ressourcenextraktionspraktiken, sowie potentiell gewalttätigen Auseinandersetzungen über eine sich verändernde Ressourcenbasis eine wichtige Rolle. In verschiedenen Disziplinen werden jene Sicherheitsfragen des Klimawandels seit einigen Jahren vermehrt behandelt, und auch in der politisch-medialen Aufbereitung haben entsprechende Themen zuletzt Konjunktur.

Eine häufig eher implizite Grundthese vieler populärer Beiträge zu der jüngeren Debatte stellt dabei die Vorstellung einer Verknappung natürlicher Ressourcen durch die Einflüsse des globalen Klimawandels dar, die in Verbindung mit steigenden Bevölkerungszahlen Konflikte als quasi vorprogrammiert erscheinen lassen. Hier schließt die Argumentation an grundlegendere Fragen an, wie sie in der Geographie bereits Jahre zuvor behandelt wurden: den Zusammenhang zwischen Ressourcendegradation bzw. Ressourcenknappheit und dem Auftreten gewaltsamer Konflikte. Wesentliche Beiträge in der Frühphase der von verschiedenen Seiten als neo-malthusianisch kritisierten Debatte waren die Werke von Homer-Dixon (1999), Kaplan (1994) oder Myers (1994)⁵. Die Zurückweisung der hier häufig eher populistisch aufbereiteten, simplifizierenden Wirkungsketten erfolgte wenig später durch Autoren wie Dalby (1992) oder Flitner und Soyez (2006), die darauf hinwiesen, dass „(...) eine direkte Verbindung natürlicher Degradationsprozesse mit Sicherheitsthemen zu einer problematischen Verengung von analytischen Perspektiven und Problemlösungshorizonten führt.“ (Herbeck und Flitner, 2010: 198)

In den neueren, politiknahen Beiträgen zu den Sicherheitsimplikationen des Klimawandels ist häufig nicht auf den ersten Blick erkennbar, wie genau die Zusammenhänge zwischen Umweltwandel und Konflikten gedacht werden; ob und inwieweit etwa Kausalketten angenommen werden, die von einer direkten Beeinflussung des weltweiten Konfliktgeschehens durch klimatische Faktoren ausgehen, differiert jedenfalls hochgradig

⁵ Natürlich kann die Debatte deutlich weiter zurückverfolgt werden. Wesentliche Denkfiguren sind etwa den Werken von Malthus (1777) oder Huntington (1915) entnommen, die ihrerseits im Mittelpunkt einer grundsätzlichen Debatte zwischen naturdeterministischen und geopossibilistischen Positionen innerhalb der Geographie standen.

zwischen den verschiedenen Disziplinen, Feldern und Forschern. Wie in **Artikel I.** ausführlich beschrieben, haben sich etwa ab Mitte der 2000er Jahre in politischen Foren Stimmen gemehrt, die auf jene Sicherheitsimplikationen des Klimawandels hinwiesen. Wenn dabei die für die Feststellung einer *Versicherheitlichung* des Klimawandels relevanten politische Akteure angesprochen sind, sei hier auf Studien hingewiesen, die z.B. im Auftrag des U.S.-Verteidigungsministeriums (CNA, 2007), von unterschiedlichen think tanks und politischen Beratungsfirmen (Maas und Tänzler, 2009; Raleigh et al., 2008; Haldén, 2007; Mabey, 2008) und, für die politische Diskussion in Deutschland am wichtigsten, vom Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU, 2008) verfasst wurden. In unterschiedlicher Nähe zu politischen Entscheidungsträgern wurden hier Diagnosen und Prognosen zum Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit artikuliert, deren Ergebnisse sich in den jeweiligen Reports auffällig gleichen (Brzoska, 2008: 205). In den meisten Fällen werden verschiedene Mechanismen oder Konfliktkonstellationen identifiziert, über die klimatische Veränderungen auf das Konfliktgeschehen auf verschiedenen geographischen Ebenen einwirken sollen.

Als Beispiel sei hier der Report des WBGU herangezogen, der in der englischen Übersetzung auch international einige Resonanz erfuhr. Der Report spricht von vier grundlegenden Konstellationen, die durch den Klimawandel beeinflusst würden und die, so der Report, „in vielen Regionen der Welt in ähnlicher Ausprägung auftreten könnten.“ (WBGU, 2008: 81). Gemeint sind hiermit „Wirkungszusammenhänge an der Schnittstelle von Umwelt und Gesellschaft, deren Dynamik zu gesellschaftlicher Destabilisierung und Gewalt führen kann“ (ibid.). Konkret wird folgenden vier Konfliktkonstellationen ein solches Potential zugeschrieben (vgl. ibid.: 83ff.): der Verknappung der weltweiten Süßwasservorräte, dem weltweiten Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, der klimabedingten Zunahme von Extremwetterereignissen (insbesondere Stürme und Fluten), sowie einem Ansteigen des Migrationsaufkommens als Folge klimatischer Veränderungen. Wie genau dabei Wirkungszusammenhänge konzipiert werden, zeigt ein genauerer Blick auf die erste der behaupteten Konfliktkonstellationen, die antizipierte Degradation der Verfügbarkeit von Süßwasservorräten. Hier ist die grafische Darstellung aufschlussreich:

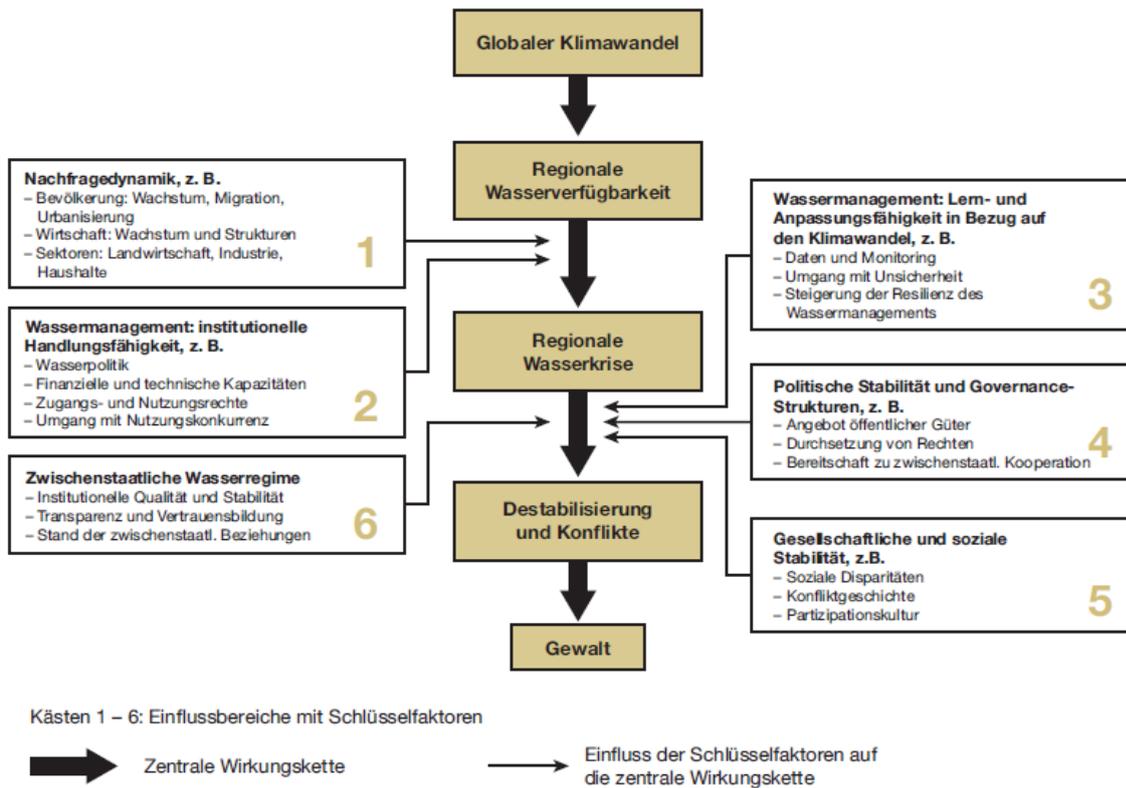


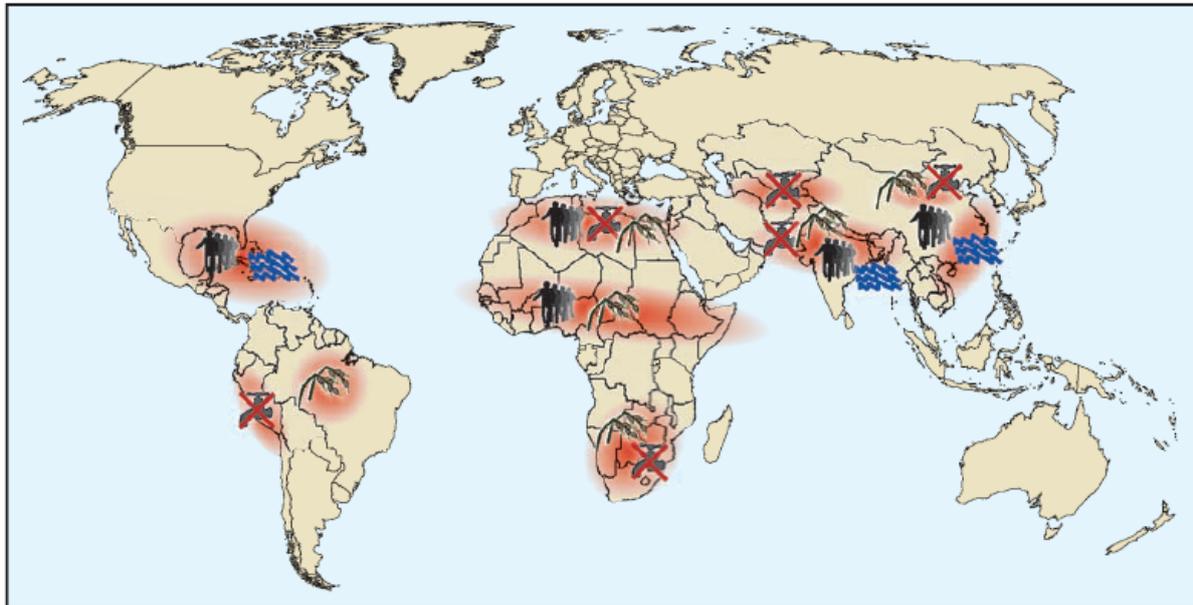
Abbildung 1: Konfliktkonstellation „Klimabedingte Degradation von Süßwasserressourcen“: Schlüsselfaktoren und ihre Wechselwirkungen (Quelle: WBGU, 2008: 87)

Auffällig ist zunächst, dass in Abbildung 1 von einer grafisch unmissverständlich vermittelten, direkten Verbindung vom globalen Klimawandel zum Ausbruch von Gewalt ausgegangen wird. Die skizzierte Abwärtsspirale lässt wenig Zweifel aufkommen an der Grundthese, dass eine kausale Verknüpfung zwischen der erwarteten (globalen) Umweltveränderung und einem Ansteigen von gewalttätigen Auseinandersetzungen auf einer *regionalen* Ebene besteht. Die links und rechts neben der zentralen Wirkungskette angelegten Einflussfaktoren offenbaren dann ein etwas anderes Bild: hier wird mit positiv konnotierten Begriffen wie „gesellschaftliche und soziale Stabilität“, „politische Stabilität und Governance-Strukturen“ oder „Lern- und Anpassungsfähigkeit des Wassermanagements“ die vermeintliche Kausalkette relativiert. Selbst zwischenstaatliche Kooperation rückt in den Bereich der Möglichkeiten, wenn von Wasserregimen die Rede ist, die durch institutionelle Stabilität und Vertrauen gekennzeichnet sein können. Die „zentrale Wirkungskette“ ist davon (zumindest grafisch) seltsam unberührt. Und dass Konflikte über Wasservorräte in einem letzten Schritt zwangsweise zum Ausdruck von Gewalt führen, und nicht etwa durch andere Formen der Konfliktbeilegung geregelt werden können, scheint in der Darstellung außer Frage zu stehen. Auch wenn die Interpretation nicht die meist ausgewogene Argumentation der Studie widerspiegelt, lassen sich doch einige Simplifizierungen oder Verkürzungen verdeutlichen,

die spätestens in der Vermittlung der komplexen Inhalte der entsprechenden Teile des Gutachtens zutage treten. Ähnliches gilt auch für die grafische Ausarbeitung der Konfliktkonstellation „klimabedingte Migration“ (vgl. WBGU, 2008: 128). In der vorab erschienenen Zusammenfassung für Entscheidungsträger (WBGU, 2007) zeigen sich jenseits dieser Darstellungsfragen aber auch bedenkliche argumentative Verkürzungen, die Grundzüge von neo-malthusianischen Grundhaltungen offenbaren und gerade in Hinblick auf die angesprochene Zielgruppe tatsächlich in Richtung einer angestrebten Versicherheitlichung deuten könnten:

„Dabei bergen vor allem in Entwicklungsländern die Zunahme von Dürren, Bodendegradation und steigende Wasserknappheit in Kombination mit hohem Bevölkerungswachstum, instabilen Institutionen, Armut oder großer Abhängigkeit von der Landwirtschaft besonders hohe Risiken für die Entstehung und Verstärkung von Umweltmigration. (...) Grenzüberschreitende Umweltmigration wird vor allem als Süd-Süd-Migration auftreten, aber auch Europa und Nordamerika müssen mit erheblich erhöhtem Migrationsdruck aus den vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen rechnen.“ (WBGU, 2007: 3)

Hier zeigen sich auch erste Hinweise der Verräumlichung der Sicherheitsrisiken, die natürlich in relativ engem Zusammenhang mit den oben skizzierten Räumen der Verwundbarkeit stehen. Der WBGU identifiziert in seinem Gutachten eine Reihe von besonders konfliktträchtigen Regionen; während das später erschienene Hauptgutachten dabei einen weiteren Blickwinkel einnimmt und etwa auch die Arktisregion, Südeuropa oder Teile Nordamerikas fokussiert (vgl. WBGU, 2008ff.), werden in der Zusammenfassung für Entscheidungsträger nur noch folgende Regionen explizit genannt: Nordafrika, Sahelzone, Südliches Afrika, Zentralasien, Indien/Pakistan/Bangladesch, China, Karibik und Golf von Mexiko sowie die Andenregion und Amazonien. Diese relativ klare Verortung der Problemlagen in Ländern des globalen Südens schlägt sich wiederum in der häufig reproduzierten Weltkarte nieder, die einen Kern des Reports darstellt (vgl. Abbildung 2).



Konfliktkonstellationen in ausgewählten Brennpunkten:

-  Klimabedingte Degradation von Süßwasserressourcen
-  Klimabedingter Rückgang der Nahrungsmittelproduktion
-  Brennpunkt
-  Klimabedingte Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen
-  Umweltbedingte Migration

Abbildung 2: Sicherheitsrisiken durch Klimawandel: ausgewählte Brennpunkte (Quelle: WBGU, 2008: 4)

Hier werden also in aller Deutlichkeit globale Unterschiede in der potentiellen Betroffenheit von gewaltsamen Konflikten offenbar, die eine klare Verortung solcher Risiken in Ländern des Südens vornimmt. Auffällig ist, dass (abgesehen von Chile) kein OECD-Land auch nur geringe Anteile eines Brennpunktes aufweist, auch wenn, wie besonders am Beispiel Nordafrikas und des Golfes von Mexiko deutlich, die Bedrohungen oft bis nahe an die Grenzen der „westlichen Welt“ heranrücken.

Die hier am Beispiel des WBGU-Reports illustrierten Argumentationslinien finden sich in ähnlicher Ausgestaltung auch in den anderen oben genannten, politiknahen Dokumenten. Die herausgegriffene Darstellung verweist wiederum auf die Produktion jener *imaginative geographies*, wie sie auch im Zusammenhang mit dem Verwundbarkeitsdiskurs beschrieben wurden, und in denen sich die Berichte ebenfalls auffällig gleichen. In diesem Sinne sollen unter Räumen der Sicherheit eben jene Raumbilder und räumlichen Konnotationen verstanden werden, die im Zuge einer zunehmenden Versicherheitlichung des Klimawandeldiskurses produziert werden und damit wiederum Erdregionen als unsicher, und mehr noch, als Bedrohung der Länder des globalen Nordens charakterisieren. Entsprechende Diskurse sind in den eingereichten Artikeln I. und II. untersucht worden.

In **Artikel I.** werden zunächst allgemeiner die Diskurse zu Klimawandel und Sicherheit diskutiert, die in unterschiedlichen politischen Institutionen geführt wurden. Grundlage dafür ist der Ansatz der Versicherheitlichung der Kopenhagener Schule um Waever und Buzan (vgl. Buzan et al., 1998), in der die Feststellung der Versicherheitlichung eines Themenfeldes auf jene politischen Akteure fokussiert, die sicherheitspolitische Maßnahmen beschließen können. Entsprechend wurden exemplarisch Debatten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, in der Kommission der Europäischen Union, sowie in der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nachgezeichnet. Im Gegensatz zu den beiden ersten Institutionen wurden die beschriebenen Zusammenhänge von der Bundesregierung angezweifelt, entsprechende Implikationen für die Sicherheitspolitik weitestgehend zurückgewiesen und die Notwendigkeit von Maßnahmen v.a. der Entwicklungspolitik zugeordnet.

Die wichtigste Feststellung des Artikels ist, dass in den analysierten Institutionen kaum von einer Versicherheitlichung des Klimawandels im engeren Sinn der Kopenhagener Schule gesprochen werden kann, da kaum tatsächliche sicherheitspolitische Maßnahmen als Folge der Debatten ergriffen wurden. Stattdessen wurden (am deutlichsten in den Reaktionen der deutschen Regierung erkennbar) die Sicherheitsimplikationen des Klimawandels in einen weiteren Sicherheitsbegriff überführt (*human security*) und eher breitere entwicklungspolitische Anliegen aus den festgestellten Sicherheitsbedrohungen abgeleitet. Vor dem Hintergrund einer kritischen Auseinandersetzung mit dieser Ausweitung des Sicherheitsbegriffs identifiziert der Artikel aber auch hier politische Risiken:

„Die moralische Geographie der menschlichen Sicherheit verlagert die eigentlichen Sicherheitsprobleme in den globalen Süden und kann so zu einer umfassenden Ablenkung von der kausalen, historischen Verantwortung der Industrieländer für den Klimawandel führen (...) Lokale Akteure und Institutionen in den Entwicklungsländern werden zudem in erster Linie als verwundbar und damit schutzbedürftig konzipiert und einer militärisch anschlussfähigen Interventionslogik anbefohlen, die quer durch die einschlägigen Dokumente immer wieder aufscheint.“ (Herbeck und Flitner, 2010: 203)

Eine Verortung der beschriebenen Sicherheitsrisiken, auch wenn sie eher als Problemlagen eines menschlichen Sicherheitsbegriffs erscheinen, wird also durch die angesprochenen moralischen Geographien vorgenommen, die, wiederum, Regionen und Länder des globalen Südens als geographische Schwerpunkte ausmachen. Darin ähneln sie in ihrer Räumlichkeit, zumindest was die grobe Verortung angeht, den oben beschriebenen Räumen der Verwundbarkeit. Gleichzeitig unterscheiden sich die Skalen der Beobachtung und der

Intervention: während Verwundbarkeit eher als lokales Problem erscheint, das entsprechend auch lokale Strategien der Intervention nahelegt, werden in den skizzierten räumlichen Repräsentationen eher großflächige Regionen als Hotspots der Klimawandel-Unsicherheit charakterisiert.

Ähnliches gilt für die behaupteten Hotspots der erwarteten Klimamigration, die in **Artikel II.** thematisiert werden. Der Artikel verengt die Analyse von Räumen der Sicherheit auf die Debatten zum Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration und konzentriert sich dabei auf Argumentationslinien in der EU und in Kiribati. Erkenntnisse zu den hier thematisierten Räumen der Sicherheit lassen sich dabei insbesondere in den Dokumenten der verschiedenen EU-Institutionen erwarten. Ausgangspunkt des Artikels ist die Feststellung, dass die „(...) bisherigen Auseinandersetzungen mit dem Umwelt-Migrations-Nexus (...) den komplexen Realitäten des globalen Migrationsgeschehens wenig gerecht“ (Klepp und Herbeck, akzeptiert: 7) werden und aufgrund der Ausblendung von politischen Implikationen geeignet sind, sicherheitspolitische Reflexe in den Ländern des globalen Nordens auszulösen. Eine sinnvolle Analyse der Klimamigrations-Debatte soll daher gerade auf jene Produktion von Räumen der (Un)sicherheit abzielen, die in der politischen Verarbeitung des Diskurses eine Versicherheitlichung des Themas in den Bereich des Möglichen rückt. Die Analyse der verschiedenen EU-Dokumente bestätigt diese Befürchtungen zumindest teilweise. Die in verschiedenen Institutionen nahegelegten Maßnahmen erscheinen:

„(...) zumindest klar anschlussfähig an die Externalisierungstendenzen europäischer Migrationspolitik und an breitere Diskurse zu Migrationsmanagement, die darauf abzielen, die Bedingungen der Migration in die EU im ökonomischen und sicherheitspolitischen Sinne der Staaten zu bestimmen.“ (Klepp und Herbeck, akzeptiert: 13)

Zudem werden, ähnlich wie in Artikel I. beschrieben, die Problemlagen in eine humanitäre und entwicklungspolitische Rahmung überführt, was die geforderte Politisierung des Umwelt-Migrations-Nexus eher erschwert. Die Ausblendung politischer Aspekte in der *anti-politics-machine* (Ferguson, 1990) der westlichen Entwicklungszusammenarbeit erschwere tendenziell die Thematisierung von „(...) Fragen regionaler und globaler Verantwortung und Solidarität, sowie historischer und gegenwärtiger Machtbeziehungen und Abhängigkeitsverhältnisse“ (Klepp und Herbeck, akzeptiert: 14).

Kontrastiert werden diese Erkenntnisse im weiteren Verlauf mit Debatten im Pazifikraum (einem der als Hotspot zukünftiger Klimamigration klassifizierten Region), die, wenig

überraschend, wesentlich grundsätzlichere Fragen aufwerfen. Hier werden Aspekte der Klimagerechtigkeit thematisiert, dezidiert migrationsfreundliche Perspektiven eingenommen und im Kontext möglicher neuer Mobilitätsformen auch postkoloniale Raumfragen aufgegriffen und nationalstaatliche Grenzziehungen in Frage gestellt (vgl. Klepp und Herbeck, akzeptiert: 22ff.). Zudem wird die Stigmatisierung der Region als erstes ‚Opfer‘ des Klimawandels zumindest von Seiten der Regierung Kiribatis scharf zurückgewiesen.

Auch in diesem Artikel finden sich Hinweise auf die Produktion von Räumen und Skalen der (Un)sicherheit in den Debatten zu *Klimamigration*. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass diese Form des Raum-Machens nicht unumkämpft ist: sowohl die Ebene der Betrachtung bzw. Intervention wird in den Diskussionen in Kiribati angezweifelt, als auch die räumliche Sinnzuschreibung als besonders vulnerable Region. Auffälliger Weise dominieren in beiden vorgestellten Kontexten die Ebene der Region als wesentlicher Maßstab. Dabei wird jedoch nicht eine zwischen der nationalstaatlichen und der lokalen liegende Ebene angesprochen, sondern vielmehr großräumige grenzüberschreitende Regionen.

In einem letzten Abschnitt soll nun ein alternatives Konzept des Nachdenkens über Raum vorgestellt und auf das Potential für zukünftige, humangeographische Forschungen zu Klimawandel (gerade auch in Verbindung mit Migration und Mobilität) diskutiert werden: das Konzept der Translokalität.

4. Ausblick: Translokale Räume des Klimawandels?

Die beschriebenen Räume des Klimawandels in den Verwundbarkeits- und Sicherheitsdiskursen haben gezeigt, dass insbesondere die Kategorien ‚Ort‘ und ‚Region‘ in der Beschäftigung mit den gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels eine wichtige Rolle einnehmen. In ihnen kristallisieren sich die Debatten um die räumlichen Dimensionen des Klimawandels insofern, als dass sie kontinuierlich als Skalen der Beobachtung oder Intervention festgeschrieben werden. Der Landschaftsbegriff tritt in den untersuchten politischen Kontexten weniger klar zutage; dies mag anders sein, wenn man sich z.B. mit Fragen der Biodiversität beschäftigt, wo er gerade in bestimmten anhängigen Naturschutzdebatten durchaus eine relevante Kategorie darstellt. Zudem wird die Beschäftigung mit der Kategorie Landschaft von einem theoretisch-konzeptionellen Standpunkt weiterhin als lohnenswert für die humangeographische Klimawandelforschung erachtet. Gerade für die Erfassung der individuellen oder kollektiven *Erfahrungen* und Deutungen von Umwelt- und Klimawandel bietet das Landschaftskonzept einige

vielversprechende Ansätze und eröffnet die Möglichkeit, grundsätzliche Überlegungen zur Ko-Konstitution von Natur und Gesellschaft, sowie von ästhetischen und emotionalen Geographien des Klimawandels anzustellen.

Um noch einmal die scale-Debatte heranzuziehen: abgesehen von der ganz offensichtlich sehr erfolgreich festgeschriebenen Rolle der Nationalstaaten (vgl. Kythreotis, 2012; Lövbrand und Stripple, 2006) in den formalisierten internationalen Klimapolitiken waren die *politics of scale* der internationalen Klimapolitik offensichtlich relativ erfolgreich darin, die lokale Ebene und die Ebene der Region als wichtige Maßstabsebenen zu etablieren. Zum einen prägen diese Ebenen ganz wesentlich die (naturwissenschaftlichen) Analysen und Prognosen des Klimawandels und dessen Folgen, zum anderen determinieren sie auch die Interventionsebenen entsprechender Politiken (seien es Anstrengungen, die Vulnerabilität ‚lokaler‘ Gesellschaften oder Ökosysteme zu reduzieren oder die Bedrohung der internationalen Sicherheitslage in ‚regionalen‘ Krisen-Hotspots zu bekämpfen). Eine Analyse der entsprechenden *politics of scale* kann dabei nur unter den Vorzeichen von relationalen und konstruktivistischen Raumbegriffen gelingen: Räume und Raumausschnitte sind dann eben genauso wenig wie Skalen der Beobachtung oder der Intervention quasi-natürliche Gebilde, sondern sind das Ergebnis von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen in *power geometries*, die wesentlich von machtvollen sozialen Beziehungen geprägt sind.

In diesem letzten Abschnitt der Ausarbeitung soll unter dem Schlagwort der Translokaliät die Aufmerksamkeit auf eine relativ neue humangeographische Debatte gelenkt werden, die möglicherweise bestimmte Blindstellen der geographischen Klimawandelforschung schließen und skalenübergreifend eine stärkere Berücksichtigung relationaler und konstruktivistischer Raumkonzepte etablieren könnte. Insbesondere könnte das Konzept in den bereits mehrfach angesprochenen Debatten zu den Verbindungen zwischen Migration und Klimawandel Anwendung finden und die von Piguet (2012) geforderte Denaturalisierung der Umweltmigrationsdebatte voranbringen.

In den letzten Jahren hat sich in der Geographie eine Forschungsrichtung angedeutet, die unter dem gemeinsamen Schlagwort der *Translokaliät* neue Wege in der Konzeption von gesellschaftlicher Räumlichkeit beschreitet. Auf Grundlage der Transnationalismus-Debatte, die im Wesentlichen eine kritische Auseinandersetzung mit dem bis in die 1990er Jahre weit verbreiteten methodologischen Nationalismus in weiten Teilen der Migrationsforschung darstellt (Basch et al., 1994), haben GeographInnen in den letzten Jahren eine Neuorientierung der Forschung gefordert. In der Einleitung zu einem Sammelband unter dem Titel *Translocal Geographies* beschreiben Brickell und Datta (2011) die Grundzüge der

Weiterentwicklung des Ansatzes. Translokale Geographien seien interessiert an der „(...) simultaneous situatedness across different locales which provide ways of understanding the overlapping place-time(s) in migrants' everyday lives.“ (Brickell und Datta, 2011: 4). Ähnlich dem Transnationalismus-Ansatz fokussiert Translokalität auf die sozialen Räume und Lebenswelten von Migranten, die, so die Grundannahme, trotz einer scheinbaren Losgelöstheit von konkreten Örtlichkeiten doch lokal situiert sind und eben gerade durch die komplexe Verbindung von verschiedenen Orten gekennzeichnet sind. Auch wenn die zentrale Erkenntnis einer lokalen Situiertheit auch in die Transnationalismus-Debatte eingeflossen sei, bliebe diese dennoch in einer grundsätzlichen Zwickmühle verhaftet: durch die Fokussierung der Forschungen in diesem *grounded transnationalism* auf die Verbindungen von Orten über nationalstaatliche Grenzen hinweg sei die nationalstaatliche Verfasstheit der Welt nach wie vor zentrale räumliche Ordnungskategorie des Ansatzes. Zwar seien die Forschungen durch die Berücksichtigung der lokalen Situiertheit von Migrantinnen nuancierter geworden, jedoch sei Translokalität nur in das bestehende Gerüst der Transnationalismusforschung eingespeist worden, „(...) as a local site of exchange made possible through the movement of people and ideas across national spaces.“ (Brickell und Datta, 2011: 10). Im Gegensatz dazu soll Translokalität in der vorgeschlagenen Konzeption Verbindungen zwischen Orten *in their own right* untersuchen, ohne die räumliche Ebene der Nationalstaaten implizit zu privilegieren (Brickell und Datta, 2011: 10). Entsprechend ordnet sich unter dem Begriff der Translokalität eine Reihe von empirischen Arbeiten ein, die (häufig in Ländern des globalen Südens) translokale Verbindungen und soziale Räume untersuchen, die durch Binnenmobilität entstehen (vgl. z.B. Greiner, 2010; 2011; Lohnert und Steinbrink, 2005; Long, 2008; Steinbrink, 2009).

Das Konzept der Translokalität, so möchte ich abschließend argumentieren, kann in zweierlei Hinsicht für eine humangeographische Beschäftigung mit dem Klimawandel nützlich sein. Zum einen kann es helfen, die Debatte zu den Verbindungen zwischen Klimawandel und Migration neu zu überdenken (vgl. auch Greiner et al., 2014; Greiner und Sakdapolrak, 2013b). Wie bereits beschrieben, mangelt es vielen der Beiträge zu diesem Themenkomplex an einer theoretischen Rückbindung an entsprechende Diskussionslinien in der (geographischen) Migrationsforschung oder Ansätzen einer kritischen Migrationsforschung. Die bisherigen Beiträge unter dem Dach der Translokalität zeigen auch, wie im Begriff der Translokalität Mobilität verknüpft werden kann mit den relationalen Raumbegriffen der Humangeographie. Die verschiedenen Raumkategorien (hier insbesondere der Ort als *locale*) werden dann nicht mehr als diskrete Gebilde behandelt, deren Charakteristika es mit Hilfe szientistischer Methoden zu bestimmen gilt, sondern bilden den Hintergrund für Überlegungen zu den vielfältigen Verflechtungen, die zwischen ihnen

bestehen. So gesehen bildet ein relationaler Raumbegriff das Kernstück der Translokali-täts-Debatte. In Bezug auf den Klimawandel können in diesem Kontext etwa Fragen nach der Resilienz durch translokale Haushaltsstrategien interessant sein (Scheffran et al., 2012). Zudem bietet der translokale Ansatz die Möglichkeit, über *traveling ideas* (vgl. Weisser et al., 2014; De Wit, 2014) zwischen Orten nachzudenken, die sich z.B. in Forschungen zum Zusammenhang zwischen der translokalen Organisation von Haushalten und sich verändernden Landnutzungspraxen in Ursprungsorten von Migrationsbewegungen oder, allgemeiner, zu sich verändernden Interpretationen von Umweltwandel in translokalen Gemeinschaften niederschlagen (vgl. z.B. Greiner und Sakdapolrak, 2013a).

Zum anderen könnten die Überlegungen zu Translokali-tät dabei helfen, die vielschichtigen Orte des Klimawandels jenseits einer Fokussierung auf Prozesse der Migration zu erfassen. Während die aktuellen Debatten zu Translokali-tät jene Orte in den Blick nehmen, die durch verschiedene Formen der Migration miteinander verbunden sind (die multiplen Örtlichkeiten also, die sich entlang der komplexen *trajectories* von internationalen, regionalen oder Binnenmigrationsrouten aufspannen), könnten in einer Ausweitung des Konzeptes auch andere Formen der Mobilität thematisiert werden. Der Idee der Translokali-tät könnte dann ein weiterer Mobilitätsbegriff zugrunde gelegt werden, der auch die Beweglichkeit von Ideen und Wissen, die räumliche Verschachtelung von Diskursen und politischen Entscheidungen, sowie die komplexen Austauschbeziehungen im globalen ökonomischen System fasst. Hier kommen wieder die eingangs genannten Orte des Klimawandels ins Spiel und es könnte gefragt werden, wie die weniger offensichtlichen Verbindungen zwischen unterschiedlichen Orten des Klimawandels diese gegenseitig beeinflussen.

Wie hängen die Orte der internationalen Klimapolitik (die Verhandlungen im UN-Sicherheitsrat, Gespräche in den Büros der Entscheidungsträgern, die Produktionsstätten des globalisierten ökonomischen Systems, die Debatten während der symbolträchtigen Demonstrationen der internationalen Klimabewegung etc.) mit den Erfahrungswelten der als vulnerabel klassifizierten lokalen Bevölkerungen in Ländern des globalen Südens zusammen? Welche Rolle spielen die durch Kommunikationstechnologien konstituierten, multilokalen sozialen Räume, die durch die geteilten Erfahrungen von Menschen an unterschiedlichen Orten geprägt sind für die Erfahrung des Klimawandels? Wie verbinden sich Orte der Binnenmigration mit den Orten der internationalen Diaspora oder den Einsatzorten von hochmobilen EntwicklungshelferInnen und humanitären ArbeiterInnen? Und wie prägen Handlungen an den Orten der Wissensproduktion der internationalen Klimafolgenforschung die lokalen Erfahrungen und *lay knowledges* von Wetter und Klima? Durch eine Öffnung der Translokali-tätsdebatte hin zu weniger strikt als Migration zu

bezeichnenden Formen der Mobilität können neue Akteurskonstellationen und Raumbeziehungen in den Blick genommen und so die *sites of heterogeneity* (Amin, 2004) des Klimawandels erfasst werden.

Die Nützlichkeit des Translokali-täts-Ansatzes muss sich in solchen Kontexten erst noch zeigen, jedoch scheinen die Vorteile aus raumtheoretischer Sicht offensichtlich: hier können die vielfältigen Verbindungen und die komplexen Zusammenhänge im Sinne relationaler Raumvorstellungen thematisiert, scheinbar weit voneinander entfernte Orte zusammengedacht und gleichzeitig unterschiedliche Erfahrungswelten und Wissensformen synchronisiert werden. Dabei finden sich auch klare Bezugspunkte zu anderen theoretisch-konzeptionellen Denkfiguren, wie etwa den Überlegungen zu netzwerkartigen, skalenübergreifenden Formen der *nodal governance* in politischen Prozessen (Shearing und Wood, 2003; Flitner und Görg, 2008) oder den stärker auf die komplexen Raumbedingungen von Wissensproduktion abzielenden *assemblages* (DeLanda, 2006; Braun, 2006; Collier, 2006; Collier und Ong, 2005), die ihrerseits spezifische Räumlichkeiten ins Spiel bringen. Es wird klar, dass auch methodische Anknüpfungspunkte bestehen, etwa zu der *multi-sited ethnography* von Marcus (1995). In dieser Weise könnte eine Weiterentwicklung des Translokali-täts-Konzeptes, insbesondere hin zu einer multi-skalaren *und* multi-lokalen Analyse sowie der Berücksichtigung neuer Akteurstypen dazu beitragen, die Räumlichkeiten des Klimawandels in ihrer Komplexität zu erfassen.

Literatur

- Agnew, J. (1987): *Place and Politics*. Boston: Allen & Unwin.
- Amin, A. (2004): Regions unbound: towards a new politics of place. *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography*, 86(1), 33-44.
- Bankoff, G. (2001): Rendering the world unsafe: 'vulnerability' as western discourse. *Disasters*, 25(1), 19-35.
- Basch, L., Glick-Schiller, N. & Blanc, C. S. (1994): *Nations Unbound: Transnational Projects, Postcolonial Predicaments, and Deterritorialized Nation-States*. Langhorne: Gordon and Breach.
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. & Grande, E. (2004): *Das kosmopolitische Europa*. Frankfurt a. M: Suhrkamp Verlag.
- Béné, C. (2009): Are Fishers Poor or Vulnerable? Assessing Economic Vulnerability in Small-Scale Fishing Communities. *Journal of Development Studies*, 45(6), 911-933.
- Béné, C. & Friend, R. M. (2011): Poverty in small-scale fisheries. *Progress in Development Studies*, 11(2), 119-144.
- Berking, H. (2006): Raumtheoretische Paradoxien im Globalisierungsdiskurs. In: Berking, H. (Hrsg.) *Die Macht des Lokalen in einer Welt ohne Grenzen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 7-24.
- Bhabha, H. (1994): *The location of culture*. London: Routledge.
- Bindoff, N. L., Stott, P. A., AchutaRao, K. M., Allen, M. R., Gillett, N., Gutzler, D., Hansingo, K., Hegerl, G., Hu, Y., Jain, S., Mokhov, I. I., Overland, J., Perlwitz, J., Sebbari, R. & Zhang, X. (2013): Detection and Attribution of Climate Change: from Global to Regional. In: Stocker, T. F., Qin, D., Plattner, G.-K., Tignor, M., Allen, S. K., Boschung, J., Nauels, A., Xia, Y., Bex, V. & Midgley, P. M. (Hrsg.) *Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge, UK/New York, USA: Cambridge University Press, 867-952.
- Bingham, N. & Hinchliffe, S. (2008): Reconstituting natures: Articulating other modes of living together. *Geoforum*, 39(1), 83-87.
- Blaikie, P. & Brookfield, H. (1987): *Land degradation and society*. London, New York: Methuen.
- Blok, A. (2010): Topologies of climate change: actor-network theory, relational-scalar analytics, and carbon-market overflows. *Environment and Planning D: Society and Space*, 28(5), 896-912.
- Bohle, H. G., Downing, T. E. & Watts, M. J. (1994): Climate change and social vulnerability: toward a sociology and geography of food insecurity. *Global Environmental Change*, 4(1), 37-48.
- Bohle, H. G. & Glade, T. (2008): Vulnerabilitätskonzepte in Sozial-und Naturwissenschaften. In: Felgentreff, C. & Glade, T. (Hrsg.) *Naturrisiken und Sozialkatastrophen*. Berlin, Heidelberg: Springer Verlag, 99-119.
- Brace, C. & Geoghegan, H. (2010): Human geographies of climate change: Landscape, temporality, and lay knowledges. *Progress in Human Geography*, 35(3), 284-302.
- Braun, B. (2006): Environmental issues: global natures in the space of assemblage. *Progress in Human Geography*, 30(5), 644-654.
- Brickell, K. & Datta, A. (2011): Introduction: Translocal Geographies. In: Brickell, K. & Datta, A. (Hrsg.) *Translocal Geographies. Spaces, Places, Connections*. Burlington: Ashgate, 3-22.
- Brzoska, M. (2008): Der konflikträchtige Klimawandel - ein Sicherheitsproblem? In: Heinemann-Grüder, A., Hippler, J., Weingardt, M., Mutz, R. & Schoch, B. (Hrsg.) *Friedensgutachten 2008*. Münster: Lit Verlag, 195-206.

- Bundesamt für Naturschutz (o. Jahr-a): *Landschaftstypen*. URL: http://www.bfn.de/0311_landschaftstypen.html [Aufgerufen am 18.09. 2014].
- Bundesamt für Naturschutz (o. Jahr-b): *Schutzwürdige Landschaften*. URL: http://www.bfn.de/0311_schutzw_landsch.html [Aufgerufen am 18.09. 2014].
- Buzan, B., Waeber, O. & de Wilde, J. (1998): *Security: a new framework for analysis*. Boulder, London: Lynne Rienner Publishers.
- Castells, M. (1996): *The Rise of the Network Society*. Oxford: Blackwell.
- Castree, N. (2009): Place: Connections and Boundaries in an Interdependent World. In: Clifford, N. J., Holloway, S. L., Rice, S. P. & Valentine, G. (Hrsg.) *Key Concepts in Geography*. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington DC: Sage, 153-172.
- Chambers, R. (1989): Editorial Introduction: Vulnerability, Coping and Policy. *IDS Bulletin*, 20(2), 1-7.
- CNA (2007): *National security and the threat of climate change*. Alexandria, VA: CNA Corporation.
- Collier, S. J. (2006): Global Assemblages. *Theory Culture Society*, 23(2-3), 399-401.
- Collier, S. J. & Ong, A. (2005): Global assemblages, anthropological problems. In: Ong, A. & Collier, S. J. (Hrsg.) *Global assemblages. Technology, politics, and ethics as anthropological problems*. Malden, MA: Blackwell Publishing, 3-21.
- Dalby, S. (1992): Ecopolitical discourse: "environmental security" and political geography. *Progress in Human Geography* 16(4), 503-522.
- De Wit, S. (2014): "Denaturalizing Adaptation, Re-socializing the Climate". Theoretical and methodological reflections on how to follow a travelling idea of climate change. In: Gessing, F., Herbeck, J. & Klepp, S. (Hrsg.) *Denaturalizing climate change: migration, mobilities and space*. Bremen: Forschungszentrum Nachhaltigkeit (artec), 56-65.
- DeLanda, M. (2006): *A new philosophy of society: Assemblage theory and social complexity*. London, New York: Continuum.
- Devine-Wright, P. (2013): Think global, act local? The relevance of place attachments and place identities in a climate changed world. *Global Environmental Change*, 23(1), 61-69.
- Dietz, K. (2009): Prima Klima in den Nord-Süd-Beziehungen? Die Antinomien globaler Klimapolitik: Diskurse, Politiken und Prozesse. In: Burchardt, H.-J. (Hrsg.) *Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik*. Frankfurt: Campus Verlag, 183-218.
- Dietz, K. & Vogelpohl, K. (2005): *Raumtheoretische Überlegungen zum Konfliktfeld Klima*. (=Diskussionspapier 03/05) Berlin: Projekt „Global Governance und Klimawandel“.
- Dietz, M. & Garrelts, H. (Hrsg.) (2013): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*, Wiesbaden: Springer VS.
- DKKV (Hrsg.) (2011): *Refining the Agenda? Humanitarian Assistance in Times of Climate Change*, Bonn: DKKV.
- Escobar, A. (2001): Culture sits in places: reflections on globalism and subaltern strategies of localization. *Political Geography*, 20(2), 139-174.
- Ferguson, J. (1990): *The anti-politics machine: "development," depoliticization, and bureaucratic power in Lesotho*. Cambridge, New York, Melbourne: Cambridge University Press.
- Findlay, A. M. (2005): Editorial: vulnerable spatialities. *Population, Space and Place*, 11(6), 429-439.
- Flitner, M. (2013): Global Change. In: Lossau, J., Freytag, T. & Lippuner, R. (Hrsg.) *Schlüsselbegriffe der Sozial- und Kulturgeographie*. Stuttgart: Ulmer, 81-93.
- Flitner, M. & Görg, C. (2008): Politik im Globalen Wandel. Räumliche Maßstäbe und Knoten der Macht. In: Brunnengräber, A., Burchardt, H.-J. & Görg, C. (Hrsg.) *Mit mehr Ebenen zu mehr Gestaltung? Multi-Level-Governance in der transnationalen Sozial- und Umweltpolitik*. Baden-Baden: Nomos, 163-181.

- Flitner, M. & Herbeck, J. (2009): *Biodiversity, food security and climate change: taking systemic and second order effects into account* (=CGRFA Background study paper 41) Rome: Food and Agriculture Organization.
- Flitner, M. & Soye, D. (2006): Ressourcen, Gewalt und Gerechtigkeit. Einleitung. In: Kulke, E., Monheim, H. & Wittmann, P. (Hrsg.) *GrenzWerte. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, 55. Deutscher Geographentag Trier 2005*. Berlin: Deutsche Gesellschaft für Geographie,
- Füller, H. & Michel, B. (2012): Einleitung: Raum als Heuristik für die sozialwissenschaftliche Machtanalyse. In: Füller, H. & Michel, B. (Hrsg.) *Die Ordnung der Räume. Geographische Forschung im Anschluss an Michel Foucault*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-22.
- Giddens, A. (1994): *The Constitution of Society. Outline of the theory of structuration*. Cambridge: Polity Press.
- Giorgi, F. (1990): Simulation of regional climate using a limited area model nested in a general circulation model. *Journal of Climate*, 3(9), 941-963.
- Giorgi, F. & Mearns, L. O. (1991): Approaches to the simulation of regional climate change: A review. *Reviews of Geophysics*, 29(2), 191-216.
- Giorgi, F. & Mearns, L. O. (1999): Introduction to special section: Regional climate modeling revisited. *Journal of Geophysical Research: Atmospheres (1984–2012)*, 104(D6), 6335-6352.
- Gray, M. (2009): Landscape: The Physical Layer. In: Clifford, N., Holloway, S. L., Rice, S. P. & Valentine, G. (Hrsg.) *Key Concepts in Geography*. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington DC: Sage, 265-285.
- Greider, T. & Garkovich, L. (1994): Landscapes: The social construction of nature and the environment. *Rural sociology*, 59(1), 1-24.
- Greiner, C. (2010): Patterns of Translocality: Migration, Livelihoods and Identities in Northwest Namibia. *Sociologus*, 60(2), 131-161.
- Greiner, C. (2011): Migration, Translocal Networks and Socio-Economic Stratification in Namibia. *Africa: The Journal of the International African Institute*, 81(4), 606-627.
- Greiner, C., Peth, S. A. & Sakdapolrak, P. (2014): Deciphering migration in the age of climate change. Towards an understanding of translocal relations in social-ecological systems. In: Gesing, F., Herbeck, J. & Klepp, S. (Hrsg.) *Denaturalizing climate change: migration, mobilities and spaces*. Bremen: Forschungszentrum Nachhaltigkeit (artec), 23-32.
- Greiner, C. & Sakdapolrak, P. (2013a): Rural–urban migration, agrarian change, and the environment in Kenya: a critical review of the literature. *Population and Environment*, 34(4), 524-553.
- Greiner, C. & Sakdapolrak, P. (2013b): Translocality: Concepts, Applications and Emerging Research Perspectives. *Geography Compass*, 7(5), 373-384.
- Haldén, P. (2007): *The Geopolitics of Climate Change*. Stockholm: Swedish Defence Research Agency.
- Hall, S. (1990): Cultural Identity and Diaspora. In: Rutherford, J. (Hrsg.) *Identity. Community, Culture, Difference*. London: Lawrence and Wishart 222-237.
- Hard, G. (2001): "Hagia Chora". Von einem neuerdings wieder erhobenen Ton in der Geographie. *Erdkunde*, 55(2001), 172-198.
- Harvey, D. (1982): *The Limits to Capital*. Oxford: Blackwell.
- Harvey, D. (1996): *Justice, nature and the geography of difference*. Cambridge, Massachusetts: Blackwell Publishing.
- Hasse, J. (1993): *Ästhetische Rationalität und Geographie. Sozialräumliche Prozesse jenseits kognitivistischer Menschenbilder*. Oldenburg: Universität Oldenburg.
- Henderson, G. (2009): Place. In: Gregory, D., Johnston, R., Pratt, G., Watts, M. & Whatmore, S. (Hrsg.) *The dictionary of human geography (5th edition)*. Chichester, UK: Wiley-Blackwell,

- Herbeck, J. (2013): Am Rande der Klimabewegung - Humanitäre Organisationen. In: Dietz, M. & Garrelts, H. (Hrsg.) *Die Internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Wiesbaden: Springer VS, 449-465.
- Herbeck, J. & Flitner, M. (2010): 'A new enemy out there'? Der Klimawandel als Sicherheitsproblem. *Geographica Helvetica*, 65(3), 198-206.
- Holmén, H. (1995): What's New and What's Regional in the 'New Regional Geography'? *Geografiska Annaler. Series B, Human Geography*, 77(1), 47-63.
- Homer-Dixon, T. (1999): *Environmental scarcity and violence*. Princeton: Princeton University Press.
- Hulme, M. (2008): Geographical work at the boundaries of climate change. *Transactions of the Institute of British Geographers*, 33(1), 5-11.
- Huntington, E. (1915): *Civilization and climate*. Newhaven: Yale University Press.
- IPCC (2007): *Climate Change 2007: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Geneva: IPCC.
- Islam, M. M. & Herbeck, J. (2013): Migration and Translocal Livelihoods of Coastal Small-scale Fishers in Bangladesh. *The Journal of Development Studies*, 49(6), 832-845.
- Kaplan, R. (1994): The coming anarchy: how scarcity, crime, overpopulation and disease are threatening the social fabric of our planet. *The Atlantic*.
- Kasperson, J. X., Kasperson, R. E. & Turner, B. L. (1995): *Regions at risk: comparisons of threatened environments*. Tokyo: United Nations University Press.
- Klepp, S. & Herbeck, J. (akzeptiert): Decentering Climate Change. Aushandlungen um Klimawandel und Migration in Europa und in Ozeanien. In: Knecht, M. & Römhild, R. (Hrsg.) *Decentering Europe. Postcolonial, postbloc perspectives for a reflexive European Ethnology*. Bielefeld: transcript,
- Kythreotis, A. P. (2012): Progress in global climate change politics? Reasserting national state territoriality in a 'post-political' world. *Progress in Human Geography*, 36(4), 457-474.
- Latour, B. (1993): *We have never been modern*. Cambridge: Harvard University Press.
- Latour, B. (2004): *Politics of Nature: How to Bring the Sciences into Democracy*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Latour, B. (2010): An attempt at a 'compositionist manifesto'. *New Literary History*, 41(3), 471-490.
- Lefebvre, H. (1991): *The production of space*. Oxford: Wiley-Blackwell.
- Ley, D. (1974): *The Black Inner City as Frontier Outpost*. Washington D.C.: Association of American Geographers.
- Lohnert, B. & Steinbrink, M. (2005): Rural and urban livelihoods: a translocal perspective in a south african context. *South African Geographical Journal*, 87(2), 95-103.
- Long, N. (2008): Translocal Livelihoods, Networks of Family and Community, and Remittances in Central Peru. In: DeWind, J. & Holdaway, J. (Hrsg.) *Migration and Development Within and Across Borders: Research and Policy Perspectives on Internal and International Migration*. Geneva, New York: International Organization for Migration, 37-68.
- Lorimer, J. (2012): Multinatural geographies for the Anthropocene. *Progress in Human Geography*, 36(5), 593-612.
- Lossau, J. (2005): The body, the gaze and the theorist: remarks on a strategic distinction. *Cultural Geographies*, 2005(12), 59-76.
- Lossau, J. (2009): „Mind the gap“: Bemerkungen zur gegenwärtigen Raumkonjunktur aus kulturgeographischer Sicht. In: Günzel, S. (Hrsg.) *Topologie. Zur Raumbeschreibung in den Kultur- und Medienwissenschaften*. Bielefeld: transcript, 53-68.
- Lövbrand, E. & Stripple, J. (2006): The climate as political space: on the territorialisation of the global carbon cycle. *Review of International Studies*, 32(02), 217-235.
- Maas, A. & Tänzler, D. (2009): *Regional security implications of climate change*. (=Adelphi Report 01/09) Berlin: Adelphi Consults.

- Mabey, N. (2008): *Delivering climate security: international security responses to a climate changed world.* (=Whitehall Paper 69) London: Royal United Services Institute and Routledge
- Malthus, R. (1777): *Das Bevölkerungsgesetz. Vollständige Ausgabe nach der 1. Auflage, London 1798.* München: dtv.
- Marcus, G. E. (1995): Ethnography in/of the world system: the emergence of multi-sited ethnography. *Annual review of anthropology*, 2495-117.
- Massey, D. (1984): *Spatial Division of Labour.* London: Macmillan.
- Massey, D. (2005): *For space.* Los Angeles: Sage.
- Massey, D. (2009): Concepts of space and power in theory and in political practice. *Documents d'Anàlisi Geogràfica*, 55(2009), 15-26.
- Massey, D. & Allen, J. (1984): Introduction: geography matters. In: Massey, D. & Allen, J. (Hrsg.) *Geography matters!: a reader.* Cambridge: Cambridge University Press, 1-11.
- Miggelbrink, J. (2002): Konstruktivismus? "Use with Caution"... Zum Raum als Medium der Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit *Erdkunde*, 56(4), 337-350.
- Moilanen, A., Franco, A. M., Early, R. I., Fox, R., Wintle, B. & Thomas, C. D. (2005): Prioritizing multiple-use landscapes for conservation: methods for large multi-species planning problems. *Proceedings of the Royal Society B: Biological Sciences*, 272(1575), 1885-1891.
- Moore, A. (2008): Rethinking scale as a geographical category: from analysis to practice. *Progress in Human Geography*, 32(2), 203-225.
- Morin, K. M. (2009): Landscape: Representing and Interpreting the World. In: Clifford, N. J., Holloway, S. L., Rice, S. P. & Valentine, G. (Hrsg.) *Key Concepts in Geography.* Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington DC: Sage Publications, 286-299.
- Myers, N. (1994): *Ultimate security: the environmental basis of political stability.* Washington D.C.: Island.
- Nelson, E., Mendoza, G., Regetz, J., Polasky, S., Tallis, H., Cameron, D. & Shaw, M. (2009): Modeling multiple ecosystem services, biodiversity conservation, commodity production, and tradeoffs at landscape scales. *Frontiers in Ecology and the Environment*, 7(1), 4-11.
- Neumann, R. P. (2009): Political ecology II: theorizing region. *Progress in Human Geography*.
- O'Brien, R. (1992): *Global Financial Integration: The End of Geography.* London: Royal Institute of International Affairs, Pinter Publishers.
- Ohne Autor (2014a): Hunderttausende demonstrieren für mehr Klimaschutz. Rekordbeteiligung bei Protest in New York. *Süddeutsche Zeitung vom 22.09.2014.*
- Ohne Autor (2014b): Forscher melden neuen Rekord-Ausstoß. *Süddeutsche Zeitung vom 22.09.2014.*
- Opdam, P. & Wascher, D. (2004): Climate change meets habitat fragmentation: linking landscape and biogeographical scale levels in research and conservation. *Biological Conservation*, 117(3), 285-297.
- Parks, B. & Roberts, J. (2010): Climate Change, Social Theory and Justice. *Theory, Culture & Society*, 27(2-3), 134-166.
- Peet, R. & Watts, M. (1993): Introduction: Development Theory and Environment in an Age of Market Triumphalism. *Economic Geography*, 68227-253.
- Peet, R. & Watts, M. (1996): *Liberation ecologies: environment, development, social movements.* London, New York: Routledge.
- Peterson, T. C., Hoerling, M. P., Stott, P. A., Herring, S. C. & (Hrsg.). (2013): Explaining Extreme Events of 2012 from a Climate Perspective. *Bulletin of the American Meteorological Society*, 94(9), S1-S74.
- Pettit, C. J., Raymond, C. M., Bryan, B. A. & Lewis, H. (2011): Identifying strengths and weaknesses of landscape visualisation for effective communication of future alternatives. *Landscape and Urban Planning*, 100(3), 231-241.

- Piguet, E. (2012): From "Primitive Migration" to "Climate Refugees": The Curious Fate of the Natural Environment in Migration Studies. *Annals of the Association of American Geographers*, 103(1), 148-162.
- Popke, J. (2007): Geography and ethics: spaces of cosmopolitan responsibility. *Progress in Human Geography*, 31(4), 509-518.
- Pred, A. (1984): Place as Historically Contingent Process: Structuration and the Time-Geography of Becoming Places. *Annals of the Association of American Geographers*, 74(2), 279-297.
- Raleigh, C., Jordan, L. & Salehyan, I. (2008): *Assessing the impact of climate change on migration and conflict*. Washington, D.C.: The World Bank Group.
- Rangan, H. & Kull, C. A. (2009): What makes ecology 'political?': rethinking 'scale' in political ecology. *Progress in Human Geography*, 33(1), 28-45.
- Roelvink, G. & Zolkos, M. (2011): Climate Change as Experience of Affect. *Angelaki*, 16(4), 43-57.
- Rose, M. & Wylie, J. (2006): Animating landscape. *Environment and Planning D: Society and Space*, 24(4), 475-479.
- Rowles, G. (1978): *The Prisoner of Space?* Boulder: Westview Press.
- Rummukainen, M. (2010): State-of-the-art with regional climate models. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change*, 1(1), 82-96.
- Said, E. W. (1978): *Orientalism*. New York: Vintage Books.
- Scheffran, J., Marmer, E. & Sow, P. (2012): Migration as a contribution to resilience and innovation in climate adaptation: Social networks and co-development in Northwest Africa. *Applied Geography*, 33(April 2012), 119-127.
- Sen, A. (1981a): Ingredients of Famine Analysis: Availability and Entitlements. *The Quarterly Journal of Economics*, 96(3), 433-464.
- Sen, A. (1981b): *Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation*. Oxford: Clarendon Press.
- Sen, A. K. (1999): *Development as freedom*. Oxford: Oxford University Press.
- Shearing, C. & Wood, J. (2003): Nodal governance, democracy, and the new 'denizens'. *Journal of law and society*, 30(3), 400-419.
- Sheppard, S. R. (2005): Landscape visualisation and climate change: the potential for influencing perceptions and behaviour. *Environmental Science & Policy*, 8(6), 637-654.
- Sheppard, S. R. (2006): Bridging the sustainability gap with landscape visualisation in community visioning hubs. *Integrated Assessment*, 6(4), 79-108.
- Spektrum Wissenschaftlicher Verlag (n.d.): *New Regional Geography*. URL: <http://www.spektrum.de/lexikon/geographie/new-regional-geography/5481> [Aufgerufen am 02.09. 2014].
- Steinbrink, M. (2009): *Leben zwischen Stadt und Land. Migration, Translokalisierung und Verwundbarkeit in Südafrika*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Thrift, N. (1990): For a new regional geography 1. *Progress in Human Geography*, 1990(14), 272-279.
- Thrift, N. (2009): Space: The Fundamental Stuff of Geography. In: Clifford, N. J., Holloway, S. L., Rice, S. P. & Valentine, G. (Hrsg.) *Key Concepts in Geography*. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington DC: Sage, 85-96.
- von Storch, H., Zorita, E. & Cubasch, U. (1993): Downscaling of global climate change estimates to regional scales: an application to Iberian rainfall in wintertime. *Journal of Climate*, 6(6), 1161-1171.
- Wageningen University and Research Center (o. Jahr): *The European Landscape Map*. URL: <https://www.wageningenur.nl/en/show/The-European-landscape-map.htm> [Aufgerufen am 23.09. 2014].
- Watson, R. T., Zinyowera, M. C. & Moss, R. H. (1998): *The regional impacts of climate change: an assessment of vulnerability*. Cambridge: Cambridge University Press.

- WBGU (2007): *Welt im Wandel - Sicherheitsrisiko Klimawandel. Zusammenfassung für Entscheidungsträger*. Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltfragen.
- WBGU (2008): *Welt im Wandel - Sicherheitsrisiko Klimawandel*. Berlin, Heidelberg: Springer Verlag.
- Weisser, F., Bollig, M., Doevenspeck, M. & Müller-Mahn, D. (2014): Translating the 'adaptation to climate change' paradigm: the politics of a travelling idea in Africa. *The Geographical Journal*, 180(2), 111-119.
- Werlen, B. (1995): *Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Bd. 1: Zur Ontologie von Gesellschaft und Raum*. (=Erdkundliches Wissen Heft 116), Stuttgart: Steiner.
- Werlen, B. (2008): *Sozialgeographie. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage*. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt Verlag.
- Wilbanks, T. J. & Kates, R. W. (1999): Global change in local places: how scale matters. *Climatic Change*, 43(3), 601-628.
- Williams, R. (1971): *The long revolution*. Harmondsworth: Penguin Press.
- Wylie, J. (2009): Landscape. In: Gregory, D., Johnston, R., Pratt, G., Watts, M. & Whatmore, S. (Hrsg.) *The dictionary of human geography (5th edition)*. Chichester, UK: Wiley-Blackwell.

V. Eingereichte Artikel

Artikel I.

Herbeck, J., Flitner, M. (2010). "A new enemy out there"? Der Klimawandel als Sicherheitsproblem. *Geographica Helvetica* 65(3), 198-206.

Status:

Veröffentlicht

«A new enemy out there»? Der Klimawandel als Sicherheitsproblem

Johannes Herbeck, Michael Flitner, Bremen

«We all know: There is a new enemy out there. It presents new threats; it is difficult to detect and respond to. We already know it can strike anywhere and repeatedly, and it has a proven ability to deliver multiple strikes. (...) This enemy is global warming and climate change» (KRAEMER 2009: 1).

1 Einleitung: Der Klimawandel als Sicherheitsproblem

Der Klimawandel ist zu einem Leitthema der Weltgesellschaft geworden. Dies schlägt sich heute in fast allen Feldern der Politik und der Wissenschaften nieder, und zumal in populären und medialen Diskursen. Als Querschnittsthema verbindet der Klimawandel so unterschiedliche und kontroverse Bereiche wie die nationale Energieversorgung mit dem privaten Fleischkonsum, den regionalen Hochwasserschutz mit dem zwischenstaatlichen Lastenausgleich bei der ökologischen Modernisierung, die Abwrackprämie in Deutschland mit der Weidewirtschaft im Sudan und dem Neubau von Kohlekraftwerken in China. So ist es kaum verwunderlich, dass der Klimawandel auch zu allen erdenklichen globalen und regionalen Konflikten in Bezug gesetzt wird. Und es ist bei einem entsprechend breiten Verständnis auch ohne Weiteres plausibel zu machen, dass jedenfalls mittelbar innergesellschaftliche ebenso wie zwischenstaatliche Spannungen durch den Klimawandel verstärkt werden können.

Erst in den letzten Jahren haben sich auch Stimmen gemehrt, die eine engere Beziehung zwischen klimatischen Veränderungen und Sicherheitskonflikten betonen. Noch im Vorfeld der Veröffentlichung des Vierten Sachstandsberichts des Weltklimarats sprach der frisch gekürte Generalsekretär der Vereinten Nationen, BAN KI-MOON, vom Klimawandel als einer «wesentlichen Antriebskraft von Krieg und Konflikt» (UN NEWS CENTRE 2007: 1). Fast zeitgleich legte ein vom U.S.-Verteidigungsministerium finanzierter *think tank* eine Studie über die Bedrohung der nationalen Sicherheit durch den Klimawandel aus militärischer Sicht vor, die dezidiert auf strategische und operative Herausforderungen einging (CNA 2007). Eine Reihe thematisch vergleichbarer Studien von Beratungsfirmen, parastaatlichen Einrichtungen und Nicht-Regierungs-Organisationen ist seitdem gefolgt (u.a. MAAS & TÄNZLER 2009; RALEIGH et al. 2008; SMITH & VIVE-

KANANDA 2007), von denen im deutschen Sprachraum besonders die Studie des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen unter dem Titel «Sicherheitsrisiko Klimawandel» grosse Beachtung fand (WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG GLOBALE UMWELTVERÄNDERUNGEN - WBGU 2008). Essayistisch wurde das Thema hier wenig später unter dem Titel «Klimakriege» populärisiert und mit Unterstützung der Bundeszentrale für Politische Bildung verbreitet (WELZER 2008).

In den Aussagen zur räumlichen Dimension des gemeinhin prognostizierten Anstiegs gewaltsamer Konflikte im Zuge des Klimawandels gleichen sich viele der erschienenen Studien auffallend: primär werden die Auswirkungen in den Ländern des globalen Südens gesehen, insbesondere im Sahel, Sub-Sahara-Afrika und Teilen Lateinamerikas und Asiens. Von besonderer strategischer Bedeutung sind zudem die arktische und die zentralasiatische Region, denen eine grosse Bedeutung für zukünftige geopolitische Spannungen prognostiziert wird.

Diese Befunde illustrieren, dass sich heute zwanglos von einer Versicherheitlichung des Klimawandels sprechen lässt, wenn damit zunächst nichts weiter bezeichnet werden soll als die Entstehung eines Diskurszusammenhangs, in dem der Klimawandel auf vielfältige Weise mit Themen in Beziehung gesetzt wird, die traditionell der Sicherheitspolitik zugeordnet werden. Dabei werden Argumente aus der älteren Debatte um die Knappheit natürlicher Ressourcen in ihrer Wirkung auf Konflikte aufgenommen (für einen Überblick s. HAGMANN 2005). In der Geographie haben u.a. DALBY (1992), FLITNER & SOYEZ (2006), KORF & ENGELER (2007) sowie OSSENBRÜGGE (2007) darauf hingewiesen, dass eine direkte Verbindung natürlicher Degradationsprozesse mit Sicherheitsthemen zu einer problematischen Verengung von analytischen Perspektiven und Problemlösungshorizonten führt.

Währenddessen hat sich in politikwissenschaftlichen Arbeiten ein engerer Begriff von Versicherheitlichung (*securitization*) herausgebildet, der insbesondere mit der Kopenhagener Schule um WÆVER und BUZAN in Verbindung gebracht wird (BUZAN et al. 1998; vgl. auch die Einleitung zu diesem Themenheft). Diese Schule hat ein ganz spezifisches, konstruktivistisches Verständnis der Versicherheitlichung eingeführt, das streng auf Sprechakte zurückgeführt wird. Durch entsprechend erfolgreiche Sprechakte politischer Akteure können demnach Themenfelder als «existenzielle Bedrohungen» in den Bereich Sicherheitspolitik

verschoben werden, was sie der normalen politischen Deliberation entzieht und «ausserordentliche Massnahmen» aller Art gleichermassen legitimiert und fordert (ebd.: 26; vgl. auch WILLIAMS 2003).

Mit dieser Sichtweise werden an die Behauptung der Versicherheitlichung eines politischen Feldes also deutlich strengere Anforderungen gestellt. Vor allem bleibt damit der Blick auf die Äusserungen und Handlungen politischer Akteure konzentriert, die auch sicherheitspolitisches Handeln im traditionellen Sinne sanktionieren können. Ob eine Versicherheitlichung des Klimawandels in dieser engeren Bedeutung tatsächlich zu beobachten ist, wird hier zunächst an Dokumenten und politischen Prozessen im Rahmen der Vereinten Nationen (UN), der Europäischen Union (EU) und der bundesdeutschen Politik überprüft (Kap. 2). Es ergeben sich dabei deutliche Zweifel an einer Versicherheitlichung des Klimawandels durch die einschlägigen Akteure. Gleichzeitig lässt sich eine Ausdifferenzierung des Sicherheitsbegriffs beobachten, in dem ein traditionelles, vor allem militärisches Sicherheitsverständnis zunehmend durch ein breiteres Verständnis «menschlicher Sicherheit» (*human security*) überlagert wird. Wenn damit eine Versicherheitlichung im engeren Sinne auch nicht gegeben scheint, so wirft dieses Verständnis doch gleichfalls erhebliche normative und im engeren Sinne politische Probleme auf (Kap. 3). In einem kurzen Fazit werden die wichtigsten Schlussfolgerungen aus diesen Befunden gezogen und weiterführende Forschungsperspektiven benannt (Kap. 4).

2 Versicherheitlichung im politischen Feld

2.1 Klimawandel und Sicherheit in den Vereinten Nationen

Am 17. April 2007 beriet der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in einer von Grossbritannien einberufenen Sitzung über die möglichen Implikationen des Klimawandels für Frieden und Sicherheit. Vorgegangen war ein Hintergrundbericht der britischen Vertretung (UN SECURITY COUNCIL 2007). Darin wurden dem Klimawandel primär verstärkende Wirkungen auf bereits bestehende Konflikte zugeschrieben. Der UN-Generalsekretär, BAN KI-MOON, äusserte sich an der Sitzung besorgt über das Konfliktpotential des Klimawandels:

«The Secretary-General outlined several «alarming, though not alarmist» scenarios, including limited or threatened access to energy increasing the risk of conflict, a scarcity of food and water transforming peaceful competition into violence, and floods and droughts sparking massive human migrations, polarizing societies and weakening the ability of countries to resolve conflicts peacefully» (UNITED NATIONS 2009: o.S.).

Obwohl im Verlauf der Sitzung von verschiedener Seite Zweifel laut wurden, dass der Sicherheitsrat das richtige Organ zur Behandlung des Klimawandels sei, stellte sie den Auftakt einer ganzen Serie von Sitzungen, öffentlichen Verlautbarungen und Resolutionen zur Thematik dar. Mit der Resolution 63/281 wurden die Mitgliedsstaaten schliesslich aufgerufen, Stellungnahmen zum Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheitsfragen abzugeben (UN GENERAL ASSEMBLY 2009a). In diesen zeigt sich die grundlegende Skepsis einiger Regierungen gegenüber einer Betonung sicherheitspolitischer Aspekte des Klimawandels. So antwortet etwa der chinesische UN-Botschafter:

«There are fundamental differences between climate change and traditional security factors. (...) International cooperation in climate change should not place too much emphasis on the implications of climate change for international security. Otherwise, it will do no good to the negotiation process for climate change, or tackling the problem at its root causes» (UN GENERAL ASSEMBLY 2009b).

Entsprechend den kritischen Stimmen fällt auch der zusammenfassende Report des Generalsekretärs eher zurückhaltend aus. Zwar identifiziert der Bericht fünf grundlegende Wirkungszusammenhänge (ebd.: 8ff.), durch die der Klimawandel zu einer Frage nationaler und internationaler Sicherheit aufsteigen könnte (negative Wirkungen auf das menschliche Wohlbefinden; auf die wirtschaftliche Entwicklung; sekundäre Effekte unkoordinierter Anpassungsstrategien; Bedrohung nationalstaatlicher Souveränität bzw. Territorialität; Konflikte um natürliche Ressourcen). Jedoch werden die Zusammenhänge gleich zu Beginn relativiert und in einen breiteren Kontext von struktureller Armut, unkontrollierter Urbanisierung und Arbeitslosigkeit gestellt, die als Vorbedingungen für das Ausbrechen von gewalttätigen Konflikten gesehen werden (ebd.: 5). Der Klimawandel, so die Grundaussage, kann höchstens als «threat multiplier» angesehen werden, der bestehende Quellen von Konflikten und Unsicherheit verstärken kann, nicht aber als Kernursache von neu entstehenden gewalttätigen Auseinandersetzungen fungiert.

Im Resultat liest sich der Report denn auch als recht allgemein gehaltene Beschreibung der sozialen Folgen des Klimawandels. Den grössten Platz nehmen die prognostizierten Folgen für das menschliche Wohlbefinden (*human well-being*) ein, wobei Konflikte, zumal zwischenstaatliche, hier kaum Erwähnung finden. Erst später geht der Bericht wieder auf erwartete Konsequenzen für inner- oder zwischenstaatliche Konflikte ein – besonders in den Abschnitten zu Umweltmigration, Ressourcenkonflikten und drohenden Territoriumsverlusten –, ohne es dabei zu versäumen, wieder-

holt auf die unsichere Erkenntnislage hinzuweisen, die den Zusammenhang zwischen ökologischer Veränderung und Konflikt kennzeichnet:

«The empirical evidence on the relationship between climate change and conflict remains sparse and largely anecdotal. (...) even with improved models and data, it remains very difficult to predict conflict occurrences and events» (ebd.: 17).

Alleine der Umstand jedoch, dass sich das entscheidende Gremium für weltweite sicherheitspolitische Herausforderungen mit der Thematik beschäftigte, wurde in weiten Kreisen als Signal einer zunehmenden Relevanz von Sicherheitsfragen in der politischen Auseinandersetzung mit dem Klimawandel rezipiert. Gleichzeitig wurde der Impuls der britischen Regierung im Verlauf der Diskussion weitgehend entschärft und in eine stärker entwicklungspolitische Rahmung überführt. Ursächlich waren hierfür nicht nur Vorbehalte gegenüber der konzeptionellen Verbindung des Klimawandels mit Sicherheitsfragen, sondern vielmehr kritische Stimmen innerhalb der internationalen Gemeinschaft, die eine stärkere Rolle des UN-Sicherheitsrates in der internationalen Klimapolitik eher als Rückschritt oder Gefährdung der bereits erzielten Verhandlungserfolge im Rahmen der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change - UNFCCC) ansehen. SCOTT (2008) betont, dass es v.a. die Sorge der Entwicklungsländer vor einer Abkehr des Prinzips der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeit gegenüber den Herausforderungen des Klimawandels war, die eine intensivere und zielgerichtete Behandlung des Themas im Sicherheitsrat verhinderte.

2.2 Klimawandel und Sicherheit in der Europäischen Union

Die Debatte in der EU zu Sicherheitsimplikationen des Klimawandels wurde im Wesentlichen auf Grundlage eines Papiers der Europäischen Kommission geführt, das 2007 unter deutschem Ratsvorsitz in Auftrag gegeben worden war. Unter dem Titel «Climate Change and International Security» skizzieren die Europäische Kommission und ihr Aussenbeauftragter JAVIER SOLANA die zu erwartenden Sicherheitsbedrohungen, die der Klimawandel auf globaler Ebene und im Speziellen für den Raum der Europäischen Union aufwerfen könnte (EU HIGH REPRESENTATIVE & EUROPEAN COMMISSION 2008). Die wesentlichen Konstellationen, in denen der Klimawandel konfliktauslösend oder -verstärkend wirken könnte, sieht der Bericht in entstehenden oder angefachten Ressourcenkonflikten, Schäden an Küstenstädten und kritischer Infrastruktur, Territoriumsverlusten und daraus erwachsenden Grenzstreitigkeiten, zunehmender Umweltmigration, der Schwächung fragiler Staaten und daraus entste-

henden Situationen politischer Radikalisierung sowie in zunehmenden Streitigkeiten über die Energieversorgung (ebd.: 3ff.). Zusätzlich berge die internationale Klimapolitik die Gefahr, bereits bestehende Konflikte zwischen Hauptverursachern der Treibhausgasemissionen und Hauptbetroffenen des Klimawandels weiter zu verschärfen. Die Mitigationsbestrebungen könnten somit schwelende Nord-Süd-, aber auch Süd-Süd-Konflikte (wie etwa im Falle Chinas und Indiens) weiter schüren und das internationale System zusätzlich destabilisieren.

Tatsächlich werden die Bedrohungen hier also im engeren, quasi nationalstaatlichen Sinne von Sicherheit aufgefasst, auch wenn der Fokus sich dabei nicht auf die Mitgliedstaaten der EU beschränkt, sondern durchaus auch auf Sicherheitsbedrohungen in anderen Regionen der Welt gerichtet ist. Die globalen Konfliktlagen, so der Tenor, hätten allerdings direkte und indirekte Rückwirkungen auf das Gebiet der EU und müssten somit von deren Institutionen ernst genommen werden. Die Mitigations- und Adaptationsbestrebungen der weltweiten Klimapolitik werden mithin als Teil einer präventiven Sicherheitspolitik begriffen (ebd.: 1) – womit im Prinzip die gesamte politische Reaktion auf den Klimawandel zur Sicherheitspolitik erklärt wird. Diese definitorische Frage wird gleich zu Beginn des Reports weiter konkretisiert: die Perspektiven einer sicherheitspolitischen Reaktion der EU auf den Klimawandel erschöpfen sich nicht in allgemein anerkannten Massnahmen der internationalen Klimapolitik. Vielmehr wird hervorgehoben, dass der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (Common Foreign and Security Policy - CFSP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (European Security and Defense Policy - ESDP) eine besondere, flankierende Rolle bei der Adressierung der erwarteten Sicherheitsrisiken zukommen wird:

«The report considers how the full range of EU instruments, including Community and CFSP/ESDP action, can be used alongside mitigation and adaptation policies to address the security risks» (ebd.: 2).

An dieser Positionierung hat auch der anschliessende Report des Aussenbeauftragten SOLANA keine entscheidende Veränderung vorgenommen (EU HIGH REPRESENTATIVE 2008). Zwar wird auch hier eingangs die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit für die Anpassungsbestrebungen besonders betroffener Länder hervorgehoben. Jedoch bleibt die Forderung bestehen, den Klimawandel in die «EU foreign and security policies and institutions» (ebd.) zu integrieren. Auffällig sind in diesem Zusammenhang die regionalen Schwerpunkte: Neben dem afrikanischen Kontinent werden ausschliesslich der Mittlere Osten, Zentralasien und die Arktis genannt, was im Hinblick

auf die Energiesicherheit und Ressourcensicherung der EU zumindest zu denken gibt. Zudem wird neben intensivierte bilateralen Dialogstrukturen die Etablierung von Frühwarnsystemen eingefordert, die z.B. in Afrika darauf abzielt, «die Daten zu nutzen, die die gestärkten Beobachtungsnetze für Klimawandel und Migration bereitstellen» (ebd.: 2). Auch hier finden sich also Hinweise auf langfristig angelegte exterritoriale Massnahmen, die als Teil eines militärischen Dispositivs interpretiert werden können. Eine umfassende Versicherheitlichung im Sinne der Kopenhagener Schule lässt sich jedoch nicht ausmachen.

2.3 Klimawandel und Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland

Die Diskussion zu Sicherheitsimplikationen des Klimawandels in Deutschland ist im Wesentlichen durch einen Sonderbericht des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen geprägt (WBGU 2008). Bereits in der nahen Zukunft, so die Hauptaussage der Studie, könnten die Herausforderungen des Klimawandels die Anpassungskapazitäten vieler Gesellschaften überfordern und Situationen von Gewalt und Destabilisierung auslösen, welche «die nationale und internationale Sicherheit in einem bisher unbekanntem Ausmass bedrohen» (ebd.: 1). Der Klimawandel stelle daher eine grundsätzlich neue, in ihrem Ausmass schwer einschätzbare Herausforderung dar, der sich die Sicherheitspolitik stellen müsse. Hauptaugenmerk legt die Studie auf eine Reihe von Konfliktkonstellationen (etwa die Verknappung von Süsswasserressourcen oder umweltbedingte Migration, insbesondere ausgelöst durch den steigenden Meeresspiegel), die in ihrer Konsequenz regionale, im weiteren Verlauf aber auch globale Destabilisierungsprozesse in Gang setzen könnten. Tatsächlich sieht der WBGU im Klimawandel eine der wesentlichen zukünftigen Bedrohungen des internationalen Politiksystems und konstatiert:

«Der Klimawandel dürfte (...) nationale und internationale Verteilungskonflikte auslösen sowie schwer beherrschbare Probleme des Staatenzerfalls, erodierender gesellschaftlicher Ordnung und steigender Gewaltneigung vergrössern» (WBGU 2008: 2).

Im Gegensatz zu dieser deutlichen Positionierung im Prognoseteil legt die Studie jedoch keine sicherheitspolitischen Antworten im engeren Sinne nahe. Im Gegenteil plädiert sie für eine Stärkung kooperativer Elemente im System internationaler Politik, die sich in der Hauptsache auf Emissionsvermeidung, Unterstützung der vom Klimawandel betroffenen Staaten und eine Reform und Stabilisierung internationaler Governance-Systeme stützen solle.

Dem Bundestag wurde der Sonderbericht des WBGU zusammen mit einer ausführlichen Kommentierung

der Bundesregierung zur Verfügung gestellt. Das folgende Zitat zeigt, dass die Regierung in ihrer Unterrichtung an die Parlamentarier sehr vorsichtig mit der Verknüpfung des Klimawandels mit sicherheitspolitischen Fragestellungen umgeht:

«Auch wenn nicht explizit artikuliert, sollte eine Bewertung des Klimawandels als «grösste Bedrohung» der Menschheit bzw. bedeutsamste sicherheitspolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts im Vergleich zu anderen Risiken wie zum Beispiel Terrorismus oder Armut nicht erfolgen. Auch sollte keine Konkurrenz der Bedrohungsszenarien suggeriert werden» (DEUTSCHER BUNDESTAG 2008: IV).

Die Kritik der Exekutive an der WBGU-Studie beschränkt sich nicht auf die Sorge über eine (möglicherweise ungeeignete) Priorisierung des Klimawandels auf der sicherheitspolitischen Tagesordnung, sondern bezieht sich auch auf den analytischen Gehalt des Reports. So wird den Autoren an mehreren Stellen unklares und spekulatives Vorgehen vorgehalten:

«Die Bundesregierung ist (...) grundsätzlich der Überzeugung, dass sich in Darfur und auch in anderen vergleichbaren Fällen analytisch weder «ex post» noch «ex ante» genau feststellen lassen wird, welchen Anteil der Klimawandel tatsächlich an der Entstehung eines Konflikts hat (...)» (DEUTSCHER BUNDESTAG 2008: V).

Der Grundtenor der Stellungnahme der Bundesregierung gegenüber der WBGU-Studie kann also mit einiger Berechtigung als skeptisch eingeschätzt werden. Die sicherheitspolitische Relevanz des Klimawandels wird zwar nicht grundsätzlich bestritten. So wird auch der Integration entsprechender Belange in die langfristige militärische Strategieentwicklung eine wichtige Rolle eingeräumt: Das Thema müsse in die

«zur Zeit laufenden strategischen Untersuchungen im Verteidigungsressort und in der Bundeswehr zur Ausrichtung der Streitkräfte auf das 21. Jahrhundert einbezogen» (ebd.: VII)

werden. In erster Linie wird der Klimawandel jedoch als entwicklungspolitisches Problem behandelt, und dem entsprechen auch die Mehrzahl der vorgeschlagenen Massnahmen. Stärkeres Gewicht soll etwa auf angepasste Strategien ländlicher Entwicklung und auf ein verbessertes Wassermanagement gelegt werden (DEUTSCHER BUNDESTAG 2008: X).

3 Menschliche Sicherheit: Alternative zur militärischen Logik?

Die Betrachtung der politischen Entwicklung auf unterschiedlichen Ebenen ergibt Zweifel an der Rede von einer Versicherheitlichung des Klimawandels im engen Sinne der Kopenhagener Schule. Am ehesten

kann davon im europäischen Zusammenhang gesprochen werden, da hier, zumindest vereinzelt, dezidiert militärische Perspektiven in der Auseinandersetzung mit dem Klimawandel von höchster Stelle sanktioniert wurden.

Warum aber, wie am Beispiel der bundesdeutschen Politik besonders deutlich wird, die sicherheitspolitischen Deutungsangebote des Klimawandels von den politischen Entscheidungsgremien im Allgemeinen gerade nicht angenommen wurden, obwohl zugleich den populären und medial verbreiteten Diskursen zu Sicherheitsimplikationen des Klimawandels eine starke Resonanz bescheinigt werden muss, ist aus Sicht der Kopenhagener Schule der Versicherheitlichung jedenfalls indirekt nachvollziehbar. Das Ausbleiben der Versicherheitlichung, wenn nicht gar die *de-securitization* des Klimawandels durch die untersuchten Exekutivorgane, lässt sich dann gerade durch die weitreichenden und unüberschaubaren Implikationen einer Anerkennung des Klimawandels als Sicherheitsthema erklären.

Die vorliegenden Befunde lassen jedoch eine neo-Schmittianische «Eigenlogik» von Sicherheitsdiskursen fraglich erscheinen, die eine Umkehr von sicherheitspolitischen Pfaden nach einschlägig autorisierten Sprechakten überhaupt nur schwer denkbar macht. Gerade in der EU, wo solche Sprechakte durchaus vorliegen, zeigt sich bei näherer Betrachtung wohl eher eine «inkrementelle Normalisierung» der mit dem Klimawandel verknüpften sicherheitspolitischen Praktiken, wie sie NEAL (2009) jüngst am Beispiel der europäischen Grenzagentur FRONTEX aufgezeigt hat.

Zudem lässt sich in der politischen Debatte insgesamt, und so auch in der EU, eine weit verbreitete Tendenz ausmachen, den Sicherheitsbegriff zunehmend weit zu fassen und von einer aussenpolitischen, überwiegend militärischen Logik abzulösen. Stattdessen werden Fragen der Armut und Überlebenssicherung, der Gesundheit und der politischen Freiheit ins Feld geführt, wie sie von den Vereinten Nationen im Rahmen der Millenniumsziele mit den Schlagworten *freedom from want* und *freedom from fear* zusammenfassend charakterisiert worden sind (ANNAN 2000). An die Stelle oder zumindest an die Seite der militärischen Sicherheit tritt damit die menschliche Sicherheit oder *human security*, ein Begriff, der vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen in den Diskussionen um eine mögliche Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Kriegs stark gemacht worden war (UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME - UNDP 1994). Auch in der Geographie hat sich eine entsprechende Begrifflichkeit seitdem rasch verbreitet, wie einschlägige Themenhefte nationaler und internationaler

Fachzeitschriften nachdrücklich belegen (BARNETT & ADGER 2007; BOHLE & O'BRIEN 2006; NORDÅS & GLE-DITSCH 2007).

Gewinnbringend an dieser Verschiebung ist zunächst einmal, dass damit die Betroffenheiten und Verwundbarkeiten einzelner Individuen oder Bevölkerungsteile in den Vordergrund gerückt werden. Die allzu einfachen neo-malthusianischen Kausalketten werden verabschiedet; stattdessen können auch Prozesse und Strukturen von Armut und Unterdrückung in den Blick genommen werden. An die Stelle einer militärischen Logik nationalstaatlicher Interessenswahrung rücken damit breite entwicklungspolitische Anliegen, die von einigen Vertretern dezidiert machtkritisch ausgearbeitet werden (BOHLE & O'BRIEN 2006).

Der Hamburger Friedensforscher BRZOSKA (2008: 205) hat bereits darauf hingewiesen, dass sich die Diagnosen und Prognosen über den Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheitsfragen oftmals kaum unterscheiden, auch wenn dabei unterschiedliche Sicherheitsbegriffe in Anschlag gebracht, und in der Folge auch unterschiedliche Massnahmen gefordert werden. Die hier untersuchten Dokumente zeigen zudem, dass der Diskurs der menschlichen Sicherheit nicht notwendig einen Ausschluss militärischer Optionen bedeutet. So werden im Bericht der Vereinten Nationen die Folgen für die «menschliche oder nationale» Sicherheit gleichberechtigt nebeneinander gestellt (UN GENERAL ASSEMBLY 2009b: 4). Und auch die Studie des WBGU spricht von der nötigen «Unterstützung durch polizeiliche und militärische Kapazitäten», um ein «funktionierendes Zusammenspiel von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik» zu erreichen (WBGU 2008: 6).

Ausgehend von dieser mangelnden Trennschärfe hat vor allem CHANDLER (2008a, b) das Konzept der menschlichen Sicherheit insgesamt kritisiert. Zwei der von ihm genannten Gründe sind hier von besonderem Interesse. Erstens beruhe das Konzept auf einer starken und analytisch unscharfen Übertreibung neuer Sicherheitsbedrohungen nach dem Ende des Kalten Kriegs. Damit würden heute quasi beliebige Problemlagen zu sich gegenseitig noch verstärkenden Bedrohungen stilisiert, von Drogen über Krankheiten und Terrorismus bis hin zu Umweltproblemen (CHANDLER 2008a: 435). Zweitens würden diese Bedrohungen ganz überwiegend in den Entwicklungsländern lokalisiert, wo scheiternde oder bereits gescheiterte Staaten den Hintergrund für die vorgeblichen Bedrohungen bilden. Im Ergebnis liefere der wohlmeinende Diskurs der menschlichen Sicherheit damit eine neue Art der Versicherheitlichung quer über die Politikfelder, die es erlaubt, Belange der Armutsbekämpfung nicht nur mit humanitären Interventionen, sondern ebenso gut mit

	«Starke» Versicherheitlichung	Entwicklungspolitisch-humanitäre Versicherheitlichung	Medial-populäre Versicherheitlichung
<i>Sicherheitsbegriff</i>	Primär militärisch, traditionell nationalstaatlich oder supranational orientiert	Menschliche Sicherheit, primär am Wohlergehen von Individuen orientiert	Bezug zu verschiedenen Formen gewaltförmiger Konfliktaustragung
<i>Konzeptioneller Kern</i>	Sprechakte, Politischer Konstruktivismus	Verwundbarkeiten von Individuen und sozialen Gruppen	Determinismen, (Neo-) Malthusianismus
<i>Autoren (beispielhaft)</i>	BUZAN et al. (1998) BRAUCH (2009)	IHDP (1999) BARNETT & ADGER (2007)	HOMER-DIXON (1999) WELZER (2008)

Tab. 1: Typen der Versicherheitlichung
Types of securitization
Types de «sécouritisation»

unilateralen, «realistischen» Massnahmen im Krieg gegen den Terror zu verknüpfen (vgl. auch SHANNON 2009). Da es kaum möglich sei, die ganze Palette möglicher Ziele gleichermaßen und überall zu verfolgen, erhielten die hegemonialen Industriestaaten so eine *carte blanche* in der Aussen- und Sicherheitspolitik gegenüber den Entwicklungsländern. Der Diskurs der menschlichen Sicherheit berechtigt gewissermaßen zu allem und verpflichtet zugleich zu nichts (CHANDLER 2008a: 435).

Gerade im Blick auf die Versicherheitlichung des Klimawandels macht diese Kritik die politischen Risiken deutlich, die mit einer Ausweitung des Sicherheitsbegriffs einhergehen. Die moralische Geographie der menschlichen Sicherheit verlagert die eigentlichen Sicherheitsprobleme in den globalen Süden und kann so zu einer umfassenden Ablenkung von der kausalen, historischen Verantwortung der Industrieländer für den Klimawandel führen (vgl. TROMBETTA 2008: 593). Lokale Akteure und Institutionen in den Entwicklungsländern werden zudem in erster Linie als verwundbar und damit schutzbedürftig konzipiert und einer militärisch anschlussfähigen Interventionslogik anbefohlen, die quer durch die einschlägigen Dokumente immer wieder aufscheint. Das Paradigma der menschlichen Sicherheit steht dann nicht mehr in Opposition zu den ursprünglich kritisierten Diskursen, sondern kann auch als verbreiterte Grundlage einer interessenbasierten, nationalen Sicherheitspolitik dienen.

4 Fazit

Von einer Versicherheitlichung des Klimawandels im engeren Sinne der politikwissenschaftlichen Kopenha-

gener Schule kann im Hinblick auf die hier untersuchten politischen Akteure nur eingeschränkt gesprochen werden. Die hierfür relevanten Äusserungen von autorisierten Entscheidungsträgern auf den verschiedenen Ebenen zeigen, dass entsprechende Deutungsangebote, ob aus den unterschiedlichen Entscheidungsgremien selbst stammend oder von aussen hineingetragen, im Verlauf der Diskussionen abgeschwächt und in Richtung eines weiteren Sicherheitsbegriffs transformiert wurden. Das Konzept der menschlichen Sicherheit, das in vielen Dokumenten an die Stelle einer «realistischen», nationalstaatlich orientierten Sicherheitsvorstellung tritt, zieht seinerseits eine Reihe von bedenklichen Implikationen nach sich. Vor allem fehlt hier die analytische Schärfe, was einer beliebigen Ausweitung des Sicherheitsbegriffs Vorschub leisten kann.

In einem erweiterten Verständnis sollten demnach drei Typen von Versicherheitlichung unterschieden werden (Tab. 1): erstens eine «starke Versicherheitlichung», wie sie von der Kopenhagener Schule vertreten wird, die auf die sprachliche Konstruktion und deren Effekte im Sinne einer traditionellen Sicherheitspolitik abhebt; zweitens eine entwicklungspolitisch-humanitär orientierte Versicherheitlichung, die sich primär an der weit verstandenen Sicherheit von Individuen und substaatlichen Gruppierungen orientiert und dabei militärische Lösungen, wenn überhaupt, nur nachrangig in den Blick nimmt. Diese beiden Pole sind nur locker und indirekt miteinander verknüpft, sie haben unterschiedliche wissenschaftliche und politische Bezugspunkte. Gemeinsam sind sie jedoch in das grössere Feld einer dritten, medial-populären, oftmals affirmativen Versicherheitlichung eingebettet, die auch im wissenschaftlichen Feld nach wie vor Einfluss geltend machen kann. Die determi-

nistischen, in aller Regel neo-malthusianischen Szenarien, die diesen breiten Sicherheitsdiskurs unterfüttern, finden sich verstreut in den Problemdiagnosen des gesamten untersuchten Feldes wieder.

Über die Umsetzung der auf politischer Ebene diskutierten Zusammenhänge in konkrete Praxen und Handlungen ist damit allerdings wenig gesagt. Das erweiterte Verständnis von Versicherheitlichungsdiskursen eröffnet die Möglichkeit, auch Akteure jenseits der politischen Eliten und Handlungen jenseits der Sprechakte in den Blick zu nehmen. Dann sollten die konkreten Handlungen von Akteuren untersucht werden, die in den als sicherheitsrelevant designierten Feldern tätig sind (vgl. BIGO 2000; NEAL 2009). Vor dem Hintergrund der breiten Bezugnahme auf das Konzept der menschlichen Sicherheit rückt der Fokus dabei auf Akteure in humanitären und entwicklungs-politischen Tätigkeitsfeldern.

Literatur

- ANNAN, K. (2000): «We the peoples»: the role of the United Nations in the 21st century. – New York: United Nations.
- BARNETT, J. & W.N. ADGER (2007): Climate change, human security and violent conflict. – In: *Political Geography* 26, 6: 639-655.
- BIGO, D. (2000): Liaison officers in Europe: New officers in the European security field. – In: SHEPTYCKI, J.W.E. (Hrsg.): *Issues in transnational policing*. – London: Routledge: 67-99.
- BOHLE, H.G. & K. O'BRIEN (2006): The discourse of human security: implications and relevance for climate change research. A review article. – In: *Die Erde* 137, 3: 155-163.
- BRAUCH, H.G. (2009): Securitizing global environmental change. – In: BRAUCH, H.G., OSWALD SPRING, U., GRIN, J., MESJASZ, C., KAMERI-MBOTE, P., BEHERA, N. C., CHOUREU, B. & H. KRUMMENACHER (Hrsg.): *Facing global environmental change: environmental, human, energy, food, health and water security concepts*. – Berlin, Heidelberg, New York: Springer-Verlag: 65-102.
- BRZOSKA, M. (2008): Der konfliktträchtige Klimawandel – ein Sicherheitsproblem? – In: HEINEMANN-GRÜDER, A., HIPPLER, J., WEINGARDT, M., MUTZ, R. & B. SCHOCH (Hrsg.): *Friedensgutachten 2008*. – Münster: Lit Verlag: 195-206.
- BUZAN, B., WÆVER, O. & J. DE WILDE (1998): *Security – a new framework for analysis*. – Boulder, London: Lynne Rienner Publishers.
- CHANDLER, D. (2008a): Human security: the dog that didn't bark. – In: *Security Dialogue* 39, 4: 427-438.
- CHANDLER, D. (2008b): Human security II: waiting for the tail to wag the dog – a rejoinder to Ambrosetti, Owen and Wibben. – In: *Security Dialogue* 39, 4: 463-469.
- CNA (2007): *National security and the threat of climate change*. – Alexandria, VA: CNA Corporation.
- DALBY, S. (1992): Ecopolitical discourse: «environmental security» and political geography. – In: *Progress in Human Geography* 16, 4: 503-522.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (2008): *Hauptgutachten 2007 des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen «Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel» und Stellungnahme der Bundesregierung*. – Drucksache 16/11600 der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages vom 22.12.2008.
- EU HIGH REPRESENTATIVE (2008): *Climate change and security: recommendations of the High Representative on follow-up to the High Representative and Commission report on climate change and international security*. – Drucksache S412/08 vom 18.12.08.
- EU HIGH REPRESENTATIVE & EUROPEAN COMMISSION (2008): *Climate change and international security*. – Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council. – Drucksache S113/08 vom 14.03.2008.
- FLITNER, M. & D. SOYEZ (2006): *Ressourcen, Gewalt und Gerechtigkeit. Einleitung*. – In: KULKE, E., MONHEIM, H. & P. WITTMANN (Hrsg.): *GrenzWerte. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, 55. Deutscher Geographentag Trier 2005*. – Berlin: Deutsche Gesellschaft für Geographie: 603-606.
- HAGMANN, T. (2005): *Confronting the concept of environmentally induced conflict*. – In: *Peace, Conflict and Development* 6: 1-22.
- HOMER-DIXON, T.F. (1999): *Environment, scarcity and violence*. – Princeton: Princeton University Press.
- INTERNATIONAL HUMAN DIMENSIONS PROGRAMME ON GLOBAL ENVIRONMENTAL CHANGE - IHDP (1999): *GECHS Science Plan*. – IHDP Report No. 11, Bonn: IHDP.
- KORF, B. & M. ENGELER (2007): *Geographien der Gewalt*. – In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 51: 221-237.
- KRAEMER, A.R. (2009): *Should climate change be a priority? – Vortrag am NATO-Treffen «The Next Generation of Security Threats – Reprogramming NATO?» am 24.02.09 in Brüssel*. – http://ecologic.eu/download/vortrag/2009/Kraemer_NATO60_090224.pdf 12.10.09.
- MAAS, A. & D. TÄNZLER (2009): *Regional security implications of climate change. A synopsis*. – Adelphi Report 01/09, Berlin: Adelphi Consult.
- NEAL, A.W. (2009): *Securitization and risk at the EU border: the origins of Frontex*. – In: *Journal of Common Market Studies* 47, 2: 333-356.
- NORDÅS, R. & N.P. GLEDITSCH (2007): *Climate change and conflict*. – In: *Political Geography* 26, 6: 627-638.
- OSSENBRÜGGE, J. (2007): *Never ending resource conflicts? The political economy of African economies of*

violence. – In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 51: 150-162.

RALEIGH, C., JORDAN, L. & I. SALEHYAN (2008): Assessing the impact of climate change on migration and conflict. – Washington, D.C.: The World Bank Group.

SCOTT, S.V. (2008): Securitizing climate change: international legal implications and obstacles. – In: Cambridge Review of International Affairs 4: 603-619.

SHANNON, R. (2009): Playing with principles in an era of securitized aid: negotiating humanitarian space in post-9/11 Afghanistan. – In: Progress in Development Studies 9, 1: 15-36.

SMITH, D. & J. VIVEKANANDA (2007): A climate of conflict: the links between climate change, peace and war. – London: International Alert.

TROMBETTA, M.J. (2008): Environmental securitization and climate change: analysing the discourse. – In: Cambridge Review of International Affairs 21, 4: 585-602.

UNITED NATIONS (2009): Security Council holds first-ever debate on impact of climate change on peace, security, hearing over 50 speakers. – UN Department of Public Information, <http://www.un.org/News/Press/docs/2007/sc9000.doc.htm> 16.10.09.

UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME - UNDP (1994): New dimensions of human security. – Human Development Report 1994, New York, Oxford: Oxford University Press.

UN GENERAL ASSEMBLY (2009a): Climate change and its possible security implications. – U.N. GA, 63rd Session, A/RES/63/281.

UN GENERAL ASSEMBLY (2009b): Climate change and its possible security implications. Report of the Secretary General. – U.N. GA, 64th Session, A/64/350 (including reference to submissions of Member States).

UN NEWS CENTRE (2007): Ban Ki-moon calls on new generation to take better care of Planet Earth than his own. – Press Release vom 1. März 2007, <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=21720> 1.11.2009.

UN SECURITY COUNCIL (2007): Security, energy and climate. Letter, dated 5 April 2007 from the Permanent Representative of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the United Nations, addressed to the President of the Security Council. – Security Council, S/2007/186.

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG GLOBALE UMWELTVERÄNDERUNGEN - WBGU (2008): Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel. – Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag.

WELZER, H. (2008): Klimakriege – Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. – Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

WILLIAMS, M.C. (2003): Words, images, enemies: securitization and international politics. – In: International Studies Quarterly 47: 511-531.

Zusammenfassung: «A new enemy out there»?

Der Klimawandel als Sicherheitsproblem

Mit dem Aufstieg des Klimawandels zu einem globalen Leitthema ist in den letzten Jahren auch die Rede von Klimakriegen und Klimaflüchtlingen gängig geworden. Der Klimawandel wird damit an Themen der äusseren und inneren Sicherheit angebunden. Hierzu haben Aussagen hochrangiger politischer Vertreter ebenso beigetragen wie neue Ansätze aus der Wissenschaft. Der Beitrag skizziert wichtige Linien der Debatte und zeigt verschiedene Varianten entsprechender Sicherheitsdiskurse an international und national einflussreichen Dokumenten auf. Dabei werden grundsätzliche Zweifel an einer Versicherheitlichung im Sinne der Kopenhagener Schule deutlich. Die normativen Implikationen der verschiedenen Positionen erweisen sich dennoch in mehrerer Hinsicht als fragwürdig. Die zugehörigen Probleme lassen sich auch nicht durch eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffs ausräumen, wie sie im Konzept der «menschlichen Sicherheit» zum Ausdruck kommt.

Schlüsselwörter: Klimakriege, Umweltkonflikte, menschliche Sicherheit

Abstract: «A new enemy out there»? Climate change as security problem

The emergence of climate change as a key concern of a globalised world has given rise to the use of notions like climate wars and climate refugees. Fuelled by statements of high-ranking politicians and scientific contributions alike, climate change is thereby connected to questions of national and international security. The article sketches main lines of reasoning within respective security discourses, with special consideration of nationally and internationally relevant political documents. It argues that a securitization in the sense of the Copenhagen School can be doubted. Nevertheless, the normative implications of the different positions give reason for concern which cannot be resolved by extending security definitions as has been done with «human security».

Keywords: climate wars, environmental conflict, human security

Résumé: «A new enemy out there»? Le changement climatique comme problème de sécurité

Le thème du changement climatique a été fréquemment lié ces dernières années aux termes de «guerre climatique» et de «réfugiés climatiques». Dès lors, le changement climatique est également lié aux thèmes de la sécurité intérieure et extérieure. Les discours de hauts représentants politiques comme la naissance de nouvelles approches scientifiques ont confirmé ce lien. Ce travail résume les points importants du débat et montre les différentes variantes de ces discours sur la

sécurité, en s'appuyant sur des documents nationaux et internationaux importants. Il montre en conclusion qu'un processus de «sécuritisation» tel que décrit par l'Ecole de Copenhague peut être mis en doute. L'article montre que les implications normatives des différentes positions théoriques se révèlent être problématiques sur plusieurs points et postule que les problèmes que cela implique ne peuvent pas non plus être résolus par un élargissement du concept de sécurité en «sécurité humaine».

Mots-clés: guerres climatiques, conflits environnementaux, sécurité humaine

Dipl.-Geogr. **Johannes Herbeck**, Prof. Dr. **Michael Flitner**, artec|Forschungszentrum Nachhaltigkeit, Universität Bremen, Enrique-Schmidt-Strasse 7, D-28359 Bremen, Deutschland.

e-mail:
herbeck@uni-bremen.de
flitner@uni-bremen.de

*Manuskripteingang/received/manuscrit reçu le
23.1.2010*

*Annahme zum Druck/accepted for publication/accepté
pour publication: 30.8.2010*

Artikel II.

Klepp, S., **Herbeck, J.** (akzeptiert): Decentering Climate Change. Aushandlungen um Klimawandel und Migration in Europa und in Ozeanien. In: Knecht, M., Römhild, R. (Hrsg.) *Decentering Europe. Postcolonial, postbloc perspectives for a reflexive European Ethnology*. Bielefeld: transcript.

Status:

Akzeptiert

Decentering Climate Change: Aushandlungen um Klimawandel und Migration in Europa und Ozeanien

Silja Klepp, Johannes Herbeck

Einleitung

Die Debatten um Klimawandel und Migration sind untrennbar verbunden mit Kontroversen um soziale, politische, ökonomische und ökologische Ungleichheiten in den Nord-Süd-Beziehungen. In den Forschungen zu Verlauf und sozialen Auswirkungen des Klimawandels zeichnen sich dabei derzeit Entwicklungen ab, die diese Differenzen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern weiter verstärken (OECD 2009). Im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen spielen vor allem die unterschiedliche Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels und die Verantwortlichkeiten für den anthropogenen Klimawandel eine Rolle. Der historisch hohe Ausstoß von Treibhausgasen in den Industrieländern und die damit zusammenhängende Verantwortung für den Klimawandel werden in der Klimarahmenkonvention als „gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeit“ angesprochen. Dies hat bisher jedoch keine weitreichende Übernahme von Verantwortung für Umweltveränderungen auf Seiten der Industrieländer im Rahmen eines angenommen Klimawandels oder politische Zugeständnisse gebracht (Dietz 2009: 189). Es sind vielmehr die globalen Machtstrukturen selbst, die die Verhandlungen um „gerechte“ Klimaziele und die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel so schwierig machen (Parks und Roberts 2010). Die „multidimensionalen Ungleichheiten“, die Dietz im Zusammenhang mit den Folgen des Klimawandels und den globalen Nord-Süd-Beziehungen anspricht (ebd.: 186), gelten dabei für sogenannte Entwicklungsländer wie die

Der Artikel ist zur Veröffentlichung angenommen in:

Knecht, M., Römhild, R. (Hrsg.) Decentering Europe. Postcolonial, postbloc perspectives for a reflexive European Ethnology. Bielefeld: transcript.

Republik Kiribati, einem Inselstaat im Pazifikraum, in besonderer Weise: wie auch andere Länder, beispielsweise Bangladesch oder die Malediven, tragen sie eine geringe Verantwortung für den anthropogen verursachten Klimawandel auf Grund von begrenzten Pro-Kopf-Emissionen, sind aber von dessen Folgen in Form von heutigen und zukünftig erwarteten Umweltveränderungen stark betroffen (Mimura u.a. 2007: 687 ff.).

In den Debatten um Klimawandel und Migration wird die politische Brisanz des Themas Klimagerechtigkeit besonders deutlich. Länder wie die Republik Kiribati, die vor allem medial als erste „Opfer“ des Klimawandels wahrgenommen werden (Farbotko 2012) und die künftige Unbewohnbarkeit ihres Staatsgebiets annehmen müssen, fordern bei der Suche nach langfristigen, angemessenen Perspektiven für heutige und kommende Klima- und UmweltmigrantInnen globale und regionale Solidarität über nationale Grenzen hinweg. Diese Aushandlungsprozesse sind eine neue, wichtige Arena, in der Kämpfe um ökologische und postkoloniale Gerechtigkeit in den Nord-Süd-Beziehungen ausgetragen und neue Rechte und Anerkennung eingefordert werden.

Ausgehend von einer kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen Argumentationslinien und theoretischen Konzepten im Forschungsfeld Umwelt- und Klimamigration zeigt unser Beitrag auf, welche Argumente in der Behandlung des Themas einerseits innerhalb der EU und andererseits in Kiribati und Ozeanien eine Rolle spielen und wo die Konfliktlinien verlaufen. Die im ersten Teil des Artikels untersuchten einschlägigen Positions- und Strategiepapiere aus verschiedenen EU-Institutionen lassen dabei einen Umgang erkennen, der durch eine entwicklungspolitisch-humanitäre Rahmung des Themas eine angemessene Politisierung erschwert. Der wichtige Punkt der Klimagerechtigkeit, der von den Ländern des globalen Südens und weiteren AkteurInnen immer wieder in die Debatte eingebracht wird, wird damit weitgehend ausgeklammert. Daneben lässt sich auch eine Tendenz feststellen, ein sicherheitspolitisch argumentierendes *framing* von Klimawandel und Migration innerhalb der EU voranzutreiben, das wenig Solidarität mit den vom Klimawandel betroffenen Ländern und Menschen erwarten lässt.

Im zweiten Teil unseres Beitrags sollen den Debatten in der EU Aushandlungsprozesse um Klimawandel und Migration im Pazifikraum gegenübergestellt werden. Ziel ist es dabei, die Debatten in zwei unterschiedlichen Aushandlungsarenen zu kontrastieren, ohne eine direkte Vergleichbarkeit der beiden Diskurse anzustreben. Insbesondere ist uns bewusst, dass die

Debatten in den Regionen von höchst unterschiedlichen AkteurInnen vorangetrieben wurden und entsprechend konträre Zielsetzungen mit deren Positionierungen verbunden sind.

Entsprechend des *Decentering*-Motivs des vorliegenden Buches möchten wir dabei, angelehnt an die von de Sousa Santos und Rodríguez (2005) eingeführte *sociology of emergence*, eine *legal anthropology of emergence* vorstellen. Sie beschreibt, auch rekurrierend auf Ansätze des *legal pluralism* und die Debatte um den Emergenz-Begriff in der Sozialanthropologie, Rechtsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse, die im Kontext des Klimawandels an Komplexität gewonnen haben und vor allem vom globalen Süden ausgehen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Rezeption und Interpretation der Diskurse um den Klimawandel vor Ort – eine Leerstelle in der ethnologischen Klimawandelforschung, die von Rudiak-Gould (2011) moniert wird, der den bisher hauptsächlich verfolgten Ansatz, die Wahrnehmung von klimawandel-induzierten Umweltveränderungen lokal zu untersuchen, als verkürzt kritisiert. Die *legal anthropology of emergence* erweitert dabei die gängige Lesart transnationaler Rechtsbildungsprozesse, deren Zentren oftmals im globalen Norden verortet werden und berücksichtigt auch informelle AkteurInnen und Foren, wo Rechte und Ressourcen verhandelt werden.

Neben einer Dezentrierung der Analyse von Rechtsbildungsprozessen, die, wie sich in unserem Artikel zeigt, die Aushandlung neuer Rechte eher im globalen Süden erwarten lässt, geht es uns zudem darum, den Fokus in den Diskursen und Forschungen zu den Folgen des Klimawandels zu verschieben: Gegenstand dieser meist sehr technisch geführten Debatten sind heute oftmals *geographic objects* (Barnett und Campbell 2010: 2) wie Küstenlinien und Statistiken über Meeresspiegelanstieg und Niederschlagsmengen. Auch auf Grund der Dominanz naturwissenschaftlicher ExpertInnenmeinungen in den Anpassungsdebatten werden kulturelle und soziale Fragen häufig ausgeblendet. Auch politische und ethische Aspekte, vor allem dem Thema immanente Gesichtspunkte der Klimagerechtigkeit, werden in den Forschungen und Debatten vernachlässigt (vgl. Barnett und Campbell 2010). Eine Dezentrierung und Repolitisierung der Debatten könnte den politischen Charakter der Gegenstände der Klimaanpassungsforschung erkennbar machen und die Verhandlungen um die Eindämmung des Klimawandels und um eine „gerechte“ Verteilung der Anpassungskosten erleichtern (vgl. Parks und Roberts 2010). Im zweiten Teil soll zudem den Forderungen nach einer stärkeren Wahrnehmung und Untersuchung der Bedürfnisse der vom Klimawandel betroffenen Communities nachgegangen werden (Crate und Nuttall 2009: 14).

Auch zu diesem dezentrierten Forschungszugang kann die Ethnologie als Erfahrungswissenschaft einen wertvollen Beitrag leisten.

Kritische Perspektiven auf das Forschungsfeld Umweltmigration

Während der Begriff des „environmental refuge“ das erste Mal bereits in den 1970er Jahren von Lester Brown vom World Watch Institute verwendet wurde (Boano u.a. 2008), wird der Beginn einer breiteren Debatte zu Klimaflucht, oder weiter gefasst, zu Umweltmigration meist Mitte der 1980er Jahre angesetzt. 1985 wurde der Begriff das erste Mal in einer UN-Veröffentlichung aufgegriffen und dadurch in einem breiteren Kontext popularisiert (El-Hinnawi 1985; zit. nach Bates 2002). Zu Beginn der 1990er Jahre beschrieb der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)¹ den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration als möglicherweise „(...) the most threatening short-term effects of climate change on human settlements.“ (Rouviere u.a. 1990: 5-9). Während bis dahin eine Vielzahl der Debattenbeiträge ihren Ursprung im Umfeld großer inter- und transnationaler Organisationen hatten², zog die Diskussion in der Folge weitere Kreise und wurde zunehmend auch in akademischen Diskursen aufgegriffen. In der Folge entstanden verschiedene Diskussionsstränge, etwa zu Fragen der möglichen Klassifizierung unterschiedlicher Typen von UmweltmigrantInnen (Bates 2002; Biermann 2001; Jakobeit und Methmann 2007: 8 ff.), des zu erwartenden Ausmaßes des Phänomens (Christian Aid 2007; Myers 1997; 2002), und zur möglichen völkerrechtlichen Ausgestaltung eines Schutzmechanismus für Umweltflüchtlinge (Ammer u.a. 2010; Docherty und Giannini 2009). Die deutlichste übergreifende Bruchlinie ist bis heute die Unterscheidung zwischen Migrationen, die durch abrupt auftretende Extremereignisse ausgelöst werden und solchen, deren Ursachen eher in schleichenden Veränderungen der Umwelt gesucht werden. Während im ersten Fall ein klar identifizierbares, wenn auch nicht eindeutig dem Klimawandel zuordenbares Ereignis (Sturm, Überflutung, etc.) zu schnell auftretender, häufig eher temporärer und regionaler Migrationsbewegung führen kann, stellt sich der zweite Zusammenhang (Migration in Folge

¹ Der IPCC ist eine im Jahr 1988 gemeinsam von der World Meteorological Organization (WMO) und dem United Nations Environmental Program (UNEP) gegründete zwischenstaatliche Einrichtung, die heute eine zentrale Rolle in der internationalen Klimaforschung und -politik einnimmt. Auf Grund seiner Scharnierfunktion wurde der IPCC verschiedentlich als „hybrid“ oder „boundary organization“ beschrieben (vgl. Miller 2001; Poloni 2009), die sowohl die wissenschaftlichen als auch die politischen Debatten zum Klimawandel entscheidend beeinflusst.

² Bis heute ist der Diskurs stark von diesen AkteurInnen mitbeeinflusst. In den letzten Jahren hat sich insbesondere die International Organization for Migration beständig in die internationalen Debatten eingebracht und z.B. versucht, eine allgemein gültige Definition von „environmentally-induced migration“ zu etablieren.

von zunehmender Trockenheit etc.) als wesentlich komplexer dar. Auch hier ist die Abgrenzung und Zuordnung von Veränderungen auf Grund des anthropogenen Klimawandels schwierig und oft nicht eindeutig.

Viele der einzelnen Diskussionsstränge wurden selbst kontrovers diskutiert; darüber hinaus wurde jedoch viel grundlegender die Frage gestellt, wie denn nun genau Umweltveränderungen auf das Migrationsgeschehen einwirken und ob es überhaupt sinnvoll sei, Umweltfragen in den Fokus der Erklärung von Migrationsbewegungen zu stellen. Diese grundsätzliche Kritik begleitet die Diskussion seit ihren Anfängen und taucht unter anderem prominent in einer vom United Nation High Commissioners on Refugees (UNHCR) in Auftrag gegebene Studie auf, die konstatiert, der Begriff des Umweltflüchtlings sei “(...) unhelpful and unsound intellectually, and unnecessary in practical terms.” (Black 2001: 1). Der Vorwurf besteht insbesondere darin, dass eine Reduktion auf Umweltfaktoren in der Erklärung von Migration das komplexe Zusammenspiel unterschiedlichster Faktoren kultureller, politischer, sozialer, wie ökonomischer Natur verkennt, das Migrationsentscheidungen zugrunde liegt. In der Regel ist es weder möglich noch zielführend, einzelne Dimensionen isoliert von anderen zu betrachten. Empirisch wurde dennoch immer wieder versucht, die Stärke des Einflusses von Umweltveränderung auf das Migrationsgeschehen zu quantifizieren, mit höchst unterschiedlichen Ergebnissen. Eine Reihe von Studien scheint einen grundsätzlichen Zusammenhang zu bestätigen, jedoch wird dieser in den allermeisten Fällen in andere Kontextvariablen eingebettet, die über das Gewicht der Veränderungen für Migrationsentscheidungen mitbestimmen. Der größere Teil der Studien zum Thema schließt jedoch, dass die Kategorie „Umwelt“ in der Erklärung von Migration einen eher eingeschränkten Erklärungswert hat. Eine Metaanalyse unterschiedlichster Fallstudien aus dem Sahel kommt etwa zu der Schlussfolgerung, dass generalisierende Aussagen zum Zusammenhang zwischen Dürre und Migration nicht getroffen werden können und somit „Umweltveränderung“ als erklärender Faktor kaum haltbar ist:

„(...) it appears whether and how migration is associated with environmental change depends upon the wider context, that is, the entire set of factors affecting migration. It is therefore unlikely that a general theory will emerge which can predict people’s movements in response to environmental change.” (Jónsson 2010: 29).

Insgesamt darf unserer Ansicht nach die grundsätzliche Sinnhaftigkeit der deutlichen Dichotomisierung von Umwelt und Gesellschaft, die in der Vorstellung von

Umweltveränderung als Migrationspush mitklingt (vgl. etwa Nicholson 2011), bezweifelt werden. Die Rhetorik von Klimaflucht, häufig auch zusammengedacht mit gewaltsamen Konflikten, verkürzt oder überdeckt strukturelle, politische und soziale „root causes“ sowohl von Umweltdegradation selbst, als auch von Flucht und Migration. Insbesondere in Hinblick auf schleichende Veränderungen der Umwelt (z.B. Bodenverarmung und Desertifikation), und damit zusammenhängenden, vermuteten Auswirkungen auf das Migrationsgeschehen spricht Hartmann (2010) von einem „degradation narrative“, das den Szenarien zugrunde liege und sich alter kolonialer Stereotype von destruktiven Anbaupraxen, Bevölkerungsexplosion und nachgelagerten Konflikt- und Migrationsszenarien in der Dritten Welt bediene.

Auch wenn es deutliche Unterschiede innerhalb der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Umwelt-Migrations-Nexus gibt, kann die Rhetorik von Umweltmigration als diskursiver Wegbereiter einer neuen „Abhängigkeit“ von Migrationsbewegungen interpretiert werden. Entgegen Versuchen, Migration als unabhängig(er) von strukturellen, ökonomischen Rahmenbedingungen und eher als soziale Bewegung oder kreative Kraft innerhalb eines globalisierten ökonomischen Systems zu konzipieren, wie etwa im Ansatz der „Autonomie der Migration“ (Andrijasevic u.a. 2005; Mezzadra 2004, 2007; Moulier Boutang 2007; Tsianos 2007), erhalten Strukturbedingungen hier eine quasi zwingende Relevanz. Wesentlich stärker als zuvor wird Migration als etwas Unausweichliches konzipiert, das relativ unabhängig ist von freier Willensentscheidung der MigrantInnen und folglich auch kein emanzipatorisches Potential besitzt. Angesichts der simplifizierenden Konzeptualisierung von Migrationsentscheidungen in vielen Debattenbeiträge ist die Diskussion in unseren Augen geeignet, Fortschritte in der Theoretisierung von Migration, die in den letzten Jahren vermehrt auf die facettenreichen Wirkungszusammenhänge zwischen individuellen Handlungsspielräumen und Strukturfaktoren hinweisen, zu unterminieren. Weiterhin erscheinen auch nachgelagerte Probleme, etwa in Hinblick auf sich verschärfende Konfliktsituationen, als logisch folgende Höhepunkte einer sich konsequent zuspitzenden Situation des Ausnahmezustandes. Auch in Veröffentlichungen, die einer direkten Kausalität eher skeptisch gegenüberstehen, werden relativ unreflektiert neomalthusianische Zusammenhänge zwischen Bevölkerungswachstum, Umweltveränderung, Migration und Konflikt hergestellt, die in apokalyptisch anmutenden Szenarien kulminieren:

“(…) the makings of a perfect storm are in place: human population numbers are growing fastest in the very regions where the physical risks of climate change are most likely to undermine livelihoods and stimulate migration. (...) hundreds of millions of people on the move and fragile states tipping into climate change-induced conflict are within the realm of possibility (...)” (McLeman 2011: 12)

AutorInnen wie Gupta (2009), Hartmann (2010) oder Herbeck und Flitner (2010) argumentieren daher, dass die Rede von Migrationen als Folge klimatischer Veränderungen ein nicht unwesentlicher Teil eines größeren sicherheitspolitischen Dispositivs sind, das den Klimawandel zunehmend als Bedrohung für die nationalstaatliche Sicherheit darstellt. In Bezug auf die Darstellung potentieller Migrations-„Ströme“ aus Asien in der politischen Debatte in Australien beschreiben etwa Chaturvedi und Doyle:

“The new cartographies of climate change as a ‘threat multiplier’ are ably supported by the geographical imaginations of rising ocean water levels, droughts, ‘violent’ weather, ‘ruined’ national economies, climate refugees and vague assumptions of automatic processes and metaphors borrowed from other fields such as ‘spillover’, ‘contagion’, ‘diffusion’ etc. These imagined cartographies (...) give rise to cartographic anxieties about safeguarding boundaries (...) in the wake of allegedly threatening flows (...) unleashed by the unfolding climate change.” (Chaturvedi und Doyle 2010: 96)

Hier schließt auch die Frage an, was angesichts eines aufgebauten Bedrohungsszenarios mit der Schaffung eines neuen Flüchtlingsstatus, der sich aus der Betroffenheit von Individuen oder Gruppen von Umweltveränderungen ableiten ließe, gewonnen sein könnte. Die Erfolgsaussichten einer völkerrechtlichen Verankerung eines entsprechenden Schutzstatus, etwa in Form einer neu zu schaffenden Umweltflüchtlingskonvention, werden angesichts des aktuellen Umgangs mit Konventionsflüchtlingen in den Ländern des globalen Nordens (vgl. Klepp 2011, Transit Migration Forschungsgruppe 2007) eher kritisch gesehen. Anknüpfend an Agambens Überlegungen zum Ausnahmezustand stellt etwa Oels (2010) den Wert einer neu zu schaffenden Kategorie infrage:

“(…) even those lucky enough to be included in the definition might be confronted with a state of exception that denies them recognition as refugees and the related set of rights in practice. (...) even if refugees are lucky enough to be moved under the

protection of a host country, they are likely to be offered charity but not rights enforcement as refugee management is usually carried out in a state of exception.” (Oels 2010: 7)

Die bisherigen Auseinandersetzungen mit dem Umwelt-Migrations-Nexus werden unserer Ansicht nach den komplexen Realitäten des globalen Migrationsgeschehens wenig gerecht. Sie sind im Allgemeinen gekennzeichnet durch eine mangelnde theoretische Trennschärfe und durch eine Nichtberücksichtigung neuerer Strömungen in der Migrationsforschung. Zudem sind sie geeignet, sicherheitspolitische Reflexe durch politische AkteurInnen in den Einwanderungsgesellschaften der OECD-Welt auszulösen, wobei bei einigen Publikationen (z. B. Welzer 2008) der Eindruck entsteht, dass sich die ForscherInnen durch den Entwurf immer düstererer Szenarien genau diesen AkteurInnen empfehlen möchten. Eine angemessene Einbettung und Analyse wird auch in Hinblick auf die bereits genannten „multidimensionalen Ungleichheiten“ und das Thema Klimagerechtigkeit zumeist nicht geleistet. Wie sich im Folgenden zeigt, sollten diese Themenfelder und die Handlungslogiken und Interessen der verschiedenen AkteurInnen jedoch nicht getrennt betrachtet werden.

Die Europäische Union und Umweltmigration

Auch wenn sich die Europäische Union dem Thema der Umwelt- oder Klimamigration bislang eher als „niche concern“ (Somerville 2011: 14) annimmt, taucht die Debatte doch seit einigen Jahren in verschiedenen politischen Prozessen und Institutionen der EU auf. Unter dem Eindruck der seit Jahren in Politik und Medien problematisierten Flüchtlingsthematik im Mittelmeer äußern zugleich einzelne Mitgliedsstaaten, aber auch die Union im Ganzen ein starkes Interesse, Zuwanderung effektiv zu kontrollieren und „legale“ Migration zu „managen“. Im Zuge der 2010 im Stockholmer Programm weiter konkretisierten, zunehmenden Vereinheitlichung der Justiz- und Innenpolitik der EU-Staaten (European Council 2010), und einer damit verbundenen Harmonisierung des europäischen Migrations- und Asylrechts gewinnen entsprechende Entscheidungen auf europäischer Ebene zunehmend an Relevanz für den Umgang der EU-Staaten mit der Flüchtlingsfrage³. Im „Global Approach

³ Andrijasevic u.a. (2005) weisen darauf hin, dass mit dieser Europäisierung der Migrations- und Asylpolitik nicht nur eine zunehmende Harmonisierung innerhalb der EU und eine Ausdehnung entsprechender Politiken über das EU-Territorium hinaus verbunden ist, sondern auch eine „Transformation im Modus des Politischen“ (ebd. 348) hin zu einer zunehmenden Informalisierung politischer Entscheidungsprozesse und Praxen.

to Migration and Mobility“⁴, der sich insbesondere den externen Dimensionen einer gemeinsamen Migrationspolitik widmet, nennt die Kommission als grundsätzliche Ziele die Organisation und Erleichterung legaler Migration und Mobilität, die Eindämmung irregulärer Migration und des Menschenschmuggels, die Beförderung internationalen Schutzes für Flüchtlinge und eine entsprechende Stärkung externer Dimensionen europäischer Asylpolitik sowie die Maximierung des Nutzes von Migration für die globale Entwicklung (European Commission 2011a: 7). Hier wird schnell klar, warum die EU-Migrationspolitik das ideale Forschungsfeld für die Frage nach einer im wörtlichen Sinne dezentrierten Politik der Europäischen Union darstellt: einen großen Teil der für die Erreichung der Ziele notwendigen politischen Akte bilden exterritorial angelegte und durchgeführte Maßnahmen, für die Drittstaaten rekrutiert und als implementierende Partner gewonnen werden müssen. Diese neuen Perspektiven der Kommission auf eine so bezeichnete „ganzheitliche“ Migrationspolitik und der damit verbundene „Root Causes Approach“ zur Verhinderung unerwünschter Migration in potentiellen Ursprungsregionen sind verschiedentlich äußerst kritisch bewertet worden (Gassner 2010; Hyndman und Mountz 2008; Lavenex und UçArer 2004).

Wo nun kommt genau die Debatte zu Umweltveränderung und Migration ins Spiel? Zunächst einmal scheint klar, dass ein prognostiziertes „Anschwellen“ der Flüchtlings- und Migrations-„Ströme“ im Zuge des globalen Klimawandels die beschriebenen politischen Zielsetzungen und Anstrengungen der Union unterwandern und die bestehenden Institutionen überfordern könnte (wenn man denn den Zahlenspielen der *doomsday prophecies* Glauben schenkt). Grundsätzlich lassen sich zwei gegensätzliche Reaktionen auf diese Entwicklung beobachten: zum einen wird die Chance gesehen, über eine Anerkennung von Umweltveränderung als Migrationsursache inkludierende Elemente der europäischen Migrationspolitik zu stärken. Hier wird die Debatte um Klima- und Umweltmigration als *window of opportunity* begriffen, die Rechte von MigrantInnen zu stärken, die historische Verantwortlichkeit der europäischen Staaten für den globalen Klimawandel und seine sozialen Folgen anzuerkennen und somit einen entscheidenden Beitrag für die eingeforderte Klimagerechtigkeit zu leisten (vgl. etwa de Moor und Cliquet 2009; Kolmannskog und Myrstad 2009; Schmedding 2011; Westra 2009). In einer weniger optimistischen Sicht könnte die Debatte zu Umweltmigration ein weiterer

⁴ Der Global Approach on Migration and Mobility“ ist ein 2005 von der Europäischen Kommission aufgelegtes, seitdem ständig weiterentwickeltes Programm, das insbesondere zum Ziel hat, die Migrationspolitik der EU stärker mit der Außenpolitik zu verzahnen. Charakteristisch ist hierbei die enge Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern, mit denen Dialogstrukturen und operationale Kooperationen im Bereich Migration und Mobilität aufgebaut und verstärkt werden sollen (European Commission 2011a).

Ziegelstein für die Mauer um die Festung Europa sein, die den exkludierenden Charakter europäischer Flüchtlings- und Migrationspolitik festigt und der Etablierung und Fortführung von restriktiven Grenzpraktiken in die Hände spielt. Denn wer ist schon bereit, die prognostizierte „neue Milliarde“ von Flüchtlingen in die europäischen Gesellschaften aufzunehmen? Der folgende Abschnitt begibt sich auf Spurensuche in europäischer Politik und zeigt auf, in welche Richtung die Debatte zu Umweltmigration die europäische Migrationspolitik bewegt.

Unserer Einschätzung nach lassen sich auf EU-Ebene vier politische Prozesse identifizieren, in denen die Debatte deutlich Spuren hinterlassen hat:

- in Einzelinitiativen von EU-ParlamentarierInnen und Nichtregierungsorganisationen zur Verankerung eines Schutzstatus für Umwelt- und Klimaflüchtlinge,
- in dem bereits beschriebenen Entwurf eines „Global Approach to Migration and Mobility“ der EU-Kommission,
- in Prozessen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit,
- sowie in einer breiteren Debatte zu den Sicherheitsimplikationen des Klimawandels, die ebenfalls im Wesentlichen von Mitgliedern der Kommission angestoßen wurde.

Einzelinitiativen zur Verankerung eines Schutzstatus für Umwelt- und Klimaflüchtlingen

Bereits Anfang der 2000er Jahre gab es erste Anstrengungen, das Thema Umwelt- oder Klimaflucht in europäischem Recht zu verankern. Allen voran begann eine britische Abgeordnete der europäischen Grünen, Jean Lambert, Lobbyarbeit zugunsten einer Anerkennung von Umweltveränderung und Klimawandel als legitimer Ursache von Flucht und Migration durch die Europäische Union zu betreiben. In einem Report von 2002 beschreibt sie ausführlich die Debatte zu Umweltmigration und ergreift klar Partei für einen offiziellen Schutzstatus:

“(…) if we do not officially recognise that there is such a person as an ‘environmental refugee’, no one is going to take responsibility for the people affected. If they are identified as ‘refugees’, host nations have responsibilities for their well being and they have access to greater rights.” (Lambert 2002: 5)

2008 organisierte die Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament eine Konferenz, die diesen Forderungen Nachdruck verlieh und insbesondere verlangte, eine hoch angesiedelte

Arbeitsgruppe zum Thema Schutz von Rechten und kulturellen Besonderheiten potentieller Vertriebener einzurichten (The Greens/EFA Group 2008). In jüngster Zeit gab es zudem die Initiative der belgischen NGO „Pimpampoentje Climate and Peace Action Group“, über eine Petition an das Europäische Parlament die EU zur offiziellen Anerkennung der Kategorie des „climate refugee“ zu bewegen und einen entsprechenden Schutzstatus rechtlich zu verankern (Committee on Petitions of the European Parliament 2011).

In allen diesen Fällen zielte das Engagement in erster Linie darauf ab, eine primär humanitäre Reaktion auf möglicherweise vermehrt auftretende Krisensituationen zu erlauben und die Rechte potentieller Vertriebener juristisch zu verankern. Zwar werden auch weitergehende Forderungen formuliert, wie etwa nach einer konsequenteren Emissionsverminderung und einer Stärkung von Anpassungsmaßnahmen in betroffenen Regionen, jedoch liegt das Hauptaugenmerk auf der Schaffung einer neuen Schutzkategorie für „Klimaflüchtlinge“.

Der „Global Approach to Migration and Mobility“ der Europäischen Kommission

Auf einem Treffen im Dezember 2005 verabschiedete der Europäische Rat die Vorlage der Europäischen Kommission zu einem „Global Approach to Migration and Mobility“ (GAMM), der zu diesem Zeitpunkt im Wesentlichen darauf abhob, Kontakte insbesondere zu den afrikanischen Mittelmeeranrainern zu intensivieren und für ein gemeinsames Migrations-„Management“ zu gewinnen. Speziell sollte in diesen Partnerschaften ein gemeinschaftlich implementierter Ansatz „illegale“ Migrationen eindämmen und die positiven Effekte „legaler“ Migration besser nutzbar machen (Council of the European Union 2006), die Zuständigkeiten also tendenziell aus der Europäischen Union auslagern. Diese Exterritorialisierung von Migrationseindämmung ist insbesondere in Hinblick auf die Wahrung der Flüchtlings- und Menschenrechte kritisiert worden (Klepp 2010). Gleichzeitig ist auch der zugrundeliegende Ansatz des Migrationsmanagements als „Versuch der migrationspolitischen Absicherung des globalen neoliberalen Akkumulationsregimes“ (Georgi 2009: 83) bezeichnet worden. Bis heute stellt der GAMM dennoch den wesentlichen Zugang der Europäischen Union zu den als extern definierten Dimensionen der Migrationsfrage im Mittelmeerraum dar. Die Debatte zu Umwelt- oder Klimamigration findet relativ zögerlich und erst in den jüngeren Vergangenheit Eingang in die konkrete Ausgestaltung des Ansatzes. Im Stockholmer Programm von 2010 verlangte der Europäische Rat, die Verbindungen zwischen Klimawandel, Migration und Entwicklung genauer zu erforschen und forderte die Kommission auf, „(...) to present an

analysis of the effects of climate change on international migration, including its potential effects on immigration to the Union.” (European Council 2010: 29)

In einer neueren Stellungnahme bestätigt die Kommission, dass Umweltmigration als Teil des GAMM betrachtet wird (European Commission 2011a: 7). Ein begleitendes Arbeitspapier beschreibt zum einen mögliche „destabilisierende Effekte“ dieser Migrationen für Frieden und Stabilität in betroffenen Ländern und betont zum anderen die negativen Auswirkungen auf Grundbedürfnisse der MigrantInnen, wie zum Beispiel

“the loss of housing, land, property, resilience to adverse impacts of climate change, and a healthy environment, and to re-establish livelihoods and promote access to public services such as health and education.” (European Commission 2011b)

Ganz im Sinne einer geforderten zunehmenden Konvergenz von Migrations- und Entwicklungspolitik der Union im GAMM wurde das Thema erkennbar stärker Fragen der Entwicklungszusammenarbeit zugeordnet und damit wiederum den als extern definierten Bereichen der Anpassung an den Klimawandel. Dazu passt auch, dass eine für Ende 2011 geplante ausführliche Expertise, die eben gerade auch Implikationen für die Einwanderung in das Gebiet der Union eruieren sollte, nun erst 2013 in einem Bündel mit weiteren Stellungnahmen zur Klimaanpassungspolitik der EU veröffentlicht wird.⁵ Den Problemen soll in dieser Perspektive offensichtlich primär vor Ort begegnet werden und betroffene Personen insbesondere durch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit in der Fortsetzung ihrer lokalen Lebensstrategien unterstützt werden, ohne dass sich hier konkrete Aufnahmeszenarien anschließen.

Die Europäische Entwicklungszusammenarbeit

Auch in Politikprozessen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit finden sich Spuren des Diskurses über Umwelt- und Klimaflüchtlinge. Schon 2003 wies die Kommission auf die Möglichkeit zunehmender Migrationsbewegungen insbesondere im Kontext des Meeresspiegelanstieges hin und verortete entsprechende Hot-Spots in Ländern Süd- und Südost-Asiens und Subsahara-Afrikas (European Commission 2003). Bis heute scheint die Debatte in verschiedenen Dokumenten auf, meist ohne dass konkrete Maßnahmen abgeleitet

⁵ Neben dem *Directorate General (DG) Home Affairs* sind auch die DGs *Development and Cooperation* und *Climate Action* der EU-Kommission in die Erarbeitung der Analyse involviert (persönliche Auskunft einer Mitarbeiterin des DG *Home-Affairs* vom 01.03.2012 an Johannes Herbeck).

werden. Eher, so der Eindruck, bilden Fragen der Umweltmigration einen willkommenen „Eye-Catcher“, der die Brisanz des globalen Klimawandels veranschaulicht, während Maßnahmen, etwa im Programm „*Cooperation with Third Countries in the Areas of Migration and Asylum*“, das unter Federführung des DG *Development and Cooperation* durchgeführt wird, appellhaft und wenig spezifisch bleiben:

“People may have to move in the near future as a result of higher sea levels, higher temperatures and scarcity of fresh water. [...] The Thematic Programme will therefore support initiatives addressing climate change induced migratory flows, in particular in the countries and regions most concerned by such phenomenon.”(EU Directorate-General on Development and Cooperation 2010: 27f.)

Aufschlussreicher ist hier eine kürzlich veröffentlichte, von der Kommission finanzierte Studie, deren Ergebnisse sich die Kommission allerdings bislang nicht in offiziellen Statements zu Eigen gemacht hat. Im Fazit heißt es dort:

„For the near term, palliative actions such as humanitarian assistance and small-scale relocation seem much more likely than long-term preventive and adaptive action. (...) The time horizon of major policy change suggests that crises will be dealt with as they arise.” (Newland 2011: 9f.)

Auch wenn die eigentlichen Herausforderungen hier also in längerfristig angelegten Maßnahmen gesehen werden mögen, werden kurzfristige Reaktionen als die wahrscheinlicheren eingeschätzt. Das Thema der Umwelt- oder Klimamigration wird auch hier dem Bereich der lokalen humanitären Nothilfe zugeordnet, die vielsagend als „palliative“ Maßnahme bezeichnet wird, die die grundsätzlichen Problemlagen nicht angeht. Insgesamt zeigt sich auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eine Tendenz zur zunehmenden Vermischung unterschiedlicher Politikfelder, was insbesondere in der Verbindung mit sicherheitspolitischen Erwägungen, wie sie etwa von Seiten der Kommission verschiedentlich betont wurden, kritisch betrachtet werden kann:

“The EU is (...) strengthening its analysis and early warning systems and integrating climate change into existing tools such as conflict prevention mechanisms and security sector reform. The effects of climate change on migratory flows should also be considered in the broader EU reflection on security, development and migration policies.” (European Commission 2009)

Sicherheitsimplikationen des Klimawandels

In der Debatte um Umweltmigration verschränken sich verschiedenste Bereiche zu einem Dispositiv sicherheitspolitischer Prägung. Und tatsächlich gehen die bisherigen Debattenbeiträge aus der Exekutive der Europäischen Union in der Hauptsache auf Initiativen von „foreign and security policy actors“ (Somerville 2011: 14) zurück. Auch im Vergleich mit Prozessen in den Vereinten Nationen und der BRD schließen Herbeck und Flitner (2010), dass in der EU am ehesten von einer zunehmenden, allgemeinen „Versicherheitlichung“ des Klimawandels gesprochen werden könne, da dort „(...) dezidiert militärische Perspektiven in der Auseinandersetzung mit dem Klimawandel von höchster Stelle sanktioniert wurden.“ (ebd.: 202). Migration spielt dabei eine untergeordnete, wenngleich wichtige Rolle. Die Auswirkung des Klimawandels auf das Migrationsgeschehen wird als eine von mehreren Konfigurationen konzipiert, durch die der Klimawandel seine destabilisierende Wirkung entfalten und somit die Sicherheit einzelner Mitgliedsstaaten, aber auch der Union im Ganzen gefährden könne:

“Some countries that are extremely vulnerable to climate change are already calling for international recognition of (...) environmentally-induced migration. Such migration may increase conflicts in transit and destination areas. Europe must expect substantially increased migratory pressure.” (EU High Representative and the European Commission 2008: 4)

Entsprechend wird gefordert, die Reaktion auf den Klimawandel nicht auf die klassischen Instrumente internationaler Klimapolitik zu beschränken, sondern die Mitigations- und Adaptationsanstrengungen der EU um Maßnahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu ergänzen (ebd.: 2). Wie eine solche Politik aussehen könnte wird nur knapp skizziert, wobei ein augenfälliger Schwerpunkt auf den Aufbau von Kapazitäten für Frühwarn- und Monitoringsysteme gelegt wird, die etwa satellitengestützte Informationen über sich entwickelnde Krisensituationen, Umweltdegradation und potentielle Migrationsbewegungen liefern könnten. Ein Folgebericht des EU-Außenbeauftragten stützt diese Befunde im Allgemeinen, und lieferte zudem interessante Einblicke über wahrgenommene geographische Schwerpunkte der Sicherheitsrisiken (EU High Representative 2008). Während der erste Bericht noch eine globale Perspektive einnimmt, konzentriert sich der *Follow-Up* auf Afrika (insbesondere auf die Sahel-Region sowie auf einzelne Länder West- und Ostafrikas), den

Maghreb und den Nahen Osten, sowie Zentralasien: das Mittelmeer wird als eindeutiger Hotspot der erwarteten Destabilisierungstendenzen konstruiert, mit entsprechenden, obschon unausgesprochenen Implikationen für die europäische Migrationspolitik.

Die Depolitisierung von Klimawandel und Migration in der EU

Die Analyse verschiedener Diskussionsstränge innerhalb der Institutionen der Europäischen Union zeigt, dass bislang weder klar ist, wo das Thema „Umweltmigration“ innerhalb des europäischen Politikbetriebes in Zukunft verortet, noch in welche konkreten Maßnahmen es übersetzt wird. Es scheint jedoch zumindest klar anschlussfähig an die Externalisierungstendenzen europäischer Migrationspolitik und an breitere Diskurse zu Migrationsmanagement, die darauf abzielen, die Bedingungen der Migration in die EU im ökonomischen und sicherheitspolitischen Sinne der Staaten zu bestimmen (Kasperek 2010: 137).

Die Versuche, inkludierende Elemente europäischer Migrationspolitik in „Klimaflucht“-Initiativen einzelner ParlamentarierInnen und NGOs zu stärken⁶, sind bislang von wenig Erfolg gekrönt. Im Gegenteil weicht die EU einer klaren Positionierung auf politisch-rechtlicher Ebene aus, wohl auch, um einen völkerrechtlichen Präzedenzfall zu vermeiden. Stattdessen setzt sie eher auf Einzelfalllösungen, die insbesondere in den Sphären humanitärer Reaktionen auf den Klimawandel und breiteren Entwicklungsdiskursen angesiedelt werden. Auch wenn sich somit eine grundsätzliche Bereitschaft der EU zur Kooperation mit den vom Klimawandel stärker betroffenen Regionen abzeichnet⁷, bleibt in diesen Bereichen zu bezweifeln, ob eine ausgewogene Auseinandersetzung mit dieser neuen Form der selbst (mit)verursachten Migration erfolgt, die dann Fragen der Klimagerechtigkeit in den Vordergrund rücken müsste. Das politische Umfeld, in denen die Diskurse der Union zu Umweltmigration angesiedelt sind und die Dominanz entwicklungs- oder gar sicherheitspolitischer AkteurInnen in den entsprechenden Debatten scheinen eher geeignet, in ihnen die theoretischen Verkürzungen der EU auf neoklassische Push-Pull-Modelle der Migration (Gassner 2010) zu bestätigen und damit der Fortführung eines präventiven Kurses

⁶ Auch hier werden exterritoriale Maßnahmen unter EU-Regie und damit zunehmend „dezentrierte“ Migrationspolitiken allerdings nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

⁷ So schreibt Harris (2006: 346f.): "(...) in the context of climate change, the EU has been more forthcoming than other countries with regard to recognizing its responsibilities and rhetorically supporting the equity demands of developing countries. (...) the EU and some of its member states are setting examples and following the principle of common but differentiated responsibility (...)"

in der europäischen Migrationspolitik, inklusive umstrittener exterritorialer Maßnahmen zur Migrationsabwehr und technokratischer Managementansätze in die Hände zu spielen. Die Überführung des Themas in eine entwicklungspolitisch-humanitäre Rahmung lagert die Problemlagen geographisch und politisch aus und verhindert gerade jene Politisierung des Diskurses, die den Anschluss an globale Gerechtigkeitsfragen erlauben würde. Die beobachtbare Ausblendung politischer Aspekte durch eine westliche Entwicklungszusammenarbeit, die nach Ferguson (1990) tendenziell als *anti-politics-machine* wirkt, lässt dann die entscheidenden Fragen von regionaler und globaler Verantwortung und Solidarität, sowie historischer und gegenwärtiger Machtbeziehungen und Abhängigkeitsverhältnisse in den Hintergrund rücken. Noch problematischer erscheint uns die sicherheitspolitische Rahmung des Themas, in der unmissverständlich in erster Linie Abwehrmaßnahmen gegenüber möglichen neuen Migrationsbewegungen nahegelegt werden.

Ein anderer Blick auf Klimawandel und Migration – die *legal anthropology of emergence*

Aus völkerrechtlicher Perspektive scheint es wahrscheinlich, dass der Umgang mit Umweltflüchtlingen in Europa, so sie denn überhaupt als solche identifizierbar sein werden, eher durch Ad-Hoc-Lösungen, „weichere“ Instrumente des Flüchtlingsrechts sowie nationalstaatliche Alleingänge, als durch eine gesamteuropäische oder gar globale Lösung gekennzeichnet sein wird. Wenn überhaupt wird die Etablierung völkerrechtlicher Regelungen des Phänomens eher aus *bottom-up*-Prozessen erwachsen, die in Europa und anderswo vonstatten gehen (de Moor und Cliquet 2009: 15). Dies wirft interessante Fragen auf, deren Analyse sich auf Konzepte einer *legal anthropology of emergence* stützen könnte. Dieses Konzept, das wir in diesem Artikel einführen und in den nächsten Jahren empirisch füllen und analytisch schärfen möchten, verbindet die theoretische Perspektive des *legal pluralism* (siehe z.B. Merry 1988) mit Aspekten der *sociology of emergence* von de Sousa Santos und Rodríguez, die vor allem *bottom-up* Prozesse in der Rechtsbildung in den Blick nehmen (2005). Anschließend an das Konzept des *legal pluralism*, soll die *legal anthropology of emergence* dabei unter anderem herausarbeiten, welche Rechtsquellen AkteurInnen im Kontext des Klimawandels nutzen und weiterentwickeln und wie diese eingesetzt und vor Ort interpretiert werden. In welcher Weise universelle Konzepte wie die Menschenrechte, kulturelle Rechte oder das Umweltrecht, aber auch postkolonial geprägte politische Ideen, auf die sich Debatten um „Klimagerechtigkeit“ beziehen, in unterschiedlichen Foren im Kampf

um neue Rechte und Ressourcen für UmweltmigrantInnen verwendet, modifiziert und entwickelt werden (vgl. Merry 1997), wird untersucht und analysiert. Die Sprache des Rechts wirkt dabei nicht nur als neutrales Medium in gesellschaftlichen Kämpfen, sondern ist immer auch „Technologie der Macht“ (Buckel u.a. 2009: XV), die selbst als Machtressource genutzt wird und die es in Konflikten auf der eigenen Seite zu haben und im passenden Moment zu mobilisieren gilt (von Benda-Beckmann und von Benda-Beckmann 2006: 24).

Die zunehmende Komplexität rechtlicher und politischer Entscheidungsfindungsprozesse, die durch intensiviertere Interaktionen des Lokalen und des Globalen, die wachsende Dynamik und Komplexität technologischer und wissenschaftlicher Entwicklungen und durch deren Auswirkungen entsteht, erfordert dabei neue Forschungszugänge, die diese Prozesse in ihrer Entstehung sichtbar machen und analysieren. Kirsten Hastrup plädiert in diesem Band für neue Wege in der sozialtheoretischen Konzeptualisierung von „locality, sociality and connectivity“ (Hastrup, dieser Band (Manuskript S.1)), da im Kontext des anthropogenen Klimawandels bisherige Theorien unterkomplex erschienen. Mit der *legal anthropology of emergence* möchten wir diesen Vorschlag konkret umsetzen und den Blick im Bereich der Rechtsanthropologie auf soziale Prozesse richten, die sich aus den Folgen des Klimawandels ergeben und die neue Fragen für die Forschung aufwerfen.

Bill Maurer (2005) nutzt für die Untersuchung neuer sozialer Anordnungen mit vielfältigen lokalen und globalen Verflechtungen, die unterschiedliche, oft inkongruente Wissenskulturen aufeinander beziehen (vgl. Fischer 2005: 56) den Begriff der Emergenz. Mit diesem Begriff könnten soziale Prozesse in ihrer Entstehung und Entwicklung erfasst und vor allem die hybriden Forschungsfelder der heutigen Anthropologie, die naturwissenschaftliche ebenso wie gesellschaftliche Fragen aufwerfen und die an den Schnittstellen von Natur und Kultur komplexe *knowledge formations* hervorbringen (Maurer 2005: 4), besser beschrieben und analysiert werden. Der Emergenz-Begriff kann auch für den Entwurf einer *legal anthropology of emergence* nutzbar gemacht werden: Im Zusammenhang mit dem Klimawandel sind es vor allem die Dimension des raschen Wandels, der für manche Regionen als verheerend beschrieben wird, die Komplexität und Dominanz von ExpertInnenwissen und die Unsicherheit, die mit diesem Wissen verbunden ist, die für die Entwicklung von Normen und Rechten und für Entscheidungsfindungsprozesse neue Bedingungen schaffen, die noch kaum untersucht sind. Auch die zeitlich und geographisch weit auseinander liegenden Ursachen und

Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels verändern die Voraussetzungen dieser Rechtsentwicklungen.

Die Prognosen von Klimawissenschaftlern spielen dabei nicht nur in den sicherheitspolitischen Überlegungen von EntscheidungsträgerInnen eine große Rolle. Auch ökonomische, infrastrukturelle und andere politische Entscheidungen und Planungen beruhen auf der Klimawissenschaft und ihren Einschätzungen und werden von dieser maßgeblich beeinflusst. Es ist noch kaum absehbar in welcher Weise, mit welchen unterschiedlichen Zielen und vor allem mit welchem Ausgang sich die vielfältigen Interessen, AkteurInnen und Wissensgemeinschaften, die sich kreuzen und die neue Ansprüche aufwerfen, die sich auf zeitlich und geographisch weit entfernte AkteurInnen beziehen, entwickeln werden. So sind zum Beispiel die Auswirkungen und die politischen Implikationen der Unsicherheiten der Klimaforschung für die oft weit in die Zukunft weisenden Entscheidungsfindungsprozesse (Fischer 2005: 56) noch kaum erforscht. Die Wahrung der Interessen von und die Folgen für heutige und künftige Generationen müssen hier eingeschätzt und abgewogen werden, was auch umfassende ethische Implikationen hat (vgl. Hillerbrand 2006). Neues Wissen im Bereich Klimawandel wirft somit auch neue ethische Fragen auf, deren Beantwortung sich nur indirekt auf Traditionen oder allgemeine menschliche Erfahrungen und Werte beziehen kann (vgl. Collier und Lakoff: 25), da diese Fragen durch ihre Reichweite, ihre Komplexität und Ungewissheit eine neue Qualität haben. Das Wissen um den Klimawandel schafft damit neue Verantwortlichkeiten, Handlungsdruck und auch neue Handlungsoptionen für EntscheidungsträgerInnen. Diese neuen Bedingungen und Kontexte von Politik- und Rechtsentwicklungen, die immer mehr durch ExpertInnenwissen determiniert sind, ExpertInnenwissen erfordern und doch schon per se durch Unsicherheit geprägt sind, müssen untersucht und analysiert werden. Auch die Folgen und Nebenfolgen der Politik- und Rechtsentwicklungen, die unter diesen neuen Bedingungen entstehen, sind zu erforschen. Die *legal anthropology of emergence* kann, da sie prozessual geprägt ist und verschiedenste AkteurInnen, Ebenen und Rechtsquellen in den Blick nimmt, sowohl rechtliche Veränderungen innerhalb und außerhalb von rechtsschaffenden Institutionen ethnographisch beschreiben, als auch die Interpretationen der Klimawandeldiskurse vor Ort und deren Umsetzung in neue Normen, Forderungen und schließlich Rechte in den Blick nehmen. Auch das hochpolitisierte Umfeld der Klimawissenschaft selbst (Krauss 2009) ist dabei ein Aspekt, der in die Analyse einbezogen wird.

Das Thema Umweltmigration erscheint hierbei wie ein Brennglas, das neue gesellschaftliche und wissenschaftliche Formationen und Fragen hervorbringt, die zuvor nicht existierten und die neue Forschungsperspektiven nötig machen. Gesellschaftliche Prozesse „in the making“ wie die immer mehr verflochtene Interaktion von Wissenschaft und Politik, die kaum noch transparent ist, neue Formen der Staatlichkeit, der Solidarität und des Rechts können dabei mit der Perspektive der *legal anthropology of emergence* analysiert und weiterentwickelt werden.

Im folgenden Abschnitt wird die Perspektive unseres Artikels anhand von ersten Forschungsreisen in den Pazifikraum regional erweitert. Damit wird eine weitere multilokal geprägte Aushandlungsarena (von Benda-Beckmann u.a. 2005: 9) im Bereich Umweltmigration in den Blick genommen, wo auf Grund der beträchtlichen prognostizierten Auswirkungen des Klimawandels auf die Region die Diskussionen um Umweltmigration schon konkreter geführt werden als innerhalb der Europäischen Union.

Decentering Europe – neue Rechte und Ressourcen für UmweltmigrantInnen im Pazifikraum

Die angenommenen Umweltveränderungen und antizipierten Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels führen im Pazifikraum bereits heute zu intensiven Debatten um Migration und Umsiedlungen. Einige Umweltveränderungen, die zukünftig erwartet werden, sind häufigere und stärkere Sturmfluten, die Erosion der Küsten und die Versalzung der Süßwasservorräte wie auch der landwirtschaftlich genutzten Böden. Schon heute nehmen Überschwemmungen zu (Mimura u.a. 2007). Bis 2100 wird mit einem globalen Meeresspiegelanstieg von bis zu 124 cm gerechnet (Rahmstorf 2010), einige ForscherInnen sprechen sogar von über 200 cm (Grinsted u.a. 2010). Inselstaaten wie die Republik Kiribati, Tuvalu und die Marshall Inseln liegen zum Teil weniger als einen Meter über dem Meeresspiegel und ihre Küsten sind dicht besiedelt. Die Umweltveränderungen könnten die Inseln mittel- bis langfristig unbewohnbar machen und die Souveränität einiger Atoll-Staaten bedrohen (Barnett und Adger 2003; Kempf, 2009: 191; Risse 2009). Der zeitliche Horizont

und die Vorhersage genauer ökologischer Auswirkungen sind jedoch von Unsicherheiten und möglichen Abweichungen geprägt (Storey und Hunter 2010: 172). Mit der wachsenden Zahl der Anpassungsprojekte an den Klimawandel, die in der Region durchgeführt werden, hat auch die Arbeit sogenannter *knowledge broker* (Merry 2006: 40) an Bedeutung gewonnen, die den Klimawandel und dessen Folgen vor Ort erklären und zwischen den unterschiedlichen AkteurInnen in der Projektarbeit und darüber hinaus vermitteln sollen. Nahezu alle Institutionen, die diese Projekte durchführen, wie z. B. Kirchengemeinden und Kirchenorganisationen, NGOs und Regierungsorganisationen beschäftigen sogenannte *Consultants*, die in dieser Schnittstellenposition großen Einfluss haben.

Die Republik Kiribati, ein aus 32 Atollinseln bestehender Inselstaat im zentralen Pazifik mit ca. 110.000 EinwohnerInnen, hat bislang auf Grund der Prognosen der Klimawissenschaft die konkretesten Migrationsstrategien auf internationaler Ebene entwickelt und führt verschiedene Verhandlungen, um diese umzusetzen. Auf Grund der Prognosen plant die Regierung von Kiribati einen langfristigen Auszug aller Bürger, den *I-Kiribati* genannten Einwohnern der Inseln. Dieser Auszug hat schon jetzt begonnen und er soll trotz der etwaigen Notwendigkeit, Kiribati zu verlassen und die Staatsangehörigkeit aufzugeben, „in Würde“ und selbstbestimmt geschehen: „migrate with dignity“ heißt die Devise und die Strategie der Regierung, die schon jetzt in allen internationalen, vor allem regionalen, Verhandlungen zum Tragen kommt. Neben rechtlichen und politischen Fragen und Konflikten rund um Migrations- und Umsiedlungsprojekte der BewohnerInnen Kiribatis, sind auch Fragen der Souveränität und der Zukunft der *Ausschließlichen Wirtschaftszone*⁸ (*Exclusive Economic Zone* – EEZ) Kiribatis völlig offen (siehe dazu z.B. Esteban und Yamamoto 2010). Bei der Suche nach Lösungen für betroffene MigrantInnen in der Region wird auf unterschiedlichen rechtlichen und politischen Ebenen diskutiert und staatliche und nicht-staatliche AkteurInnen einbezogen. Regierungen der Inselstaaten, regionale Organisationen wie das Pacific Island Forum (PIF), NGOs, Internationalen Organisationen und nicht zuletzt religiöse Institutionen sind hier aktiv und ziehen verschiedene rechtliche Felder wie Menschenrechte oder die Rechte indigener Völker, aber auch *soft-law*-Ansätze wie z.B. humanitäre Appelle und Deklarationen heran, um die Bedürfnisse heutiger und zukünftiger Umwelt- und KlimamigrantInnen abzudecken. Ebenso werden unterschiedliche politische Instrumente wie

⁸ Die Ausschließliche Wirtschaftszone erstreckt sich laut des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 von der Küstenlinie bemessen über 200 Seemeilen (ca. 370 km) in die Gewässer. Hier kann der Küstenstaat bestimmte souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse wahrnehmen, vor allem das Recht zur wirtschaftlichen Ausbeutung wie des Fischfangs.

die Gründung von Anpassungs- und Flüchtlingsfonds oder regionale Programme zur Arbeitsmigration verhandelt.

Dieser regionale Aushandlungsprozess im Pazifikraum, die Möglichkeiten und Grenzen verschiedener Strategien und Allianzen, wurde mit Hilfe von mehrmonatigen Feldforschungsaufenthalten der Autorin Silja Klepp in Vanuatu, Kiribati und Neuseeland in den Jahren 2010 und 2011 untersucht. Die Untersuchungen stützten sich vor allem auf Interviews und informelle Gespräch mit RegierungsmitarbeiterInnen der Länder, MitarbeiterInnen von Internationalen Organisationen und NGOs und weiteren AkteurInnen der Internationalen Zusammenarbeit. Im Folgenden sollen nun verschiedene Aspekte der Aushandlungsprozesse um neue Rechte und Ressourcen für UmweltmigrantInnen, die vor allem die Regierung von Kiribati und deren MitstreiterInnen, wie zum Beispiel NGOs, vorantreiben, vorgestellt werden. Auf Grund der Kürze der Forschungsaufenthalte sollten die Ergebnisse allerdings als vorläufig angesehen werden. Es zeigt sich, dass auch die Debatten vor Ort und etwaige Ansätze für neue Migrations- und Anpassungsstrategien untrennbar mit Vorstellungen zu globaler Klimagerechtigkeit, Diskursen um ungleiche Nord-Süd-Beziehungen und der Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe verbunden sind.

Der Pazifikraum als Aushandlungsarena

Kiribati ist mit den vielfältigen Auftritten des Präsidenten und seiner Mitarbeiter als „*climate change poster child*“⁹ in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gerückt. Vor allem der seit 2003 regierende Präsident der Insel, Anote Tong, wendet sich in unterschiedlichen globalen und regionalen Foren mit Appellen an die Weltgemeinschaft, ihre Treibhausgase zu vermindern und Verantwortung für die Geschehnisse der Insel als „Opfer des Klimawandels“ und für die Klimaflüchtlinge Kiribatis zu übernehmen (BBC 2009). So erklärte Tong am Weltumwelttag der Vereinten Nationen im Juni 2008 in Wellington, Neuseeland:

„None of the atolls that make up our country are more than two metres above sea level. We will be submerged by the end of the century, as things stand right now. [...] But what happens before is equally devastating. Entire villages are being relocated as

⁹ Dieser Ausdruck wurde immer wieder in Gesprächen benutzt, die Silja Klepp mit MitarbeiterInnen der Internationalen Zusammenarbeit beim Feldaufenthalt in Kiribati im Frühling 2011 führte.

the sea encroaches upon the land. People are being asked to move from places that have been home for them. It's a human tragedy." (Nair 2008)

Auf Grund des von McNamara festgestellten globalen Stillstandes in den Verhandlungen zu Klimawandel und Migration (2007) – eine Einschätzung, die wir teilen – suchen transnational und regional geprägte Allianzen nach Regelungen und Ausgleich im Bereich Klimawandel, Entwicklung und Migration. Dies sind zum Beispiel die Organisationen der *Alliance of Small Island States* (AOSIS) und der Gruppe der *Small Island Developing States* (SIDS). Hier ist die *Malé Declaration on Global Warming and Sea Level Rise* zu nennen, die schon 1989 verabschiedet und 2007 von Seiten der SIDS als *Malé Declaration on the Human Dimension of Global Climate Change* (Alliance of Small Island States 2007) neu aufgelegt wurde. Die *Malé Declaration* fordert im Rahmen der Klimawandel-, Migrations- und Gerechtigkeitsdebatte Solidarität und Aufnahmeverpflichtungen der Industrieländer ein. Auch die Erklärungen der SIDS und der AOSIS betonen, dass ihre Mitgliedsländer verhältnismäßig wenig zum Klimawandel beigetragen hätten, nun aber stark von dessen Konsequenzen betroffen seien. Sie fordern, dass sie nun mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet werden sollen, um die Folgen des Klimawandels selbstbestimmt bewältigen zu können und ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Die Regierung von Kiribati ist in diesen Foren sehr aktiv. Mit dem Anspruch der „Klimagerechtigkeit“ werden dabei auch im Rahmen von Finanztransfers zunehmend Ressourcen für besonders vom Klimawandel betroffene Länder bereitgestellt (Tanner und Allouche 2011: 4). In Kiribati wird seit 2003 durch Gelder des *Global Environment Facility* (GEF) und anderer Internationaler Organisationen und Geber das *Kiribati Adaptation Project* (KAP) finanziert, das Infrastruktur- und Sensibilisierungsprogramme zur Anpassung an den Klimawandel durchführt. Gerade im Bereich der *soft-law*-Instrumente, definiert nach Francis Snyder als „those rules of conduct which, in principle, have no legally binding force but which nevertheless may have practical effect“, (Snyder zit. n. Zerilli 2010: 7) versucht die *legal anthropology of emergence* sichtbar zu machen, dass es eine wachsende Anzahl entsprechender Instrumente im diskutierten Bereich gibt, deren Wirkung nicht immer unmittelbar in verbrieften Rechten zu suchen ist, die aber dennoch mittelbar eine breite Wirkung entfalten können, wie sich auch im Folgenden zeigt.

Neben den Aufrufen an die Weltgemeinschaft, ihrer Verantwortung nachzukommen und im Sinne der Klimagerechtigkeit neue Rechte für KlimamigrantInnen zu entwickeln und

Ressourcen für diese bereitzustellen, wendet sich Tong auch mit direkten Appellen an Anrainerlande des Pazifiks wie Australien und Neuseeland, um Migrationsprogramme in die Wege zu leiten. Einen humanitär begründeten Flüchtlingsstatus als Grundlage für ihre Zukunft lehnen die Menschen in Kiribati und deren Regierung um Präsident Tong jedoch ab, ein Leben in Flüchtlingszentren und in Abhängigkeit der Aufnahmegesellschaft halten sie für nicht hinnehmbar.¹⁰ Bei den Lösungsansätzen für Kiribati setzt Tong hingegen auf langfristige Planung, „so that when people migrate, they will migrate on merit and with dignity,“ (zit. nach Risse 2009: 281).

Neuseeland hat auf Drängen der Inselstaaten des Pazifiks seit 2002 unter dem Namen *Pacific Access Category* eine jährliche Quote für die Pazifikinseln Kiribati, Tuvalu und Tonga zur Arbeitsmigration geschaffen. Jährlich können auf diese Weise 75 MigrantInnen aus Kiribati mit ihren Familien nach Neuseeland übersiedeln (Immigration New Zealand 2005). Des Weiteren wurden Arbeitsprogramme aufgelegt, vor allem im Bereich der Erntearbeit (*Recognised Seasonal Employment* - RSE). Die hier saisonal arbeitenden *I-Kiribati* haben perspektivisch die Möglichkeit, sich in Neuseeland niederzulassen. Anders als in Europa wird hier diese Form der zirkulären Migration als ein Weg zur dauerhaften Migration anerkannt.¹¹ Zwischen den Volkszählungen 2001 und 2006 stieg die Anzahl der in Neuseeland lebenden *I-Kiribati* auf diese Weise um 72% auf 1.116 an (Bedford und Bedford 2010: 107), was bei einer Gesamtbevölkerung von 110.000 *I-Kiribati* eine beachtliche Zahl ist. In Australien, das insgesamt noch zögerlicher als Neuseeland auf die Appelle Kiribatis‘ reagiert,¹² wurde ein Ausbildungsprogramm für Krankenschwestern aus Kiribati geschaffen, die anschließend in Australien arbeiten können (*Kiribati Australia Nursing Initiative* - KINA). Weitere Vereinbarungen und Programme sind geplant, so wird zurzeit auch mit Kroatien ein Arbeitsprogramm im Tourismusbereich und mit Kanada im Dienstleistungsbereich verhandelt.¹³ Diese Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen und die InformantInnen des Ministeriums waren an dieser Stelle zu Stillschweigen bezüglich der Details verpflichtet.

¹⁰ Interview von Silja Klepp mit Scott Leckie, Direktor der NGO *Displacement Solutions*, am 04.04.2011 in Melbourne, Australien. *Displacement Solutions* berät die Regierungen von Kiribati und Papua Neu Guinea zu Fragen der Klimawandelmigration.

¹¹ Interview von Silja Klepp mit Ken Graham, neuseeländischer Parlamentsabgeordneter, Green Party am 18.05.2011 in Wellington, Neuseeland.

¹² Ebd.

¹³ Interview von Silja Klepp mit mehreren MitarbeiterInnen des Arbeitsministeriums von Kiribati am 20.04.2011 in Bairiki in einem Sitzungssaal des Ministeriums.

Kiribati bezeichnet diese Migrationsprogramme ausdrücklich als Strategie zur Anpassung an den Klimawandel,¹⁴ die Aufnahmeländer möchten jedoch explizit keinen Bezug zwischen diesen Programmen und Umweltmigration herstellen. Auf der Homepage des neuseeländischen Außenministeriums wird jede Verbindung zu Zugeständnissen auf Grund des Klimawandels ausdrücklich dementiert:

“New Zealand does not have an explicit policy to accept people from Pacific island countries due to climate change. [...] New Zealand has no such arrangement with any [...] Pacific Island.” (Immigration New Zealand 2005)

Dennoch zeigt dieses offizielle Dementi, wie brisant und präsent die Debatten um Klimamigration und die Aufnahme von KlimamigrantInnen im Pazifikraum sind, wenn auch mit Neuseeland und Australien noch keine offiziellen Abkommen unter dem *label* „Klimamigration“ zustande gekommen sind.

In Bezug auf Umsiedlungsprojekte, die größere Gemeinden und *communities* umfassen könnten, haben VertreterInnen der Republik Fidschi am Rande der UNFCCC Verhandlungen in Kopenhagen 2009 angekündigt, dass der Inselstaat bereit sei, Menschen aus Kiribati aufzunehmen (Bedford und Bedford 2010: 90). Ein Vorteil könnte hier sein, dass ein Erhalt kultureller Dimensionen Kiribatis‘ auch außerhalb des Staatsgebiets durch die gemeinsame Umsiedlung und auf Grund ähnlicher Klima- und Lebensverhältnisse in Fidschi gewährleistet werden könnte, was von den *I-Kiribati* immer wieder als wichtig hervorgehoben wird. Dabei wird auf die kulturellen Rechte indigener Völker und deren Schutz rekurriert. Noch für das Jahr 2012 ist ein *Memorandum of Understanding* bezüglich des Themas Migration und Klimawandel mit der Regierung von Fidschi geplant. Die Regierung von Fidschi hat damit bezüglich regionaler Lösungen für UmweltmigrantInnen eine führende Rolle in der Debatte eingenommen. Die Regierung unter Frank Bainimarama, die im Jahr 2006 durch einen Putsch des Militärs an die Macht gelangte, erhofft sich von dieser Geste in Richtung Kiribatis und der Region wohl auch mehr regionale und internationale Anerkennung.¹⁵

In den Verhandlungen mit der Regierung von Fidschi schließt die Strategie Kiribatis zum Teil an historische Migrationsbewegungen und aktuelle, postkolonial geprägte Diskurse in

¹⁴ Interview von Silja Klepp mit Baatetake Tatoa, Referatsleiterin im Arbeitsministerium von Kiribati, am 20.04.2011 in Bairiki, South Tarawa, Kiribati.

¹⁵ Interview von Silja Klepp mit Scott Leckie, Direktor der NGO *Displacement Solutions*, am 04.04.2011 in Melbourne, Australien.

Ozeanien an. Der Vordenker postkolonialer Ideen im Pazifikraum, Epi Hau‘ofa, hat das vorkoloniale Ozeanien als Begegnungsraum fähiger Seeleute, als „sea of islands“ konzeptualisiert (Hau‘ofa 1993), wo keinerlei nationalstaatliche Grenzen die Bewegungsfreiheit der InselbewohnerInnen einschränkten. Historisch sei der Pazifikraum ein Wirtschafts- und Heiratsraum gewesen, in dem rege Reise- und Umsiedlungstätigkeiten erst durch die Kolonialmächte stark eingeschränkt worden seien. Diese hätten ein bis heute wirkendes Bild von Ozeanien geschaffen, das von isolierten, rückständigen und abgelegenen Inselstaaten, den „islands in a far sea“, ausgehe. Die Idee des „neuen Ozeaniens“ nach Hau‘ofa, projiziert hingegen den Ozean als eine Verbindung zwischen den Inseln, stellt die Trennlinien der nationalstaatlichen Grenzziehung durch die Kolonialmächte in Frage und befördert damit seit den 1990er Jahren ein neues, postkoloniales Selbstverständnis Ozeaniens (Kempf 2009: 194).

Der deutsche Sozialanthropologe Wolfgang Kempf fragt vor diesem Hintergrund, wie das Konzept Epi Hau‘ofas heute im Zuge der erwarteten starken Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels für die Inseln des Pazifiks nutzbar gemacht werden kann. Im Anschluss an Lazrus (2009) unterstreicht er die Notwendigkeit, die speziellen Fähigkeiten, Erfahrungen und Netzwerke der Menschen in Ozeanien gerade im Bereich der Anpassung an den Klimawandel anzuerkennen und einzusetzen (Kempf 2009: 195). Viel zu häufig würden *top-down*-Ansätze in den inzwischen unzähligen Anpassungsprojekten an den Klimawandel im Pazifikraum zum Tragen kommen, die kulturelle und regionale Aspekte außer Acht ließen und dadurch oftmals die selbst gesteckten Ziele verfehlten und die Situation vor Ort sogar verschlechtern würden (ebd.).

Im Kontext der Debatten um Klimamigration und Klimagerechtigkeit noch einen Schritt weiter gehend mehrten sich die Stimmen im Pazifikraum, die an vorkoloniale, supranationale Migrations- und Siedlungsbewegungen im Pazifikraum anknüpfen möchten. Um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern, fordern sie eine neue, transnationale Solidarität und Einheit für den Pazifikraum. Ein Beispiel für neue Bewegungen, die in diese Richtung argumentieren, ist das *Pacific Voyaging*. Hier wird an die traditionsreiche, grenzüberschreitende Seefahrt im Pazifikraum angeknüpft und durch die Formierung großer Segler-Gruppen, die verschiedene Länder im Pazifik anlaufen, auf die Folgen des Klimawandels und andere Umweltprobleme aufmerksam gemacht (Farbotko 2012). Eine weitere Forderung, die an postkoloniale Argumentationslinien anknüpft, sieht eine doppelte

Verantwortung der ehemaligen Kolonialländer: Da sie sowohl den anthropogenen Klimawandel verschuldet hätten, wie auch Ungleichheit und Unrecht, das durch die Zeit des Kolonialismus entstanden sei, seien die Kolonialländer verpflichtet, die BewohnerInnen der bedrohten Pazifikinseln aufzunehmen (vgl. Campbell 2010: 25). Hier werden politische Argumente angeführt, die sich auf die Kolonialzeit beziehen und die an globale Diskurse anschließen, mit denen auch rechtliche Forderungen einhergehen.

Insgesamt werden vor dem Hintergrund des Klimawandels heute Möglichkeiten einer immer fragmentierteren rechtlichen Landschaft genutzt: Die zentralen AkteurInnen, vor allem die Regierung Kiribatis, aber auch Berater und transnationale Netzwerke und NGOs, die als *knowledge broker* und InteressenvertreterInnen auftreten, beziehen sich auf Ordnungskonzepte, die wie beispielsweise die Menschenrechte globale Reichweite haben und moralisch argumentieren. Diese „Universalien“, die den Kern zeitgenössischer humanistischer und humanitärer Projekte bilden (Tsing 2005: 7) werden im Kontext von Klimawandeldebatten als Forderungen nach „Klimagerechtigkeit“ immer entscheidender. Die Interviews auf Kiribati im April 2011 zeigen, wie präsent der Diskurs um „Klimagerechtigkeit“ in Kiribati ist: Kaia Miller, Mitarbeiterin des Umweltministeriums, stellte in diesem Kontext fest: „The head of the unit, the minister actually said that [...] ‘Australia should buy us this and that, because climate change is all their fault’.”¹⁶ Hier werden Verantwortungszuschreibungen für den Klimawandel und dessen Auswirkungen deutlich, mit denen finanzielle und rechtliche Forderungen verbunden sind. Der Erfolg und die Umsetzung dieser Forderungen und Verhandlungen sind dabei noch völlig offen. Sie sollen von uns durch weitere Forschungen im Pazifikraum sowie der Weiterentwicklung der *legal anthropology of emergence* in den nächsten Jahren jedoch eng begleitet werden.

Ausblick – *decentering and repoliticizing climate change*

In den beiden beschriebenen Aushandlungsarenen (von Benda-Beckmann u.a. 2005: 9) haben sich grundsätzliche Unterschiede in der Behandlung der Debatte zu Umwelt- und Klimamigration gezeigt. Abgesehen von vereinzelt Vorstößen von Einzelpersonen und Organisationen nimmt sich die EU der Thematik unter ganz bestimmten Vorzeichen an: Das

¹⁶ Interview von Silja Klepp mit Kaia Miller, Mitarbeiterin im Umweltministerium von Kiribati, am 14.04.2011 in ihrem Büro. Der Name wurde auf Wunsch geändert.

Phänomen wird primär als Anpassungsdefizit in betroffenen Regionen konzipiert und damit zum einen klar als entwicklungspolitisches Thema begriffen, zum anderen aus dem Hoheitsgebiet der Union weitgehend ausgelagert. Zwar wird eine Mitverantwortung der Länder der EU für Problemlagen, die sich aus dem globalen Klimawandel ergeben nicht grundsätzlich bestritten, jedoch soll diesen vor Ort begegnet werden. Die restriktive europäische Asyl- und Migrationspolitik bleibt dann von möglichen neuen Ansprüchen und Forderungen, etwa nach konkreten Aufnahmeszenarien und einer inkludierenden Mittelmeerpolitik unberührt. Im Gegensatz dazu zeigen die Debatten in Kiribati, dass dort das heutige und das antizipierte Migrationsgeschehen bereits wesentlich weitreichendere Fragen aufwerfen. Hier verharrt die Debatte nicht in entwicklungs- und sicherheitspolitischen Verkürzungen, sondern beschäftigt sich konkret mit Fragen der Klimagerechtigkeit und schließt damit auch dezidiert migrations-„freundliche“ Perspektiven und grundsätzliche Infragestellungen bisheriger nationalstaatlicher Grenzziehungen mit ein. Gleichzeitig bleibt kritisch anzumerken, dass einige der ausgehandelten Arbeitsprogramme in Ozeanien im Grunde höchst anschlussfähig an Diskurse der „Nutzbarmachung“ von Migration sind, sowohl für die Ursprungsregionen im globalen Süden, als auch und gerade auch für die Ökonomien der OECD-Länder (Felli und Castree 2012).

Es ist dabei offen, ob und in welcher Weise regionale Antworten und Lösungen für KlimamigrantInnen, die im Pazifikraum zurzeit forciert werden, überhaupt die beste Möglichkeit darstellen. Die oben erwähnten Debatten um Klimagerechtigkeit unterstreichen immer wieder den originär globalen Charakter des Themas anthropogener Klimawandel und seiner sozialen Auswirkungen (Boncour und Burson 2009: 19). Insgesamt lassen die jetzigen Aushandlungsprozesse jedoch auch immer wieder eine Verschiebung erkennen, die sich z.B. in manchen Verhandlungsforen beobachten lässt: Kiribatis Stimme hat auf der Weltbühne an Einfluss gewonnen und statt sich ausschließlich in der Rolle des Opfers von Klimawandel zu sehen, gelingt es der Regierung, Effekte durch die verhandelten Migrationsprogramme zu erzielen, die günstige Auswirkungen auf die Situation der *I-Kiribati* haben könnten, wie z.B. die neuen Ressourcen des GEF (*Global Environment Facility*) und auch die *Remittances* aus den Arbeitsprogrammen, die schon angelaufen sind.

Sicherlich kommt es in Zukunft für Kiribati und andere Inseln im Pazifikraum darauf an, für die Findung langfristiger, für unterschiedliche Menschen passender Zukunftsoptionen eine Vielfalt an Migrationsstrategien zu erproben (Bedford und Bedford 2010: 93). Dass dabei

nicht alle Strategien, die jetzt schon von Kiribati verfolgt werden, einen emanzipatorischen Ansatz verfolgen, zeigt sich auch in den z. T. zirkulär angelegten Arbeitsprogrammen, die Kiribati derzeit mit Neuseeland und Australien ausarbeitet.

Mit Blick auf das Ringen der EU-Länder und der EU-Institutionen, die die Tendenz erkennen lassen, das Thema Klimawandel und Migration auch in Zukunft vornehmlich entwicklungs- und sicherheitspolitisch zu rahmen und mit Blick auf die Bemühungen Kiribatis, die Klimagerechtigkeit immer wieder zu thematisieren und zu einem wichtigen Argument zu machen, erscheint uns auch gemäß unserer Überlegungen zur *legal anthropology of emergence* eine stärkere Hinwendung zu machtsensiblen Fragestellungen und zur Berücksichtigung von Perspektiven und Interpretationen des Klimawandels vor Ort wichtig. Dies gilt sowohl in den Debatten und in der Forschung zu Klimawandel und Migration, als auch allgemeiner in den Diskussionen und Untersuchungen zur Anpassung an den anthropogenen Klimawandel. Mit Hilfe einer postkolonialen, dezentrierenden Perspektive sollen so strukturelle und ökonomische Aspekte berücksichtigt und sichtbar werden, die im Kontext des Klimawandels, oft beruhend auf ExpertInnenmeinungen, als unpolitisch und vermeintlich objektiv und somit nicht verhandelbar gelten. *Decentering climate change* heißt deshalb, einerseits gerade im Kontext des Klimawandels die Aufmerksamkeit auf Rechts- und Entscheidungsfindungsprozesse zu richten, die vom globalen Süden und von AkteurInnen ausgehen, die keine ExpertInnen sind. Zudem sollte die Analyse nicht um politische und ethische Fragen verkürzt werden, die Konzeptualisierung der Forschungsfelder muss hingegen im Kontext des Klimawandels eine Dezentrierung und Erweiterung erfahren, um komplexen Themen wie Umweltmigration gerecht zu werden. Die Versuche innerhalb der europäischen Debatten, gerade durch den Entwicklungs-*frame* die dem Thema eigentlich immanenten Aspekte der Klimagerechtigkeit zu umgehen und die Tendenz der Industrieländer, Verantwortlichkeiten für die sozialen Folgen des Klimawandels nicht anzuerkennen, sollten durch diese Forschungen deutlicher werden. In dieser Weise könnten Handlungsoptionen und neue Spielräume für eine verantwortliche und solidarische Migrations- und Klimapolitik sichtbar werden.

Literatur

- Alliance of Small Island States (2007): *Male' Declaration on the Human Dimension of Global Climate Change*, URL: http://www.ciel.org/Publications/Male_Declaration_Nov07.pdf [Aufgerufen am 20.02.2012].
- Ammer, Margit, Manfred Nowak, Lisa Stadlmayr & Gerhard Hafner (2010): *Rechtsstellung und rechtliche Behandlung von Umweltflüchtlingen*, (Texte 54/2010), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Andrijasevic, Rutvica, Manuela Bojadnjev, Sabine Hess, Serhat Karakayalb, Efthimia Panagiotidis & Vassilis Tsianos (2005): Turbulente Ränder. Konturen eines neuen Migrationsregimes im Südosten Europas, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 35 (3), 345-362.
- Barnett, Jon & W. Neil Adger (2003): Climate dangers and atoll countries, in: *Climatic Change*, 61, 321-337.
- Barnett, Jon & Campbell, John (2010): *Climate change and Small Island States: power, knowledge and the South Pacific*, London: Earthscan.
- Bates, Diane C. (2002): Environmental Refugees? Classifying Human Migrations Caused by Environmental Change, in: *Population & Environment*, 23 (5), 465-477.
- BBC (2009): *The President's Dilemma: Should Kiribati's President Anote give in to climate change?*, Film produziert von International Fund for Agricultural Development (IFAD), zuerst gezeigt im Programm "Life on The Edge", 2. September 2009.
- Bedford, Richard & Charlotte Bedford (2010): International Migration and Climate Change: A post-Copenhagen perspective on options for Kiribati and Tuvalu, in: Burson, Bruce (Hg.) *Climate Change and Migration - South Pacific Perspectives*. Wellington, New Zealand: Institute of Policy Studies, 89-134.
- Biermann, Frank (2001): Umweltflüchtlinge. Ursachen und Lösungsansätze, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 12, 24-29.
- Black, Richard (2001): *Environmental refugees - myth or reality?* (New Issues in Refugee Research: Working Paper 34), Geneva: United Nation High Commissioner on Refugees.
- Boano, Camillo, Roger Zetter & Tim Morris (2008): *Environmentally displaced people. Understanding the linkages between environmental change, livelihoods and forced migration*. (Forced Migration Policy Briefing 1), Oxford: Refugee Studies Centre, Oxford Department of International Development.
- Boncour, Philippe & Bruce Burson (2009): Climate Change and Migration in the South Pacific Region: Policy Perspectives, in: Burson, Bruce (Hg.) *Climate Change and Migration - South Pacific Perspectives*. Wellington, New Zealand: Institute of Policy Studies, 5-28.
- Buckel, Sonja, Ralph Christensen & Andreas Fischer-Lescano (2009): Einleitung: Neue Theoriepraxis des Rechts, in: Buckel, Sonja, Ralph Christensen & Andreas Fischer-Lescano (Hg.) *Neue Theorien des Rechts*. Stuttgart: UTB, Lucius & Lucius, IX-XIX.
- Campbell, John (2010): Climate Change and Population Movement in Pacific Island Countries, in: Burson, Bruce (Hg.) *Climate Change and Migration - South Pacific Perspectives*. Wellington, New Zealand: Institute of Policy Studies, 29-50.
- Chaturvedi, Sanjay & Timothy Doyle (2010): Geopolitics of Climate Change and Australia's „Re-engagement“ with Asia: Discourses of Fear and Cartographic Anxieties, in: *Australian Journal of Political Science*, 45 (1), 95-115.
- Christian Aid (2007): *Human tide: the real migration crisis*. London: Christian Aid.
- Committee on Petitions of the European Parliament (2011): Notice to Members on Petition 1312/2009 by Andy Vermaut (Belgian) on behalf of the Pimpampoentje (Ladybird) Climate and Peace Action Group, on legal recognition by the European Union of climate refugees. Brussels: European Parliament.
- Collier, J. Stephen & Andrew Lakoff (2005): On Regimes of Living, in: Ong, Aihwa & Stephen J. Collier (Hg.) *Global Assemblages. Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems*, Malden, USA und Oxford, UK: Blackwell Publishing.
- Council of the European Union (2006): Presidency conclusions of the Brussels European Council, 15/16 December 2005. 15914/1/05. REV 1. Brussels: Council of the European Union.

- Crate, Susan. A. & Mark Nuttall (2009): Introduction: Anthropology and Climate Change, in: Crate, Susan. A. & Mark Nuttall (Hg.) *Anthropology and Climate Change: From Encounters to Actions*. Walnut Creek, USA, Left Coast Press.
- de Moor, Nicole & An Cliquet (2009): Environmental Displacement: A New Challenge for European Migration Policy. Paper prepared for the International Conference „Protecting People in Conflict and Crisis: Responding to the Challenges of a Changing World“, 22-24 September 2009, Oxford.
- de Sousa Santos, Boaventura & César A. Rodríguez-Garavito (2005): *Law and globalization from below: towards a cosmopolitan legality*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Dietz, Kerstin (2009): Prima Klima in den Nord-Süd-Beziehungen? Die Antinomien globaler Klimapolitik: Diskurse, Politiken und Prozesse, in: Burchardt, Hans-Jürgen (Hg.) *Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik*. Frankfurt: Campus Verlag, 183-218.
- Docherty, Bonnie & Tyler Giannini (2009): Confronting a rising tide: a proposal for a convention on climate change refugees, in: *Harvard Environmental Law Review*, 33 349-403.
- El-Hinnawi, Essam (1985): *Environmental refugees*. Nairobi, Kenya: United Nations Environmental Programme.
- Esteban, Miguel & Lilian Yamamoto (2010): Vanishing Island States and sovereignty, in: *Ocean and Coastal Management*, 53 (2010), 1-9.
- EU Directorate-General on Development and Cooperation (2010): Thematic Programme "Cooperation with Third Countries in the areas of Migration and Asylum". 2011-2013 Multi-Annual Strategy Paper. Brussels: European Commission.
- EU High Representative (2008): Climate Change and Security: Recommendations of the High Representative on follow-up to the High Representative and Commission report on Climate Change and International Security. S412/08. Brussels: EU High Representative.
- EU High Representative and the European Commission (2008): Climate change and international security. Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council. S113/08. Brussels: European Commission.
- European Commission (2003): Communication from the Commission to the Council and the European Parliament: Climate change in the context of development cooperation. COM (2003) 85 final. Brussels: European Commission.
- European Commission (2009): WHITE PAPER. Adapting to climate change: Towards a European framework for action. COM (2009) 147 final. Brussels: European Commission.
- European Commission (2011a): Communication from the European Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. The Global Approach to Migration and Mobility. COM (2011) 743 final. Brussels: European Commission.
- European Commission (2011b): Migration and Development. Commission staff working paper. SEC (2011) 1353 final. Brussels: European Commission.
- European Council (2010): The Stockholm Programme — An open and secure Europe serving and protecting citizens (2010/C 115/01). *Official Journal of the European Union*, 53 (C 115).
- Farbotko, Carol (2012): Skilful Seafarers, Oceanic Drifters or Climate Refugees? Pacific People, News Value and the Climate Refugee Crisis, in: Moore, Kerry, Bernhard Gross & Terry Threatgold (Hg.) *Migrations and the Media*. New York: Peter Lang Publishing, 119-142.
- Felli, Romain & Noel Castree (2012): Neoliberalising adaptation to environmental change: foresight or foreclosure? In: *Environment and Planning A*, 44 (1), 1-4.
- Ferguson, James (1990): *The anti-politics machine: "development," depoliticization, and bureaucratic power in Lesotho*. Cambridge, New York, Melbourne: Cambridge University Press.
- Fischer, Michael M. J (2005): Technoscientific Infrastructures and Emergent Forms of Life: A Commentary, in: *American Anthropologist*, 107 (1), In Focus: Ethnographic Emergences, 55-61.
- Gassner, Magdalena (2010): *Prävention irregulärer Migration im integrierten Gesamtansatz zur Migrationsfrage. Entwicklungszusammenarbeit im Dienst der europäischen Migrationspolitik am Beispiel Marokko*. Magistra Diplomarbeit, Universität Wien.

- Georgi, Fabian (2009): Kritik des Migrationsmanagements. Historische Einordnung eines politischen Projekts, in: *juridikum. Zeitschrift für Politik / Recht / Gesellschaft*, 2009 (02), 81-84.
- Grinsted, Aslak, John C. Moore & Svetlana Jevrejeva (2010): Reconstructing sea level from paleo and projected temperatures 200 to 2100 AD, in: *Climate Dynamics*, 34, 461-472.
- Gupta, Devyani (2009): Climate of fear: environment, migration and security, in: Dodds, Felix, Andrew Highham & Richard Sherman (Hg.) *Climate Change and Energy Insecurity*. London: Earthscan, 71–79.
- Harris, Paul G. (2006): Europe and Environmental Change: Sharing the Burdens of Global Warming, in: *Colorado Journal of International Environmental Law and Policy* 17: 309–355.
- Hartmann, Betsy (2010): Rethinking climate refugees and climate conflict: Rhetoric, reality and the politics of policy discourse, in: *Journal of International Development*, 22 (2), 233-246.
- Hau“ofa, Epeli (1993): Our Sea of Islands, in: Naidu, Vijay & Eric Waddell (Hg.) *A New Oceania: Rediscovering our Sea of Islands*. Suva: University of the South Pacific, 2-17.
- Herbeck, Johannes & Michael Flitner (2010): „A new enemy out there“? Der Klimawandel als Sicherheitsproblem, in: *Geographica Helvetica*, 65 (3), 198-206.
- Hillerbrand, Rafaela (2006): *Technik, Ökologie und Ethik*, Paderborn: mentis Verlag.
- Hyndman, Jennifer & Alison Mountz (2008): Another Brick in the Wall? Neo-Refoulement and the Externalization of Asylum by Australia and Europe, in: *Government and Opposition*, 43 (2), 249-269.
- Immigration New Zealand (2005): *Pacific Access Category*. URL: <http://www.immigration.govt.nz/migrant/stream/live/pacificaccess/> [Aufgerufen am 20.02.2012].
- Jakobeit, Cord & Chris Methmann (2007): *Klimaflüchtlinge. Die verleugnete Katastrophe*. Hamburg: Greenpeace e.V.
- Jónsson, Gunvor (2010): *The environmental factor in migration dynamics – a review of African case studies*. (Working Paper 21), Oxford: International Migration Institute, University of Oxford.
- Kasperek, Bernd (2010): Borders and Populations in Flux: Frontex’ Place in the European Union’s Migration Management, in: Geiger, Martin & Antoine Pécoud (Hg.) *The Politics of International Migration Management*. London, New York: Palgrave Macmillan, 119-140.
- Kempf, Wolfgang (2009): A Sea of Environmental Refugees? Oceania in an Age of Climate Change, in: Hermann, Elfriede, Karin Klenke & Michael Dickhardt (Hg.) *Form, Macht, Differenz. Motive und Felder ethnologischen Forschens*. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, 191-205.
- Klepp, Silja (2010): A Contested Asylum System: The European Union between Refugee Protection and Border Control in the Mediterranean Sea, in: *European Journal of Migration and Law*, 12 (1), 1-21.
- Klepp, Silja (2011): *Europa zwischen Grenzkontrolle und Flüchtlingschutz: Eine Ethnographie der Seegrenze auf dem Mittelmeer*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Kolmannskog, Vikram & Finn Myrstad (2009): Environmental displacement in European asylum law, in: *European Journal of Migration and Law*, 11 (4), 313-326.
- Krauss, Werner (2009): Localizing Climate Change: A Multi-sited Approach, in: Falzon, Mark-Anthony (Hg.) *Multi-sited ethnography: theory, praxis and locality in contemporary research*. Farnham UK, Burlington, USA: Ashgate, 149-169.
- Lambert, Jean (2002): *Refugees and the Environment. The forgotten element of sustainability*. [o. Ort]: The Greens/European Free Alliance in the European Parliament.
- Lavenex, Sandra & Emek M. Uçarer (2004): The External Dimension of Europeanization, in: *Cooperation and Conflict*, 39 (4), 417-443.
- Lazrus, Heather (2009): The governance of vulnerability: climate change and agency in Tuvalu, South Pacific, in: Crate, Susan A. & Mark Nuttal (Hg.) *Anthropology and Climate Change: From Encounters to Actions*. Walnut Creek, USA: Left Coast Press, 240-249.
- Maurer, Bill (2005): Introduction to “Ethnographic Emergences”, in: *American Anthropologist*, 107 (1), In Focus: Ethnographic Emergences, 1-4.

- McLeman, Robert (2011): Climate change, migration, and critical international security considerations, in: *Migration Research Series Report 42*, Geneva: International Organization for Migration.
- McNamara, Karen Elizabeth (2007): Conceptualizing discourses on environmental refugees at the United Nations, in: *Population & Environment*, 29 (1), 12-24.
- Merry, Sally Engle (1988): Legal Pluralism, in: *Law & Society Review*, 22 (5), 869-896.
- Merry, Sally Engle (1997): Legal Pluralism And Transnational Culture: The Ka Ho'Okolokoloni Kanaka Maoli Tribunal, Hawai'i, 1993, in: Wilson, Richard A. (Hg.) *Human Rights, Culture and Context*, London: Pluto Press, 24-48.
- Merry, Sally Engle (2006): Transnational Human Rights and Local Activism: Mapping the Middle, in: *American Anthropologist*, 108 (1), 38-51.
- Mezzadra, Sandro (2004): The Right to Escape, in: *Ephemera: theory and politics in organization*, 4 (3), 267-275.
- Mezzadra, Sandro (2007): Kapitalismus, Migrationen, soziale Kämpfe. Vorbemerkungen zu einer Theorie der Autonomie der Migration, in: Pieper, Marianne, Thomas Atzert, Serhat Karakayali & Vassilis Tsianos (Hg.) *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 179-193.
- Miller, Clark (2001): Hybrid Management: Boundary Organizations, Science Policy, and Environmental Governance in the Climate Regime, in: *Science, Technology & Human Values*, 26 (4), 478-500.
- Mimura, Nobuo, Leonard Nurse, Roger McLean, John Agard, Lino Briguglio, Penehuro Lefale, Rolph Payet & Graham Sem (2007): Chapter 16: Small Islands, in: Parry, Martin L., Osvaldo F. Canziani, Jean P. Palutikof, Paul J. van der Linden & Clair E. Hanson (Hg.) *Climate Change 2007: Working Group II: Impacts, Adaptation and Vulnerability*. Cambridge, UK: Cambridge University Press,
- Moulier Boutang, Yann (2007): Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik, in: Pieper, Marianne, Thomas Atzert, Serhat Karakayali & Vassilis Tsianos (Hg.) *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 169-178.
- Myers, Norman (1997): Environmental Refugees, in: *Population & Environment*, 19 (2), 167-182.
- Myers, Norman (2002): Environmental refugees: a growing phenomenon of the 21st century, in: *Philosophical Transactions of the Royal Society of London. Series B: Biological Sciences*, 357 (1420), 609-613.
- Nair, Suchit (2008): Tiny atoll in Pacific cries out for help, in: *Times of India*, 6. Juni 2008.
- Newland, Kathleen (2011): *Climate change and migration dynamics. Improving US and EU Immigration Systems*. Washington D.C.: Migration Policy Institute.
- Nicholson, Calum T.M. (2011): Is the „Environmental Migration“ Nexus an Analytically Meaningful Subject for Research? *COMCAD Working Paper*. COMCAD - Center on Migration, Citizenship and Development, Bielefeld.
- OECD (2009): *Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation*. Paris: OECD Publishing.
- Oels, Angela (2010): Saving “climate refugees” as bare life? A theory-based critique of refugee status for climate-induced migrants. Paper prepared for the ESF-ZiF-Bielefeld Conference on "Environmental Degradation and Conflict: From Vulnerabilities to Capabilities", 5-9th December 2010, Bad Salzuflen, Germany.
- Parks, Bradley C. & J. Timmons Roberts (2010): Climate Change, Social Theory and Justice, in: *Theory, Culture & Society*, 27 (2-3), 134-166.
- Poloni, Verena (2009): Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) als boundary organization, in: Halfmann, Jost & Falk Schützenmeister (Hg.) *Organisationen der Forschung. Der Fall der Atmosphärenwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 250-271.
- Rahmstorf, Stefan (2010): New View on Sea Level Rise, in: *Nature Reports Climate Change*, 4 (April 2010).

- Risse, Mathias (2009): The right to relocation: disappearing island nations and common ownership of the earth, in: *Ethics & International Affairs*, 23 (3), 281-300.
- Rouviere, C., T. Williams, R. Ball, Y. Shinyak, J. Topping, S. Nishioka, M. Ando & T. Okita (1990): Human settlement; the energy, transport and industrial sectors; human health; air quality; and changes in ultraviolet-B radiation. In: Tegart, W.J. McG., G.W. Sheldon & D.C. Griffiths (Hrsg.) *Climate Change - Working Group II: Impacts Assessment of Climate Change*. Canberra: Australian Government Publishing Service, 5-i - 5-45.
- Rudiak-Gould, Peter (2011): Climate change and anthropology: The importance of reception studies, in: *Anthropology Today*, 27, 9-12.
- Schmedding, Tessa (2011): *Environmental Migration: A Global issue under European Union Leadership?* Master Thesis, Academy of Nice.
- Somerville, Will (2011): Environmental migration governance: debate in the European Union, in: *Policy development review (PD17) for the Foresight Project "Migration and Global Environmental Change"*. London: Foresight.
- Storey, Donovan & Shawn Hunter (2010): Kiribati: an environmental „perfect storm“, in: *Australian Geographer*, 41, 167-181.
- Tanner, Thomas & Jeremy Allouche (2011): Towards a New Political Economy of Climate Change and Development, in: *IDS Bulletin*, 42 (3), 1-14.
- The Greens/EFA Group (2008): *Declaration on climate migrations*. Brussels. URL: http://archive.greens-efa.eu/cms/default/dokbin/251/251416.declaration_on_climate_migrations@en.pdf [Aufgerufen am 23.02. 2012].
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.) (2007): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Tsianos, Vassilios (2007): *Imperceptible politics. Rethinking radical politics of migration and precarity today*. Dissertation, Universität Hamburg.
- Tsing, Anna Lowenhaupt (2005): *Friction: An ethnography of global connection*. Princeton, USA: Princeton University Press.
- von Benda-Beckmann, Franz, Keebet von Benda-Beckmann, Anne Griffiths (2005): Mobile People, Mobile Law: An Introduction, in: von Benda-Beckmann, Franz, Keebet von Benda-Beckmann, Anne Griffiths (Hg.) *Mobile People, Mobile Law: Expanding Legal Relations in a Contracting World*, Aldershot, 1-25.
- von Benda-Beckmann, Franz & Keebet von Benda-Beckmann (2006): Dynamics of plural legal orders, in: *The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law*, /2006 (Special double Issue Nrs. 53-54).
- Welzer, Harald (2008): *Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird*. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.
- Westra, Laura (2009): *Environmental justice and the rights of ecological refugees*. London: Earthscan.
- Zerilli, Filippo M. (2010): The rule of soft law: An introduction, in: *Focaal*, 2010 3-18.

Artikel III.

Herbeck, J. (2013): Am Rande der Klimabewegung - Humanitäre Organisationen. In: Dietz, M. & Garrelts, H. (Hrsg.) *Die Internationale Klimabewegung*. Ein Handbuch. Wiesbaden, Springer VS. S. 449-465.

Status:

Veröffentlicht

Am Rande der Klimabewegung – Humanitäre Organisationen

Johannes Herbeck

1 Einleitung

Ihre Anerkennung als „normative und epistemische Autoritäten“ (Ecker-Erhard 2007: iv) im internationalen politischen System hat humanitären Organisationen in den letzten Dekaden den Ruf eines moralischen „Weltgewissens“ eingebracht. Für die in diesem Band behandelte Klimabewegung könnten sie also eine wertvolle Ressource darstellen, um die Positionen und Ziele der Bewegung mit dem nötigen moralischen Gewicht in internationale politische Debatten und Entscheidungsprozesse einzubringen. Sie könnten den „Verlierern“ des Klimawandels, aber auch nachgelagerter Anpassungsstrategien eine Stimme geben.

Und tatsächlich ist die Umweltfrage für humanitäre Organisationen keine neue. Neben der Unterstützung von Kriegsopfern lag schon immer ein Schwerpunkt ihres Engagements auf der Bereitstellung von Hilfeleistungen für die Betroffenen von Extremereignissen. Dies gilt umso mehr, als dass diese im Kontext von gewaltsamen Konflikten häufig besonders verheerende Wirkungen entfalten (Strömberg 2007; Fink/Redaelli 2011; Rodella-Boitreaud/Wagnery 2011). Allerdings sehen sich humanitäre Organisationen durch den Klimawandel bereits heute vor neue Herausforderungen gestellt, insbesondere was die Frequenz und das Ausmaß der durch Umweltfaktoren (mit-)verursachten Notlagen anbelangt. In den letzten Jahren befanden sich jeweils zwischen 15 und 42 Millionen Menschen auf der Flucht vor naturbedingten Katastrophen. Einen oft hohen Anteil an diesen Katastrophen bildeten *weather-related disasters*, also zumindest potentiell vom Klimawandel beeinflusste Ereignisse (IDMC 2012: 5). Der Vergleich mit den 42,5 Millionen Personen, die im Jahr 2011 auf der Flucht vor kriegerischen Konflikten und Verfolgung waren (vgl. UNHCR 2012), zeigt, dass naturbedingte Extremereignisse als Auslöser von humanitären Krisen eine ähnlich hohe Bedeutung haben wie gewaltsame Auseinandersetzungen. Das *Office for the Coordination of Humanitarian Af-*

fairs (OCHA) der Vereinten Nationen unterstreicht, dass der Klimawandel nicht mehr nur als „distant future threat“ (OCHA o. J.) wahrgenommen wird, sondern schon heute Auswirkungen auf menschliche Gemeinschaften hat.

In der Auffassung vieler großer humanitärer Organisationen wird der Klimawandel insbesondere in Zukunft eine der wesentlichen Triebfedern humanitärer Krisen darstellen. In einer gemeinsamen Presseerklärung aller wesentlichen international tätigen Hilfsorganisationen im Vorfeld der Klimaverhandlungen 2009 in Kopenhagen heißt es:

„The scale of the potential humanitarian challenge presented by climate change in the future is huge. This is a defining moment to ensure that the challenge is not insurmountable and human suffering is minimized“ (IASC 2009: 1).

Der vorliegende Beitrag beschreibt die Positionierung humanitärer Hilfsorganisationen in den Debatten um den Klimawandel. Zunächst werden dafür die Begriffe der humanitären Hilfe bzw. des Humanitarismus eingegrenzt und Bruchlinien in den internationalen Debatten diskutiert. In einem nächsten Schritt werden die Positionen dreier Organisationen zum Thema Klimawandel untersucht, die jeweils exemplarisch für bestimmte Typen von humanitären Organisationen stehen. Abschließend werden die Konsequenzen der Debatten um den Klimawandel für die Zukunft der humanitären Hilfe abgewogen und Möglichkeiten und Grenzen einer Kooperation mit der Klimabewegung gegenübergestellt.

2 Humanitäre Hilfe – zur Differenzierung eines Diskursfeldes

Was genau unter dem Begriff Humanitarismus oder humanitäre Hilfe verstanden wird, darüber besteht weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene Einigkeit. Zunächst einmal ist „Humanitarismus“ eher als loser Diskurszusammenhang zu begreifen, in dem verschiedene Funktionen, Erscheinungs- und Interventionsformen nationaler und internationaler Institutionen sowie ethische Grundsätze und politische Ziele miteinander verwoben sind. Gleichzeitig beschreibt der Begriff ein Akteursset und ein Betätigungsfeld für *aid worker*, die in Krisensituationen tätig sind. Oder, mit den Worten Doninis:

„In addition to being an ideology, a movement, a profession and a compassionate endeavour to provide assistance and protection to populations at risk, humanitarianism is also a set of institutions, a business and an industry that employs hundreds of thousands of individuals, in which actors compete for market share“ (Donini 2008: 30).

In einer stärker auf die Wirkungsweisen von humanitären Organisationen bezogenen Annäherung wird die humanitäre Hilfe häufig von längerfristig angelegten Programmen

der Entwicklungszusammenarbeit abgegrenzt und dementsprechend als Nothilfe in Krisensituationen konzipiert, deren zeitliche und geographische Reichweite eng mit dem zugrundeliegenden Katastrophenereignis oder politischen Konflikt verknüpft ist. So definiert etwa die Global Humanitarian Assistance (GHA) humanitäre Hilfe als Maßnahmen zur Rettung von Leben, zur Minderung von Leid sowie zur Aufrechterhaltung und zum Schutz menschlicher Würde während und nach Notsituationen (GHA 2012: 87). Wesentliche Charakteristika der humanitären Hilfe seien die Orientierung an bestimmten Prinzipien (siehe unten) sowie der kurzfristige Charakter humanitärer Arbeit. Das letztgenannte Kriterium wird im Weiteren jedoch eingeschränkt: Humanitäre Hilfe sei:

„[I]ntended to be ‚short-term‘ in nature and provide for activities in the ‚immediate aftermath‘ of a disaster. In practice it is often difficult to say where ‚during and in the immediate aftermath of emergencies‘ ends and other types of assistance begin, especially in situations of prolonged vulnerability“ (GHA 2012: 87).

Die traditionelle Abgrenzung über Zeitpunkt und Dauer des Einsatzes verliert zunehmend an Bedeutung, da sich die Arbeit humanitärer Organisationen heute häufig auch auf die Zeit nach dem Auftreten einer Katastrophe erstreckt. Eine Ursache ist die immer schwieriger werdende Abgrenzung zwischen Extremereignissen als Auslöser humanitärer Krisen und bereits bestehenden Verwundbarkeiten, politisch und wirtschaftlich bedingten Ungleichheiten sowie militärischen Konflikten. Diese Entwicklung wird mit dem Begriff der *complex emergencies* (vgl. z. B. Goodhand/Hulme 1999) beschrieben. Hierauf aufbauend wurden bereits Anfang der 1990er Jahre unter dem Schlagwort des relief-development-continuum (vgl. Buchanan-Smith/Maxwell 1994; Duffield 1994) die vielfältigen Überschneidungen zwischen unterschiedlichen Phasen der Katastrophenhilfe und allgemeineren, katastrophenunabhängigen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit oder des peace buildings diskutiert. Dabei wurden auch die Konsequenzen dieser Veränderungen für die Agenden humanitärer Organisationen thematisiert. Barnett (2009) unterscheidet in diesem Zusammenhang ‚emergency‘ und ‚alchemic organizations‘: Während erstere ihren Hauptauftrag in der Linderung menschlichen Leidens in akuten Notlagen sehen, sind letztere durch ein Nebeneinander unterschiedlicher Agenden gekennzeichnet. Seit dem Ende des Kalten Krieges hätten ‚alchemic organizations‘ zunehmend an Macht und Einfluss gewonnen (Barnett 2009: 627).

Als weiteres Abgrenzungskriterium dienen die grundlegenden Prinzipien der humanitären Arbeit. Diese beruhen meist auf den Grundsätzen des International Committee of the Red Cross (ICRC), das aufgrund seiner herausragenden Bedeutung für die Entwicklung und heutige Ausformung der humanitären Hilfe als „high priest of humanitarianism“ (Barnett/Weiss 2011: 9) bezeichnet wird. In den Statuten des ICRC werden die Prinzipien der Humanität, der Unparteilichkeit, der Neutralität und der Unabhängigkeit als zentrale Grundpfeiler humanitärer Arbeit genannt (ICRC 2007: 5). Diese Grundprinzipien werden vielerorts als definitorischer Kern des Humanitarismus begriffen:

„In sum, humanitarianism is defined as the desire to provide life-saving relief while honoring the principles of humanity, neutrality, impartiality, and independence“ (Barnett/Weiss 2011: 10).

Gleichwohl sind diese Grundprinzipien auch wesentlicher Ausgangspunkt für die Feststellung einer „Krise des Humanitarismus“, wie sie David Rieff Anfang der 2000er Jahre konstatierte (vgl. Rieff 2002). Durch eine Öffnung vieler humanitärer Organisationen hin zu Menschenrechtsfragen, so die These Rieffs, würden diese die selbst gesteckten Ansprüche der Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit verlieren. Nach Ende des Kalten Krieges¹ seien viele Organisationen dazu übergegangen, Menschenrechtsfragen in den Fokus ihrer Arbeit zu stellen und mit diesen das Eingreifen in Notsituationen zu rechtfertigen. Dies führe jedoch zu fragwürdigen Verquickungen von humanitären mit weitergehenden, politischen Zielsetzungen und untergrabe den traditionellen Anspruch an ein neutrales Auftreten humanitärer Organisationen. Chandler (2001) weist ebenfalls darauf hin, dass es paradoxerweise gerade jene Hinwendung zu Menschenrechtsfragen gewesen sei, welche die humanitäre Hilfe auch anschlussfähig an mit militärischen Mitteln durchgesetzte politische Agenden und Ziele gemacht habe. Der Begriff der „humanitären Intervention“ spiegelt die zunehmende Konvergenz der beiden Felder wider, die gerade seit 9/11 und dem „Krieg gegen den Terror“ ihren Ausdruck auch in der relativ offenen Vereinnahmung humanitärer Akteure für militärische Zwecke findet, etwa im Rahmen der US-Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan (Donini et al. 2004; Shannon 2009). Zugrunde liegende diskursive Verschiebungen wie die Neufassung klassischer nationalstaatlicher Sicherheitsbegriffe im Begriff der „human security“ werden von Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe oft unkritisch mitgetragen (vgl. Duffield 2006; Chandler 2008).

Und tatsächlich wird der originär unpolitische Charakter humanitärer Hilfe in den letzten Jahren zunehmend in Zweifel gezogen. Die Aktionen humanitärer Organisationen haben politische Konsequenzen und werden als politisch wahrgenommen (Barnett/Weiss 2008: 4). Unterschiedliche Entwicklungen und Rahmenbedingungen werden angeführt, um diese Politisierung des Humanitarismus zu erklären. So seien eine immer stärkere Relevanz von Nationalstaaten für die Finanzierung humanitärer Einsätze als auch für die Definition von Einsatzorten und -zielen, neue Finanzierungsmuster, der Fokus auf Menschenrechte sowie veränderte Konfliktformen dafür verantwortlich, dass sich Hilfsorganisationen heute Praktiken zu Eigen machen, die vor einigen Jahren noch als zu politisch angesehen worden wären (Barnett 2009: 653). Diese zumindest teilweise Abkehr vom Prinzip der Neutralität zeigt sich insbesondere in der Dokumentierung und Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen in Konfliktsituationen, wie dies etwa von

¹ Einige humanitäre Organisationen wie die *Medecins sans frontieres* (MSF) wendeten sich bereits in den 1960er Jahren dem Thema Menschenrechte zu (vgl. Heins 2005; Barnett 2009).

Seiten der Organisation Médecins sans frontières seit Jahren unter dem Schlagwort des „witnessing“ praktiziert wird.

Weiterhin ist das Feld der humanitären Hilfe durch eine große Bandbreite unterschiedlicher Akteurstypen gekennzeichnet. In den Berichten der GHA wird etwa zwischen multilateralen Organisationen, NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen, der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung sowie Regierungsstellen in betroffenen Regionen als Hauptakteure der humanitären Hilfe unterschieden. Insbesondere in Bezug auf inter- bzw. transnationale Organisationen, die *intrinsisch* in besonderer Weise von Nationalstaaten abhängen, eröffnen sich einige Schwierigkeiten, das Handeln und Auftreten dieser Organisationen zu analysieren und zu bewerten. Dies liegt in den multiplen Funktionen und Rollen begründet, die diese Organisationen im internationalen politischen System einnehmen: Sie sind Foren und eigenständige Akteure von *Global-Governance-Prozessen* zugleich, einflussreich wie dienstbar, und sie sind an Verhandlungen beteiligt, in denen es um ihr eigenes Mandat geht (vgl. Ivanova 2003: 20). Die im Folgenden beschriebenen Veränderungsprozesse müssen vor dem Hintergrund dieser oft widersprüchlichen Rollen humanitärer Organisationen verstanden und bewertet werden.

3 A new world order? Humanitäre Organisationen und der Klimawandel

Die Einordnung des Themas Klimawandel in die weitreichenden und kontroversen Debatten um die grundsätzliche Orientierung der humanitären Hilfe ist ambivalent. Klar scheint, dass die neuen Herausforderungen, die durch den Klimawandel an die humanitäre Hilfe gestellt werden, nicht nur zu neuen Finanzierungsmustern führen, sondern auch neue normative und operative Positionierungen der Hilfsorganisationen nach sich ziehen könnten. Das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV) fordert:

„[M]odifications in norms and structures are needed in terms of better bridging between short and immediate humanitarian aid and medium recovery and long-term resilience strategies in development. Consequently, humanitarian aid has to change its primarily shock-driven approach towards including a more medium- and long-term perspective for reducing vulnerability, especially in the light of climate change“ (DKKV 2011: 7).

Diese weitreichenden Forderungen werden zumindest von Seiten der etablierten humanitären Organisationen bestätigt. Das Inter-Agency Standing Committee (IASC), ein Netzwerk der großen humanitären Organisationen, äußerte im Vorfeld der Klimaverhandlungen in Kopenhagen, dass die Anpassung an klimatische Schocks auch ein neues humanitäres ‚business model‘ notwendig mache, das intensiver auf präventive Maßnahmen fokussieren müsse (IASC 2009: 2).

Im folgenden Abschnitt soll der Zugang ausgewählter humanitärer Organisationen zu den Debatten um den Klimawandel dargelegt werden. Grundlage hierfür sind sowohl Dokumente und Internetauftritte, in denen die Organisationen ihr Verhältnis zur Klimawandeldebatte beschreiben als auch Interviews mit VertreterInnen der Organisationen, die der Autor dieses Beitrags im März und November 2010 in Genf und Bonn führte.

Der UNHCR und der Klimawandel

Der United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) hat ein enges, völkerrechtlich klar definiertes Mandat und kann den reinen ‚emergency organizations‘ (vgl. Barnett 2009: 635) zugerechnet werden.² Als Spezialorgan der Vereinten Nationen ist der UNHCR programmatisch und finanziell der Generalversammlung und dem Wirtschafts- und Sozialrat der UN rechenschaftspflichtig und ist somit zumindest formal in Entscheidungsfindungsprozessen von den Mitgliedern der UN abhängig.

Der UNHCR nähert sich dem Thema Klimawandel über die Frage, welche Bedeutung dieser für zukünftige Fluchtbewegungen haben könnte. Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Flucht oder Migration ist Gegenstand einer sich in den letzten Jahren intensivierenden Debatte, an der sowohl akademische Kreise als auch humanitäre Organisationen beteiligt sind. Der UNHCR stand dieser Debatte lange Zeit äußerst skeptisch gegenüber und veröffentlichte 2001 eine Studie, die den Begriff des ‚environmental refugee‘ als nicht zielführend und politisch bedenklich einstufte (vgl. Black 2001). Folgendes Zitat aus einem Interview mit einem Vertreter des UNHCR-Hauptquartiers in Genf verdeutlicht den ambivalenten Zugang der Organisation zu den ‚Umweltflucht‘-Debatten:

„Environment does and will play an increasing role in global displacement, but it would be wrong to squeeze environmental refugees into the existing legal frameworks. We would be opening the flood gates“ (Interview mit einem Mitarbeiter des UNHCR-Hauptquartier am 2. März 2010 in Genf).

Zwar wird die wachsende Bedeutung des Klimawandels für Fluchtbewegungen anerkannt, eine Änderung der Statuten und Eingriffsmöglichkeiten der Organisation aber zurückgewiesen. Ähnlich argumentiert ein Strategiepapier aus dem Jahr 2009, in dem die vielfältigen potentiellen Auswirkungen des Klimawandels auf das Fluchtgeschehen grundsätzlich bestätigt werden. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass der UNHCR nur unter bestimmten Bedingungen – etwa im Zusammenhang mit kriegerischen Aus-

2 Auch im UNHCR mehren sich allerdings seit den 1990er Jahren Anzeichen für eine langsame Öffnung hin zu Präventions- und Menschenrechtsfragen (vgl. Forsythe 2001; Barnett 2009).

einandersetzungen als Folge klimatischer Bedingungen oder im Falle eines irreversiblen Untergangs ganzer Staatsgebiete – Eingriffsmöglichkeiten sieht. Ansonsten stellte er sich strikt gegen eine Neuverhandlung des etablierten Flüchtlingsbegriffs:

„UNHCR considers that any initiative to modify this definition would risk a renegotiation of the 1951 Refugee Convention [...]. [I]n the current political environment, it could result in a lowering of protection standards for refugees and even undermine the international refugee protection regime altogether“ (UNHCR 2009: 9).

An diesem Standpunkt hat sich in den letzten Jahren wenig geändert. Allerdings setzt sich der UNHCR inzwischen vermehrt auf anderen Ebenen mit dem Themenkomplex Klimawandel auseinander. So wurden empirische Studien in Auftrag gegeben, um die Beziehungen zwischen Umweltveränderungen und Mobilität etwa am Beispiel von Flüchtlingen in Ostafrika zu untersuchen (vgl. Afifi et al. 2012). Zudem wurde der Klimawandel während des Treffens des UNHCR-Exekutivkomitees 2011 thematisiert (UNHCR 2011) und auf die Agenda einer Ministerialkonferenz im Dezember 2011 gesetzt. Ergebnis dieser Prozesse war die Gründung der *Nansen-Initiative* im Oktober 2012, ein von der Schweiz und Norwegen initiiertes Versuchsprojekt, die identifizierten *protection gaps* zu überwinden und auf internationaler Ebene einen Schutzstatus für Personen zu etablieren, die auf der Flucht vor Naturkatastrophen sind. Das Mandat des UNHCR, so scheint es bislang, bleibt von diesen Entwicklungen jedoch unberührt.

Die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung und der Klimawandel

Die internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung versteht sich traditionell als unpolitisch und lediglich der Linderung von Leid in humanitären Krisen verpflichtet. Insgesamt hat sie sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten aber zunehmend in anderen Bereichen engagiert. Die Bewegung ist von nationalstaatlicher Einflussnahme weitgehend unabhängig, ist aber in Form des International Committee of the Red Cross (ICRC) von der Staatengemeinschaft mit einem völkerrechtlichen Mandat ausgestattet (Seiters 2012) und damit intensiv in Foren des internationalen Politiksystems eingebunden. Aufgrund der hoch diversifizierten und regional stark untergliederten Struktur der Bewegung ist es schwierig, von einem allgemeinen Veränderungsprozess in dieser zu sprechen.³ Gleichwohl können einzelne Institutionen stellvertretend herangezogen wer-

3 Die Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung besteht zum einen aus dem ICRC mit seiner klar humanitären Agenda, zum anderen aus den nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften und ihrer Dachorganisation International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies (IFRC). Letztere weisen eine wesentlich breitere Agenda als das ICRC auf und engagieren sich neben der Nothilfe auch in Gesundheits- und anderen sozialen Programmen.

den, um die Positionierung der Bewegung im Klimawandel-Diskurs zu beschreiben. Im Zusammenhang mit der Klimawandelproblematik fällt insbesondere die International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies (IFRC) ins Auge.

Die IFRC beschreibt sich selbst als eine der ersten „non-environmental organisations“, die die ernsthaften Bedrohungen des Klimawandels für verwundbare Bevölkerungen anerkannte (vgl. Red Cross/Red Crescent Climate Centre 2006). Bereits seit 2002 existiert in Den Haag ein *Climate Center* des IFRC, das Informationen und Strategien zum Klimawandel bündeln und den nationalen Gesellschaften zur Verfügung stellen soll. Das Zentrum beschreibt seine Ziele und Aufgaben folgendermaßen:

„Our strategy to address these rising risks is to integrate climate risk management into existing Red Cross and Red Crescent priorities and programs, rather than to develop stand-alone climate change activities. [...] The Climate Centre facilitates access to climate-change related channels of funding [...] and advocates for support to the most vulnerable people in the international climate policy arena“ (Red Cross/Red Crescent Climate Centre o. J.).

Hier wird die Nähe des Zentrums zum operativen Geschäft der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung deutlich: Neben der Fürsprache in internationalen Politikforen und der Suche nach neuen Finanzierungsquellen soll das Climate Centre die nationalen Gesellschaften und Projekte mit Informationen versorgen sowie Mechanismen entwickeln und verbreiten, wie den Herausforderungen des Klimawandels auf Projektebene begegnet werden kann.

Die Veränderungen in der Zentrale des IFRC in Genf spiegeln stärker als beim Climate Center den Versuch wider, die Klimawandelproblematik und ihre humanitären Folgen in das Bewusstsein der internationalen Staatengemeinschaft zu tragen. Innerhalb der Zentrale wurden im Vorfeld der Klimaverhandlungen in Kopenhagen Stellen geschaffen, die zusammen mit Vertretern weiterer großer Organisationen den Standpunkt der humanitären Organisationen in die UN-Klimaverhandlungen einbringen sollten. Innerhalb der 2008 geschaffenen *Task Force on Climate Change* des Netzwerks IASC übernahm das IFRC eine koordinierende Rolle. Die Arbeitsschwerpunkte der Task Force beschreibt eine Mitarbeiterin folgendermaßen:

„And we have a very clear role. We have been requested by the leaders of the organizations to undertake strong advocacy on climate change adaptation and humanitarian action“ (Interview mit einer IFRC-Vertreterin am 3. März 2010 in Genf).

Neben dieser Konzentration auf die internationalen Klimaverhandlungen war es den Mitarbeitern im IFRC ein besonderes Anliegen, ihre Position mit konkreten Praxisbeispielen zu untermauern und im Vorfeld der Klimakonferenz das Engagement der beteiligten Organisationen zu evaluieren:

„A huge part of our activities as a Task Force were directed towards Copenhagen, but we did also have regional consultations, looking at more operational issues. And obviously that also needed to feed into the Copenhagen Conference and for the principals of the organizations to be able to say that they are working very much on, and also building up capacities on the ground“ (Interview mit einer IFRC-Vertreterin am 3. März 2010 in Genf).

Hier zeigt sich eine interessante Verbindung der jeweiligen operativen Ebene mit der Ebene der internationalen Klimapolitik: Die starke Verhandlungsposition der humanitären Organisationen, so die Aussage, ist notwendigerweise mit deren Erfahrung und Rückbindung an die lokale Projektebene verknüpft. Nach den Klimaverhandlungen in Kopenhagen ging die Diskussion im Main Office deutlich zurück: Seit dem Ende des Mandats der Task Force im IASC Anfang 2011 gab es keine wesentlichen Stellungnahmen und Veröffentlichungen mehr zum Thema Klimawandel.

Die Welthungerhilfe und der Klimawandel

Die Welthungerhilfe (WHH) wurde in den 1960er Jahren als reine Nothilfeorganisation gegründet. Heute ist sie wesentlich breiter aufgestellt und verfolgt weltweit das Ziel, die Ernährungssicherheit zu verbessern. Neben der Nothilfe engagiert sie sich vor allem im Bereich der ländlichen und regionalen Entwicklung sowie in weitergehenden entwicklungs- und bildungspolitischen Programmen. Sie ist international tätig, besitzt als NGO eine zumindest formale Unabhängigkeit von staatlichem Einfluss und bezeichnet sich zudem als konfessionell und parteipolitisch unabhängig (vgl. WHH o.J.). Als spendenbasierte Organisation ist die WHH finanziell nur teilweise auf staatliche Zuwendungen angewiesen.⁴

Der Klimawandel spielt im Selbstverständnis der Organisation eine wachsende Rolle. Im Jahr 2010 hat die WHH den Klimawandel als eines der zukünftig prägenden Themen für die Arbeit der Organisation definiert und in einem Strategiepapier die resultierenden Folgen für das operative Vorgehen konkretisiert. Darin wird festgelegt, dass der Klimawandel als Querschnittsthema zukünftig in den längerfristigen Planungen der Regional- und Landesprogramme berücksichtigt werden soll. Zudem soll die Anpassung an den Klimawandel in konkreten Projekten in den Partnerländern unterstützt werden soll (vgl. WHH 2011: 9). Mit der Entwicklung einer „Klimaanpassungsprüfung“ will die WHH allen Mitarbeitern, die an der Erstellung von Regional- und Landesprogrammen sowie Einzelprojekten beteiligt sind, eine Hilfestellung geben, „um die Auswirkungen

⁴ Gleichwohl waren 2011 die Zuwendungen von öffentlichen, nationalen als auch internationalen Institutionen mit knapp 80 Millionen Euro deutlich höher als die Summe der eingeworbenen Spenden in Höhe von 48 Millionen Euro (WHH 2012: 31).

des Klimawandels auf Maßnahmen und Projektgebiete effizient zu erfassen und angemessen zu berücksichtigen“ (WHH 2011: 10).

Laut Aussage eines Vertreters der WHH spiegelt die Zuwendung zum Thema Klimawandel die langjährigen Erfahrungen der Organisation in den Partnerländern wider. Entsprechend wird sie als Reaktion auf vor Ort zu beobachtende Veränderungen interpretiert:

„Da sieht man eben, dass sich die Regenfälle verändert haben, die Frequenz und Intensität verlagert haben, dass die traditionellen Anbaumethoden einfach nicht mehr greifen und die Anbaupraxis nicht nur aufgrund von Bevölkerungswachstum, Wohlstandsentwicklung et cetera erschwert hat, sondern dass sich einfach die Klimabedingungen verändert haben, das ist ganz deutlich“ (Interview mit einem Mitarbeiter der WHH am 30. November 2010 in Bonn).

Allerdings wird betont, dass die Beschäftigung mit Umwelt- und Klimafragen für die WHH kein originär neues Thema darstelle. Der Schwerpunkt der Organisation auf Ernährungssicherung sei traditionell, auch in Hinblick auf die eigenen Projekte, mit Vulnerabilitäts- und Nachhaltigkeitsgedanken verknüpft.

„Für Subsistenzbauern braucht es lokale Entwicklungspfade, man muss die Bauern da abholen, wo sie sind und da ist eine Industrialisierung nicht der richtige Weg, und angesichts des Klimawandels ja sowieso irgendwie nicht. Da kam natürlich der Weltagrarbericht und die IPCC-Berichte als wertvolle Hilfen, die diese Argumentationsketten unterstützen“ (Interview mit einem Mitarbeiter der WHH am 30. November 2010 in Bonn).

Die Debatten zum Klimawandel werden vor diesem Hintergrund eher als Chance begriffen, die eigenen Positionen zu stärken und Unterstützung für Denk- und Handlungsansätze zu erhalten, welche die Arbeit der Organisation bereits längere Zeit prägen.

Trends und Charakteristika der Klimawandel-Debatte in der humanitären Gemeinschaft

Die dargestellten innerorganisatorischen Diskurse verdeutlichen einige Besonderheiten des Umgangs der humanitären Gemeinschaft mit dem Thema Klimawandel. Zunächst ist festzuhalten, dass sich die Organisationen grundsätzlich über die steigende Relevanz des Klimawandels für humanitäre Krisen und die humanitäre Arbeit einig sind. Problemlagen, so der Tenor, werden durch den Klimawandel potentiell verstärkt oder neu hervorgerufen. Dies betrifft sowohl das Schadensausmaß als auch die Häufigkeit klimawandelbedingter Hazards und nachgelagerter Krisen. Es zeichnen sich gleichwohl deutliche Unterschiede ab, in welchem Umfang der Klimawandel bislang in die Programmatik und das operative Geschäft humanitärer Organisationen eingegangen ist und

welche Rolle das Themenfeld in deren Außendarstellung einnimmt. Diese Unterschiede erklären sich unter anderem aus der grundsätzlichen Ausrichtung der jeweiligen Organisationen – insbesondere der Frage, ob eine Organisation eine enge humanitäre Zielrichtung verfolgt oder auch entwicklungspolitisch tätig ist – sowie aus der jeweiligen Organisationsform. Das Beispiel des UNHCR deutet den oft schwierigen Spagat zwischen der Rechenschaftspflicht gegenüber einer aus Nationalstaaten bestehenden Mitgliederschaft und den weitreichenden Implikationen programmatischer Neuerungen an, den eine kleinere, spendenbasierte Organisation hingegen nicht leisten muss.

Es fällt auf, dass insbesondere die großen humanitären Agenturen einen nicht unwesentlichen Teil ihrer Aktivitäten auf den *advocacy*-Bereich konzentrieren. Die beschriebenen Aktionen im Rahmen des IASC zeigen, dass auf internationaler Ebene Kommunikation in Foren und die versuchte Einflussnahme auf politische Prozesse eine wesentliche Rolle spielen. Insbesondere haben humanitäre Organisationen in den letzten Jahren eine Integration von Maßnahmen der *disaster risk reduction* (DRR) in die Anpassungs-Rahmenwerke gefordert (Mitchell et al. 2010: 17; Kellett/Sparks 2012). Die angeführten Diskurse und Begrifflichkeiten, etwa die geforderte Konvergenz kurzfristiger Nothilfeleistungen mit längerfristigen „Resilienzstrategien“, zeigen dabei häufig eine überraschend deutliche Abkehr von „klassischen“, rein humanitären Zielsetzungen. Hier wird die Ausweitung der Aufgabenstellung und des Mandats humanitärer Organisationen eingefordert, so dass diese zukünftig bereits im Vorfeld von möglichen humanitären Krisen aktiv werden könnten. Schlagworte wie „Prävention“, „Resilienz“ und „Vulnerabilität“ sind in diesem Zusammenhang Anzeichen für eine klar am entwicklungspolitischen Mainstream orientierte Positionierung und eine weitgehende Ermächtigung zum Eingreifen in vielfältigen Situationen und geographisch Kontexten. Inwiefern auch die Aussicht auf neue Finanzierungsquellen etwa im Rahmen der *Adaptation Funds* der Klimarahmenkonvention hier eine Rolle spielen, kann nur gemutmaßt werden. Klar ist zumindest, dass sich die humanitären Akteure mit der geforderten erhöhten Zuwendung zu DRR-Maßnahmen selbst als Experten ins Spiel bringen.⁵

Damit legen die humanitären Akteure einen relativ klaren Fokus auf den Bereich der Anpassung (*adaptation*) an die Folgen des Klimawandels. Fragen der Abschwächung und Vermeidung des Klimawandels (*mitigation*) werden hingegen nur selten thematisiert. Auf der operativen Ebene setzt sich die relativ deutliche Anbindung an die Adaptationsdiskurse der internationalen Klimapolitik häufig fort. Zwar werden vereinzelt Maßnahmen ins Spiel gebracht, die die CO₂-Bilanz der eigenen Projekte reduzieren sollen (so etwa beim UNHCR). Insgesamt liegt jedoch ein deutlicher Schwerpunkt auf der Integration von Anpassungsmaßnahmen und längerfristigen DRR-Programmen in die eigene Arbeit. Zudem wird häufig eine stärkere Berücksichtigung bestehender Informa-

5 So betont OCHA, dass der *Adaptation Funds* für die humanitäre Gemeinschaft von hoher Relevanz sei, da hier explizit DRR-Maßnahmen gefördert würden (OCHA 2010: 5).

tionsquellen zu Wetterprognosen gefordert. So nutzte etwa die IFRC im Zusammenhang mit den Überflutungen 2008 in verschiedenen westafrikanischen Staaten Vorhersagen der örtlichen Wetterbüros, um bereits im Vorfeld der Katastrophe Maßnahmen ergreifen zu können (vgl. Braman et al. 2012). Die Inanspruchnahme zur Verfügung stehender „user-oriented climate services“, insbesondere also Informationen zur Vorhersage von Extremwetterereignissen, stellt somit eine der wesentlichen Forderungen dar, wie humanitäre Organisationen auf den Klimawandel reagieren sollen (vgl. Hellmuth et al. 2011).

Insgesamt werden die Diskurse um den Klimawandel Rückwirkungen auf die Positionierung humanitärer Organisationen haben. Zum einen legt eine Abkehr von den rein humanitär-reaktiv geprägten Agenden des klassischen Humanitarismus eine deutlichere politische Ausrichtung entsprechender Hilfsprogramme nahe. Die Minderung oder Beseitigung von Verwundbarkeiten könnte auch politisch oder ökonomisch verursachte Ungleichheiten sowie Machtstrukturen in den Fokus des Interesses rücken. Ob hier insbesondere auf lokaler Ebene politischere Agenden von humanitären Organisationen folgen, wird zu untersuchen sein. Die beschriebenen, relativ technisierten Diskurse im Bereich des *advocacy* als auch auf der operativen Ebene lassen eine solche Politisierung zumindest auf den ersten Blick nicht erkennen. Merkwürdigerweise scheinen viele humanitäre Akteure darauf zu fokussieren, die Exposition gegenüber Hazards zu reduzieren, ohne systematisch die politischen Aspekte des Vulnerabilitäts-Begriffs mit einzuschließen.

Zum anderen sind die Diskurse um den Klimawandel *per se* politisch, da sie über Fragen der historischen Verantwortung und der Umweltgerechtigkeit zumindest potentiell auch strukturelle Ungleichheiten in den Nord-Süd-Beziehungen thematisieren (vgl. Parks/Roberts 2007). Konsequenterweise würde dies einen Grad der Politisierung nach sich ziehen, der weit über die bisherige, primär einzelfallbezogene politische Positionierung humanitärer Hilfe hinausginge und notwendigerweise globale Widersprüche und Machtgefälle aufgreifen müsste. Eine solche Entwicklung, so zeigt die Analyse bislang, ist aufgrund der Konzentration auf die Anpassungsseite der Klimapolitik sowie technisierte Lösungsstrategien kaum erkennbar.

Gleichzeitig mehren sich Stimmen, die eine potentielle „Versicherheitlichung“ des Klimawandels befürchten und entsprechend restriktive sicherheitspolitische Reaktionen zumindest in den Bereich des Möglichen rücken sehen (vgl. Herbeck/Flitner 2010; Trombetta 2012). In diesem Zusammenhang geben die bereits beschriebenen Tendenzen einer Verschränkung sicherheitspolitischer und humanitärer Zielsetzungen und damit verbundene Allianzen entsprechender Akteure zumindest Anlass zur Sorge. Dass sich humanitäre Organisationen im Zusammenhang mit der Klimawandel-Frage offen gegen eine Rahmung als globales Gerechtigkeitsthema stellen und sich stattdessen, ähnlich mancher nationalstaatlicher Akteure, Bedrohungsszenarien samt repressiver Lösungsstrategien zu eigen machen, scheint relativ unwahrscheinlich. Allerdings ist die häufig beobachtbare Katastrophenkommunikation und die unkritische Verwen-

derung politisch bedenklicher Konzepte, wie etwa human security, zumindest anschlussfähig an entsprechende Diskurse und kann entsprechenden Argumentationslinien Vorschub leisten.

4 Humanitäre Organisationen als Akteure einer globalen Klimabewegung?

Wir haben gesehen, dass humanitäre Organisationen intensiv an den Diskursen über die Folgen des Klimawandels mitwirken. Erstaunlich gering sind jedoch bisher die konkreten Verbindungen der humanitären Organisationen zu Mitgliedern der Klimabewegung: Obwohl die gleichen internationalen Politikforen genutzt werden, sind offizielle Partnerschaften lediglich in relativ geringem Ausmaß vorhanden. Von den hier vorgestellten Organisationen ist etwa nur die Welthungerhilfe Mitglied beim Climate Action Network (CAN). Und obwohl eine Reihe großer humanitärer Organisationen wie etwa Action Aid, Care International, Oxfam oder World Vision in dem Netzwerk vertreten sind, existieren auch auffällige Lücken. So fehlen sowohl Organisationen der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung als auch entsprechende UN-Unterorganisationen (vgl. CAN o.J.). Die Diskurse zu den humanitären Konsequenzen des Klimawandels sind dabei von einer geringen Zahl von Organisationen geprägt, die insbesondere aus dem globalen Norden kommen. Dies unterstreicht den westlich-hegemonialen und wenig diversifizierten Charakter der Ideologieproduktion in humanitären Organisationen und wird häufig von einer Repräsentation der bearbeiteten Problemlagen begleitet, die sich kolonialer Stereotype und reaktionärer Gender-Bilder bedient:

„The combination of discursive framings of spatial and social marginalisations [...] and the recurrent application of stereotypes in mapping vulnerability on a global scale seems to be quite typical of the campaigns of international human aid organisations. The images of these campaigns are not new, but expound a classical colonial perspective“ (Strüver 2007: 698).

Solche unreflektierten Repräsentationen von Problemlagen könnten zur Verbreitung einer populistischen Problematisierung des Klimawandels beitragen, die von Swyngedouw als zentraler Pfeiler einer zunehmenden „Post-Politisierung“ der Sphären öffentlicher Meinungsbildung und Entscheidungsfindung bezeichnet wird:

„[T]he climate change argument and how it is publicly staged [...] has been and continues to be one of the markers through which post-politicization is wrought“ (Swyngedouw 2010: 216).

Dies mag politisierte und demokratisch gestaltete Debatten über den Klimawandel nicht grundsätzlich ausschließen, lässt aber Zweifel an der Eignung humanitärer Organisationen als Multiplikatoren und Zugpferde der Klimabewegung aufkommen.

Dennoch sind humanitäre Organisationen wichtige Akteure im internationalen politischen System, deren neutrales und unpolitisches Image potentiell einen moralischen und organisatorischen Gewinn für die Klimabewegung darstellt. Das zumeist konzentrierte Auftreten auf den internationalen Klimakonferenzen stellt dabei einen vielversprechenden Anknüpfungspunkt dar. Die humanitären Akteure besitzen die Anerkennung und das politische Gewicht, entsprechende Positionen in den internationalen Debatten zur Klimapolitik zu vertreten und betroffenen Personengruppen Gehör zu verschaffen.

Der vorliegende Beitrag konnte zeigen, dass es gemeinsame Interessen zwischen humanitären Organisationen und der Klimabewegung gibt. Diese bestehen etwa in dem Eintreten für den Schutz besonders verwundbarer Teile der Weltbevölkerung. Auch existieren über Netzwerke und gemeinsam genutzte Foren der internationalen Klimapolitik erste Verbindungen zwischen Klimagruppen und humanitären Organisationen. Da der Klimawandel in Zukunft in seiner Bedeutung für humanitäre Organisationen steigen wird, könnten sich beide Akteursgruppen weiter aufeinander zu bewegen. Die Kooperation mit Klimagruppen würde einen klaren Gewinn für die humanitäre Gemeinschaft darstellen, da lokale Anpassungsstrategien und Klimaschutzprojekte gemeinsam entwickelt und gefördert werden könnten.

Voraussetzung für ein gemeinsames Vorgehen wäre allerdings eine klarere politische Positionierung der humanitären Akteure und insbesondere eine deutlichere Benennung der globalen Verantwortlichkeiten für den Klimawandel. Hierfür sind weitergehende, interne Reflexionsprozesse nötig.

Literatur

Afifi, Tamer; Govil, Radha; Sakdapolrak, Patrick; Warner, Koko (2012): Climate change, vulnerability and human mobility: Perspectives of refugees from the East and Horn of Africa. Report No. 1. Partnership between UNU and UNHCR. Bonn: United Nations University Institute for Environment and Human Security.

Barnett, Michael (2009): Evolution without progress? Humanitarianism in a World of Hurt. In: *International Organization*, 63, 4, S. 621–663.

Barnett, Michael; Weiss, Thomas (2011): *Humanitarianism Contested. Where angels fear to tread*. London, New York: Routledge.

Black, Richard (2001): Environmental refugees – myth or reality? *New Issues in Refugee Research Series Working Paper 34*. Geneva: United Nation High Commissioner on Refugees.

Buchanan-Smith, Margaret; Maxwell, Simon (1994): Linking Relief and Development: an introduction and overview. *IDS Bulletin*, 25, 4, S. 2–16.

Braman, Lisette; van Aalst, Maarten; Mason, Simon; Suarez, Pablo; Ait-Chellouche, Youcef; Tall, Arame (2012): Climate forecasts in disaster management: Red Cross flood operations in West Africa, 2008. In: *Disasters*, 37, 1, S. 144–164.

- CAN, Climate Action Network (o. J.): CAN member organizations. Abrufbar unter: <http://www.climatenetwork.org/about/members> (Zugriff am 28. Dezember 2012).
- Chandler, David (2001): The Road to Military Humanitarianism: How the Human Rights NGOs Shaped A New Humanitarian Agenda. In: *Human Rights Quarterly*, 23, 3, S. 678–700.
- Chandler, David (2008): Human security: the dog that didn't bark. In: *Security Dialogue*, 39, 4, S. 427–438.
- Collinson, Sarah; Elhawary, Samir (2012): Humanitarian space: a review of trends and issues. HPG Reports 32. London: Overseas Development Institute.
- DKKV, Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorgen (Hg.) (2011): Refining the Agenda? Humanitarian Assistance in Times of Climate Change. DKKV Publications Series 44. Bonn: DKKV.
- Donini, Antonio (2008): Through a Glass, Darkly. Humanitarianism and Empire. In: Gunewardena, Nandini; Schuller, Marc (Hg.): Capitalizing on Catastrophe. Neoliberal Strategies in Disaster Reconstruction. Plymouth, UK: AltaMira Press, S. 29–44.
- Donini, Antonio; Minear, Larry; Walker, Peter (2004): Between Cooptation and Irrelevance: Humanitarian Action after Iraq. In: *Journal of Refugee Studies*, 17, 3, S. 260–272.
- Duffield, Mark (1994): Complex Emergencies and the Crisis of Developmentalism. In: *IDS Bulletin*, 25, 4, S. 37–45.
- Duffield, Mark (2006): Human security: linking development and security in an age of terror. In: Klingebiel, Stephan (Hg.): New interfaces between security and development: changing concepts and approaches. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, S. 11–38.
- Ecker-Ehrhardt, Matthias (2007): Neue Autoritäten? Ein kommunikationstheoretischer Blick auf die Deutungsmacht inter- und transnationaler Akteure in der Darfurkrise. Discussion Paper SP IV 2007–303. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Fink, Guenther; Redaelli, Silvia (2011): Determinants of International Emergency Aid—Humanitarian Need Only? In: *World Development*, 39, 5, S. 741–757.
- Forsythe, David (2001): UNHCR's mandate: The Politics of Being Non-Political. New Issues in Refugee Research Series Working Paper 33. Genf: Office of the United Nations High Commissioner for Refugees.
- GHA, Global Humanitarian Assistance (2012): GHA Report 2012. Abrufbar unter: http://www.globalhumanitarianassistance.org/wp-content/uploads/2012/07/GHA_Report_2012-Websingle.pdf (Zugriff am 10. August 2012).
- Goodhand, Jonathan; Hulme, David (1999): From wars to complex political emergencies: understanding conflict and peace-building in the new world disorder. In: *Third World Quarterly*, 20, 1, S. 13–26.
- Heins, Volker (2005): Democratic States, Aid Agencies and World Society: What's the Name of the Game? In: *Global Society*, 19, 4, S. 361–384.
- Hellmuth, Molly; Mason, Simon; Vaughan, Catherine; van Aalst, Maarten; Choularton, Richard (Hg.) (2011): A Better Climate for Disaster Risk Management. New York: International Research Institute for Climate and Society.

Herbeck, Johannes; Flitner, Michael (2010): ‚A new enemy out there‘? Der Klimawandel als Sicherheitsproblem. In: *Geographica Helvetica*, 65, 3, S. 198–206.

Hilhorst, Dorothea; Jansen, Bram (2010): Humanitarian Space as Arena: A Perspective on the Everyday Politics of Aid. In: *Development and Change*, 41, 6, S. 1117–1139.

IASC, Inter-Agency Standing Committee (2009): Aid agencies call for strong agreement to address ‚humanitarian shocks‘ of climate change. Pressemeldung, 8. Juni 2009. Abrufbar unter: <http://www.icva.ch/doc00003615.doc> (Zugriff am 17. August 2012).

ICRC, International Committee of the Red Cross (2007): Statutes of the International Red Cross and Red Crescent Movement. Abrufbar unter: <http://www.icrc.org/eng/assets/files/other/statutes-en-a5.pdf> (Zugriff am 14. August 2012).

ICRC, International Committee of the Red Cross (2012): Components and bodies of the International Movement of the Red Cross and Red Crescent. Abrufbar unter: <http://www.icrc.org/eng/resources/documents/misc/components-movement.htm> (Zugriff am 20. August 2012).

IDMC, Internally Displacement Monitoring Center (2012): People displaced by natural hazard-induced disasters. Global estimates 2011. Genf: IDMC.

Ivanova Maria (2003): Partnership, international organizations, and global environmental governance. In: Benner, Thorsten; Streck, Charlotte; Witte, Jan (Hg.): *Progress or Peril? Networks and Partnerships in Global Environmental Governance. The Post-Johannesburg Agenda*. Berlin: Global Public Policy Institute, S. 9–36.

Kellett, Jan; Sparks, Dan (2012): *Disaster Risk Reduction. Spending where it should count*. Somerset, UK: Global Humanitarian Assistance.

Mitchell, Tom; van Aalst, Maarten; Silva Villanueva, Paula (2010): *Assessing Progress on Integrating Disaster Risk Reduction and Climate Change Adaptation in Development Processes. Strengthening Climate Resilience Discussion Paper 2*. Brighton, UK: Institute of Development Studies.

OCHA, Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2010): Potential new climate change adaptation funding sources for disaster preparedness activities. Background paper. Abrufbar unter: http://www.preventionweb.net/files/14454_OCHAFeb2010.pdf (Zugriff am 5. November 2012).

OCHA, Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (o. J.): *Climate Change – Humanitarian Impact*. Abrufbar unter: <http://www.unocha.org/what-we-do/advocacy/thematic-campaigns/climate-change/humanitarian-impact> (Zugriff am 14. August 2012).

Red Cross; Red Crescent Climate Centre (2006): *Annual report 2005. Preparing for climate change*. The Hague: Board of the Red Cross/Red Crescent Climate Centre.

Red Cross; Red Crescent Climate Centre (2010): *What the RC/RC Climate centre can do for the RC/RC Partners*. Abrufbar unter: http://www.climatecentre.org/downloads/File/climate_centre/Technical%20support%20provided%20by%20the%20RCRC%20Climate%20Centre_final_.pdf (Aufgerufen am 21. August 2012).

Red Cross; Red Crescent Climate Centre (o. J.): *Mission & strategy*. Abrufbar unter: <http://www.climatecentre.org/site/mission> (Zugriff am 21. August 2012).

Rieff, David (2002): *Humanitarianism in Crisis*. In: *Foreign Affairs*, 81, 6, S. 111–121.

Roberts, Timmons; Parks, Bradley (2007): *A Climate Of Injustice. Global Inequality, North-South Politics, and Climate Policy*. Cambridge: MIT Press

Rodella-Boitreaud, Aude-Sophie; Wagnery, Natascha (2011): ‚Natural‘ Disaster, Conflict and Aid Allocation. Graduate Institute of International and Development Studies Working Paper No: 09/2011. Genf: Graduate Institute of International and Development Studies.

Seiters, Rudolf (2012): Die international Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung als globaler Akteur. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 5, S. 1–9.

Shannon, Róisín (2009): Playing with principles in an era of securitized aid: negotiating humanitarian space in post-9/11 Afghanistan. In: *Progress in Development Studies*, 9, 1, S. 15–36.

Stoddard, Abby (2003): 2003. Humanitarian NGOs: Challenges and Trends. In: Macrae, Joanna; Harmer, Adele (Hg.): *Humanitarian Action and the ‚Global War on Terror‘: A Review of Trends and Issues*. HPG Reports 14. London: Overseas Development Institute, S. 25–36.

Strömberg, David (2007): Natural Disasters, Economic Development, and Humanitarian Aid. In: *Journal of Economic Perspectives*, 21, 3, S. 199–222.

Strüver, Anke (2007): The Production of Geopolitical and Gendered Images through Global Aid Organisations. In: *Geopolitics*, 12, 4, S. 680–703.

Swyngedouw, Erik (2010): Apocalypse Forever? Post-political Populism and the Spectre of Climate Change. In: *Theory, Culture & Society*, 27, 2-3, S. 213–232.

Trombetta, Maria (2012): Climate Change and the Environmental Conflict Discourse. In: Scheffran, Jürgen; Brzoska, Michael; Brauch, Hans Günter; Link, Peter Michael; Schilling, Janpeter (Hg.): *Climate Change, Human Security and Violent Conflict. Challenges for Societal Stability*. Berlin u. a.: Springer.

UNHCR, United Nations High Commissioner for Refugees (2009): *Climate change, natural disasters and human displacement: a UNHCR perspective*. Genf: UNHCR.

UNHCR, United Nations High Commissioner for Refugees (2011): High Commissioner’s Opening Statement to the 62nd Session of ExCom, Palais des Nations, Geneva, 3. Oktober 2011. Abrufbar unter: <http://www.unhcr.org/4e89a67b9.html> (Zugriff am 10. November 2012).

UNHCR, United Nations High Commissioner for Refugees (2012): *Global Trends 2011. A year of crises*. Genf: UNHCR.

WHH, Welthungerhilfe (2011): *Klimaanpassungsprüfung. Ein Instrument zur Berücksichtigung des Klimawandels und seiner Auswirkungen auf die Programme und Projekte der Welthungerhilfe*. Bonn: Welthungerhilfe.

WHH, Welthungerhilfe (2012): *Jahresbericht 2012*. Bonn: Welthungerhilfe.

WHH, Welthungerhilfe (o. J.): *Welthungerhilfe Profil*. Abrufbar unter: <http://www.welthungerhilfe.de/welthungerhilfe-profil.html> (Zugriff am 21. August 2012).

Artikel IV.

Islam, M., **Herbeck, J.** (2013): Migration and translocal livelihoods of coastal small-scale fishers in Bangladesh. *Journal of Development Studies* 49(6), 832-845.

Status:

Veröffentlicht

Migration and Translocal Livelihoods of Coastal Small-scale Fishers in Bangladesh

MOHAMMAD MAHMUDUL ISLAM*** & JOHANNES HERBECK**

*Bremen International Graduate School for Marine Sciences (GLOMAR), University of Bremen, Bremen, Germany, **artec/Research Center for Sustainability Studies, University of Bremen, Bremen, Germany

Final version received November 2012

ABSTRACT *Based on qualitative fieldwork, this study analyses reasons and outcomes of fishers' migration in Bangladesh. The results show that fishers' livelihoods are characterised by a series of vulnerabilities and endemic poverty contributing to their migration decisions. However, fishers also migrate pro-actively to enhance their capacities and explore opportunities. The outcomes of migration are highly diverging: while for poorer fishers, migration is a way of coping with shocks, better resourced fishers can use it for asset accumulation. The importance of migration for their livelihoods and emerging networks across space generate forms of translocal households that coordinate their activities over long distances.*

1. Introduction

Migration is an important strategy of poor households to secure, improve and diversify their livelihoods (cf. de Haan, 1999; International Development Committee, 2004), which can also be observed in small-scale fishing communities (Marquette et al., 2002; Nunan, 2010; Overå, 2001). Though traditionally, migration decisions of fishers have mainly been conceptualised as responses to the movements of fish, the fluctuation of fish availability and market prices, it has increasingly been acknowledged over the past decades that both reasons and motivations, and the patterns of migration have become increasingly diverse. The availability of fish still plays an important role; however, migration is not always simply about following fish stocks (Njock and Westlund, 2010). Rather, as for example Marquette et al. (2002) have shown in their rich study of the Moree people in Ghana, fishers' migration is a process which is shaped by historical patterns, resource change, and economic and political factors.

Though migration and mobility are integral part of the livelihoods of many coastal fishers in Bangladesh, few researchers have explored these issues. Focusing on concepts of vulnerability and poverty, as well as the concept of translocal livelihoods, the present study seeks to offer a deeper understanding of the role of migration in these livelihoods. It thereby determines the factors that lead fishers to migrate, particularly the role of poverty and vulnerability in migration decisions; and the effects of migration on poverty and vulnerability reduction. Furthermore, it focuses on the emergence and relevance of translocal social networks in migration systems. This study has important policy implications because a better understanding of the role of migration in livelihood strategies can guide decision-makers to incorporate migration into poverty alleviation strategies (cf. Njock and Westlund, 2010).

Correspondence Address: Mohammad Mahmudul Islam, University of Bremen, Bremen International Graduate School for Marine Sciences (GLOMAR), Bremen, 28359 Germany. Email: m.islam@uni-bremen.de

The article is structured as follows: the next section builds on concepts of vulnerability, poverty, and translocal livelihoods as analytical framework for the empirical data. Section 3 describes the methods used to collect data along with a brief description of the study areas. Section 4 briefly characterises the fishers' mobility. Section 5 looks at the reason to leave, or not, the place of origin for extended periods of time. Section 6 deals with the complex situations in the places of destination, outlining fishers' risks and opportunities, and the emergence and utilisation of translocal networks. The main findings of the study are summarised and discussed in section 7, followed by some concluding remarks in the final section.

2. Poverty, Vulnerability and Translocal Livelihoods

The definition of poverty, and therewith the question of who is to be counted as 'poor' and who not, has always been a crucial and heavily debated issue, with numerous, sometimes ambiguous answers (Atkinson, 1987; Notten and De Neubourg, 2011). The hitherto dominant focus on income was shifted in the early 1980s, when Sen developed his capability approach, in which he extended poverty analysis by focusing on entitlements, opportunities and capabilities of people that determine their access to various forms of resources and their ability to integrate them into successful livelihoods. In doing so, Sen's approach added a clear process component to former static poverty concepts, as described poverty constituents are conceived as flexible and changeable (Sen, 1981a, b, 1999). Building upon Sen's works, others have tried to expand the scope of poverty research by introducing new parameters such as different forms of employment and their quality, measures of perceived autonomy and integration in decision-making, or questions of psychological and subjective well-being to poverty surveys (e.g. Alkire, 2007).

Today, the vast majority of the literature clearly goes beyond the simplistic, income-oriented conceptualisations of poverty, but conceives the issue as a multidimensional and complex matter. A number of authors have specified this multidimensionality for poverty analysis in small-scale fisheries. For example, Béné (2003) identifies four categories of intrasectional exclusion, namely economic exclusion, social marginalisation, class exploitation and political disempowerment, that contribute to the impoverishment of fishers.

Similar to those newer poverty conceptions, vulnerability is a broad concept that focuses on possible negative impacts of external stresses on a system (individual, household, region and so forth). A widely used definition of vulnerability describes it as 'the state of susceptibility to harm from the exposure to stresses' (Adger, 2006: 268), whereby stresses can originate both from environmental and social changes that are affecting the respective system and are coupled with the absence of a capacity to adapt. The determinants or causal structures of a person's or household's degree of vulnerability are manifold and relevant approaches have been broadly categorised into three main areas (Watts and Bohle, 1993): entitlement deprivation, political exclusion, and political economy approaches. In summary, vulnerability is understood as the result of cumulative and intersectional processes of exclusion, mediated through social and cultural systems that determine the susceptibility towards external stresses (Bailey, 2011).

The definitions above show that poverty and vulnerability are closely linked. Both are conceived as processes with multiple determinants and similar root causes (especially social and political inequity). Irrespective of the analogies, the concepts differ in certain aspects. Chambers (1989) distinguishes poverty from vulnerability, describing the former as deprivation, lack or want; whereas, the latter is defined as defencelessness, insecurity, and exposure to shocks and stress. Vulnerability and poverty are often seen as mutually reinforcing social conditions, as the most vulnerable parts of societies are often the poorest, and vice versa. Authors like McCulloch and Calandrino (2003), Carter and Barrett (2006) and Béné (2009) have refined this relationship by pointing out that households can be clearly above poverty levels and at the same time be highly vulnerable to shocks that can quickly push them back into poverty. This 'welfare vulnerability' (Béné, 2009: 923), that is the probability to fall back behind a certain welfare threshold in future, is considered to be a central determinant for persistent poverty,

calling for safety nets to protect vulnerable populations. Béné and Friend (2011) conclude for small-scale fisheries that a three-pronged framework, in which the connections between poverty, vulnerability and marginalisation are considered, can help analyse mechanisms and processes that are responsible for fishers' poverty.

Two complementary arguments can be made in an initial attempt to describe the links between vulnerability and poverty on the one hand, and human mobility or migration on the other. First, the decision to migrate can be understood as a coping mechanism to deal with poverty or external shocks. In this line of reasoning, migration has been described as a protective measure to avoid harms to a household after the occurrence of a potentially harmful external event, or, in a more essential and radical perspective, as a last resort to deal with externalities, after other coping mechanisms have failed (cf. Warner et al., 2009). Similarly, migration has often been described as a more or less desperate answer to escape chronic poverty although it has already been noted that it is often not the truly poor that migrate (cf. Ellis, 2003). Second, and more pro-actively, the decision to migrate is often considered a strategy pursued by migrants to preventively reduce both their vulnerability and poverty, which can be achieved in several ways.¹ The diversified earnings or remittances from migration can play a pivotal role in initiating and sustaining a virtuous spiral of asset accumulation that can open up the way out of poverty (Deb et al., 2002: vi). Additionally, migration can help to widen social networks and increase the social capital of migrants, which can facilitate the proper use of resources needed for poverty reduction (Ellis, 2003; Jentoft and Midré, 2011). With regard to vulnerability, Ellis (2003) argues that seasonality and risk are two factors predisposing poor people to high degrees of vulnerability, both of which can be ameliorated through migration. Migration then is conceived as a pro-active strategy that reduces the probability of an adverse impact of external shocks.

The widespread relevance of temporal or permanent forms of migration for the livelihoods of disadvantaged groups of people in the developing world has recently been subsumed under the concept of 'translocal livelihoods' (cf. Greiner, 2011; Lohnert and Steinbrink, 2005; Long, 2008; Steinbrink, 2009). The term describes 'sets of multidirectional and overlapping networks, constituted through migration, in which the exchange of resources, practices and ideas links' (Greiner, 2010: 137) and puts 'the translocal complex socio-spatial interweavings (...) at the centre of epistemological interest' (Lohnert and Steinbrink, 2005: 95). A focus on translocal livelihoods dissolves the spatial boundedness of vulnerability and poverty research, especially with regard to the conceptual division between rural and urban areas, by targeting at the multiple sites at which translocal households pursue their livelihood strategies. Grounding in concepts of transnationalism and a fundamental critique of the rural-urban dichotomy, scholars argue that the translocal constitution of livelihoods and respective translocal social spaces not only impact the organisation of the household economy, but also touches questions of belonging and identity that are more and more detached from 'classical' household structures. Consequently, research on vulnerability and poverty of marginalised groups has to acknowledge that households are not necessarily defined through co-residency, shared meals or kinship, but can constitute themselves through continuing forms of exchange, cooperation and a collective livelihood strategy. A translocal household is then understood as a community, 'whose members coordinate the organization of their activities of consumption, reproduction and resource use over an extended period of time' (Steinbrink, 2009: 48). The concepts especially leaves behind the 'modernist' believe that rural-urban migration can be considered as transitory phenomenon of developing societies on their way to modernity, but acknowledges the persistence and complex realities of current migration. It thereby offers new insights into the economic and social interactions between different locations as fundamental elements of livelihoods in the developing world.

In our study, we combine the different perspectives described above. We are looking at poverty levels and income opportunities of both, migrating and non-migrating households, as well as other constituents of poverty that, in a multifactorial understanding of the notion, determine the poverty of migrants' households. We believe that the different poverty dimensions play a pivotal role in determining both the disposition of households or single household members to migrate and the vulnerability towards external shocks. Consequently, we also look at the vulnerability contexts in

which households act, both before and after a permanent or seasonal change of residence, as they shed light on the potential changes of their susceptibility through migration. In general, we understand migration decisions of households not as the simple outcome of ‘push’ and ‘pull’ factors; we rather believe that it is important to consider the agency and self-determination of migrants and the emancipatory potential of migration decisions. The overarching aim of the study is to find out the relevance of permanent and seasonal migration for the livelihoods of small-scale fishers and its potentials for poverty and vulnerability reduction through a translocal lens.

3. Study Areas and Methods

3.1 Study Areas

In the present study, data has been collected in migrant fishing camps adjacent to three local traditional fishing communities namely Kattali, Ananda Bazar and Katghar, along the Chittagong coast. Chittagong, the main port city of Bangladesh, is located in close proximity to these villages. Some permanent migrants live with their families in their own or rented houses on government owned land (*khas* land). In addition, interviews have been conducted in a fishing community identified as one of the places of origin for respective migration movements. This sending community, which we will refer to as Mayapara, is situated in Subarnachar *upzilla* (sub-district) of Noakhali district (Figure 1) and consists of 27 fishing households. They use traditional fishing techniques, such as set bag nets for collecting shrimp and other mixed species of white fish, and mainly work as hired labourers.

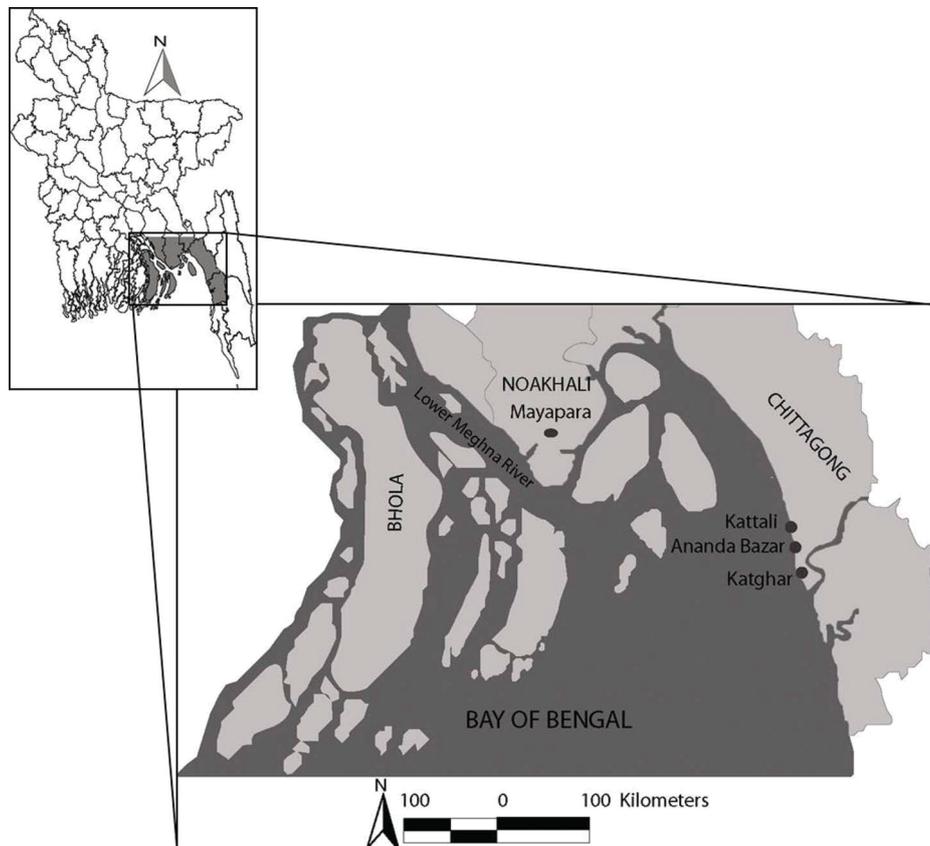


Figure 1. Map of the study area.

3.2 Data Collection Methods

A combination of participatory and qualitative methods has been used for primary data collection from June 2011 to September 2011. A total of 70 individual interviews have been conducted (20 in Mayapara and 50 in Chittagong), using a semi-structured questionnaire consisting of questions regarding households' characteristics, possession of households and productive assets, poverty status and vulnerability context, migration drivers, usage of remittances, as well as problems and prospects faced in the place of destination. Interviews lasted about 45 minutes on average and occupation of interviewees ranged from fishermen and fisherwomen, to boat and gear owner, to money lender. Key informant and in-depth interviews have also been conducted with well-informed persons like veteran skippers or representatives of local non-governmental organisations (NGOs). Key informant interviews have been conducted two to three times with each person, each time lasting about 60 minutes. A total of 10 key informants have been interviewed on a number of core issues covered by the in-depth interviews. As fishers felt uncomfortable with tape recording, the interviews have been mainly written down by a research assistant. In case of contradictory information, further assessment was carried out.

4. Mobility of Hilsha Fishers

The migration patterns analysed in this study revolve around Hilsha fishery. The species Hilsha (*Tenualosa ilisha*) constitutes the largest single fishery in Bangladesh, contributing to about 16 per cent of the country's total fish production (Kabir, 2006). Coastal small-scale fishers highly depend on Hilsha fishery to compensate erratic income and catches during the rest of the year (Department of Fisheries, 2005: 120). Thus, they are very mobile to chase the fast moving Hilsha fish and frequently change fishing grounds along the coast, depending on the availability of the species. As a result, many fishers migrate on a short-term basis, mostly days or weeks. The trajectories of the seasonal migration are not linear and it is difficult to identify general patterns. Some sending areas are simultaneously serving as destination areas, and vice versa. Nevertheless, in our study, we regard the Bhola and Noakhali districts as major sending areas, whereas the major destination area is Chittagong district. We will focus both on the seasonal, as well as the long-term migration of fisherfolk, that is typically a result of repeated seasonal migration episodes.

5. Place of Origin: Who Migrates, Who Stays Behind?

Most of the migrant fishers from the different communities in Bhola reported adverse living conditions in their home areas: they often live in congested settlements at the river side, mainly on government-held *khas* land and on coastal embankments. Being situated at the confluence of a highly dynamic estuary with massive geomorphologic changes, their livelihoods are subjected to continuous changes. The course of water is constantly changing, leading to riverbank erosion and subsequent accretion (cf. Lein, 2000). Some migrant fishers have already been displaced more than four times in their lives due to the ongoing erosion processes.

Fishing and agriculture are the two main occupations that absorb labour force in Bhola. Most fishers work as hired crew members and are paid 300 BDT on a daily basis, with regular interruptions of their engagement and income due to bad weather and fish availability. Depending on their position within the crew, the yearly income from Hilsha fisheries ranges from 14,400 to 39,000 BDT (Department of Fisheries, 2005: 118). With the loss of agriculture land as a result of ongoing erosion processes, more and more people enter fisheries, which leads to intensified competition over fishing grounds. In the context of increased fishing efforts and an overall reduced productivity (Amin et al., 2002; Nabi and Ullah, 2012), the income level largely depends on efficient fishing gear and other ancillary costs that most poor fishers cannot afford.² The access to formal credit schemes is almost impossible for

marginal fishers without bankable assets. For those fishermen, migration, especially for the first time, is often a way of 'exploring opportunities'.

The communities in Bhola are only poorly equipped with basic facilities like electricity, communication, education, sanitation, hospital, and recreation. The remoteness of the settlements also exposes fishers to risks associated with a deteriorated law and order situation. Attacks by criminals are a serious security issue for fishing people in Bhola. Generally, the fishing profession is still considered as a 'lower job' given its lineage to lower-caste professions.³ 'In Hilsha fishery there is money but little honour' laments one fisher from Vobanipur, Bhola (interview, 22 June 2011). A number of fishers said they feel embarrassed when being introduced to others as a fisher and feel disadvantaged in the social life of the communities. Those rather subtle, continuously experienced mechanisms of social exclusion are bitter and painful experiences for the fishers, motivating them to pursue jobs outside the periphery of their own community.

For some interviewed migrant fishers, migration is seen as an adventure and a chance to increase their status in the hierarchy of their home communities. Especially some young migrants reported that moving out of their communities also means breaking out of the pressure of family responsibilities or tensions with other family members. As most fishers work in hired crews under strong supervision of the boat owner as skipper, a perceived lack of freedom and rigid working environments, as described by one migrant fisher (interview in Ananda Bazar, 12 September 2011), could be another major reason for seeking outside employment under more favourable conditions. It has been reported that some boat owners lack respect towards their crews and show misbehaviour towards them. Migration, here again, bears emancipatory potential, both with regard to hierarchical and inflexible social structures, as well as economic disparities and dependencies.

Although the general socio-economic situation of the majority of fishing households along Bhola and Noakhali coast is characterised by a high degree of vulnerability and poverty, not all fishers migrate. Taking the fishing community of Mayapara in Noakhali as an illustrative case study, we will identify the reasons and motives for the migration of some fishers, while, under similar conditions, others don't migrate. When asked directly why they didn't move somewhere else, people would often refer to the advantages of their actual occupation. For example, four fishers involved in fish trade underline the advantages of their secure, year-round job with monthly income ranges from 6,000 to 7,000 BDT, which is more than the monthly wage of migrant crews in Chittagong. The job is perceived as rewarding, secure and continuous, still leaving much spare time with the family, as one 'stayer' said (interview in Mayapara, 12 July 2011). Three former fishing households that are now mainly involved in agriculture also do not intend to migrate. During the season of migration (June to October), some fishers without access to their own fishing gear are involved in agricultural activities such as shared cropping and perceive their year round food security as more important than any remittance they would earn by migrating to Chittagong. Another group of 'stayers' are veteran fishers (*majhi*) who still work as skippers in fishing teams. Their status in the community is good and they feel respected by their fellow fishers (interviews with fishers from Mayapara, 12 July 2011). In their case, migration would both diminish their status within the communities and the quality of their job. For them, self-respect and personal esteem is much more important than the surplus in money they could earn in the destination area. Another important reason not to move is the closeness to the family: a 'stayer' in Mayapara reported: 'Staying with my children and wife with little money is more important than a better income without living with my family' (interview with a fisherman from Mayapara, 14 July 2011).

Nevertheless, out of 27 households in Mayapara, 21 have at least one member who migrates seasonally to Chittagong. Obviously, many migration decisions can be at least partly explained through adverse conditions in the small-scale fisheries sector in the community. For example, the high costs of productive assets for Hilsha fishing is a serious impediment to a self-reliant livelihood, even for better-off households. Another reason for concern is the continuous relocation of the community's fishing grounds due to riverbed accretion and dam construction, now forcing fishers from Mayapara to travel about eight kilometres to reach the fishing harbours. Further, several interviews revealed that the majority of the fishing households in Mayapara encounters several financial

shocks each year, among them dowry provisions and treatment costs during medical emergencies. We met one veteran fisher in Mayapara who had to finance 40,000 BDT cash dowry and gold ornaments worth 50,000 BDT for his elder daughter's marriage. His migrant son contributed about half of the cash from savings. Those shocks are causing an almost constant state of indebtedness and financial insecurity. Some of the households have been forced to demand advance payments from entrepreneurs in Chittagong to overcome sudden crises,⁴ showing the high connection between vulnerability and migration decision.

6. Place of Destination: Exploring Income, Opportunities, and Risk

Along the Chittagong coast, fishing is one of the most important economic activities and is traditionally dominated by low-caste fishers who fish year round (Islam, 2011). An increasing reorientation of many young and educated community members to non-fishing sectors and the engagement of the *mohajon* (influential entrepreneurs with non-fishing backgrounds) in Hilsha fishing activities during the peak season led to a significant demand for migrant labourers.

6.1 Income, Opportunities and Assets Accumulation

The Hilsha fishery sector of Chittagong hosts both long-term and temporary migrants. Temporary migrants can broadly be categorised into two types: one group takes its own crafts and gear and fishes independently. Most temporary migrant fishers belong to the second group that works as waged labourers, either for local fishers looking to enlarge their crews, or for local *mohajon*. They are paid a monthly wage that varies depending on the type of work they are doing and the experience of the *majhi* (skipper) and crew (usually between 5,000 to 6,000 BDT), and are additionally provided with food, lodging (in fishing camps) and per diem by the employer. Wages are usually cumulated and paid as a lump sum at the end of the season.

According to some migrant fishers, the main economic benefit of the migration episode lies with the lump sum payment at the end of the season. As living costs during the contractual period are covered by their employers, fishers who are not indebted or in need of money for immediate consumption purposes of other household members are able to save a main share of their wage. Thereby, it is not only the marginally higher amount of money they are paid in Chittagong, but also the mode of the monetary flow that favours the translocal households. In comparison with monthly payments, the availability of a lump sum amount (which has been reported as from 15,000 to 20,000 BDT for fishing crew members) makes it easier for households to start investments in different assets. For example, one migrant fisher reported that he has renovated his house with about 17,000 BDT from his last year's payment.

After the Hilsha fishing period ends, the majority of migrants return home for diverse reasons, for example to continue rewarding livelihood options back home or due to strong family ties. Those who want to stay long term, often after having performed two or three phases of circular migration, pass into different jobs like rickshaw pulling or ship-breaking labour. The ready-made garments industry in Chittagong also opens opportunities, primarily for female family members of long-term migrants. Although many migrants live in slum dwellings in the first instance, almost all interviewees reported that their overall situation has improved for various reasons. With regard to personal security issues, life is generally perceived to be much more secure in the new area, as the threat of becoming a victim of criminal attacks is felt to be reduced (interviews with a group of fishermen in Kattali, 22 June 2011). The Chittagong coast is relatively well protected through concrete bolder systems and coastal embankments. For the disaster-prone migrant fishers, this setting of relative security and reliability of the environment is among the main reasons for their decision to stay in Chittagong (interviews with a group of fishermen in Katghar, 24 June 2011).

6.2 Risk, Vulnerability, and Negotiations to Create Niches

Though migrant fishers often enjoy more freedoms, their livelihood situation is still tense, as revealed by several interviews. First, the working conditions on the boats are more dangerous than before. Each year fishers are killed or injured in accidents, but no compensation is usually given. Second, the fishing camps often have a very limited access to basic facilities such as sanitation and water. Third, despite its important role in the migration process, the relation to the *mohajon* can contain pitfalls: several cases were found where *mohajon*–migrant tensions result in under or late payment of migrants. Fourth, migrant fishers are in most cases not included in the decision-making processes regarding the fishing practices of the local communities they are entering. Fifth, migrants lack proper social capital, which is especially critical in times of crises. The *mohajon* would assist migrants in matters related to fishing activities, but in personal matters, for example the illness of a family member, migrants are thrown back on their own limited resources.

In response to those circumstances, migrant fishers are in constant negotiations to create their niche. In most cases, migrant and local fishers employ different fishing techniques and gears. Local fishers traditionally use the fixed set bag nets in their ancestral fishing ground *Faar*,⁵ whereas migrant fishers prefer mobile gears like gill nets, mainly in deeper waters beyond the fishing areas of the local fishers. This helps to avoid potential conflicts over the acquisition of *Faar*, which otherwise may escalate. The *mohajon* provide, according to statements of many of our interviewees, a form of ‘protective security’ that is strongly connected to the *dadon* system. Even if they are better off, independent migrant fishers take *dadon* from a fishing entrepreneur, as the affiliation with a local patron represents a form of protection against harassment by local fishers (interview with a group of fishermen in Katghar, 22 September 2011). For long-term migrants, the search for niches goes beyond the Hilsha season. Here, the level of education and skills plays a pivotal role in determining the success of the ‘migration experiment’. Migrant fishers with a basic education and with suitable contacts are able to work in garment factories in Chittagong, ensuring them a continuous income of around 4,000 to 5,000 BDT per month (interview with a fisherwoman in Katghar, 22 September 2011) that compensates for the reduced opportunities in the fisheries sector during lean seasons. The options of illiterate migrants without respective social and human capital are reduced to less rewarding manual jobs. A permanent status is in some cases reached with the assistance of the *mohajon*, who employ reliable and hard-working migrants in other businesses during the off-season and thereby ensure their loyalty and availability for the next Hilsha season.

6.3 Translocal Livelihoods: Opportunities and Constraints

In many cases, the decision to migrate is shaped by and shaping rural–urban networks across space that organise the behaviour of households in the face of poverty and vulnerability. Virtually all migrants report that any saving from their income in Chittagong is intended to be invested in their homestead; whether the money is used for agriculture inputs or the education of children or siblings, for buying productive assets such as a rickshaw or sewing machine or for improving the housing situation, is jointly decided. At the same time, the livelihood activities in the place of origin are maintained: household members who stay in the home community continue the local activities (for example fishing or agriculture) and sustain former livelihood strategies. This often means that women take over their husbands’ agricultural activities, thus reducing the opportunity cost of their mobility. Apart from the share of the income needed for covering the expenses at each location, the outcomes of all livelihood activities are conceived as common household property. Some migrant women working in garments are found to send their toddler to grow up with their grandparents as there are insufficient child care facilities in absence of parents. Women’s important role in livelihood activities and family care also strengthens the translocal mode of the migrant households at both ends, where migrant women are found to foster strong ties with household members back home through regular communication and by sending gifts and necessities.

Both long- and short-term migrant fishers have been found to maintain strong ties with their home and can still be considered part of the social and economic structures and strategies back home: they are still involved in important family decision-making, either via mobile phone or during regular visits to the home community. The majority of migrants said that they frequently visit their families for festive, for example religious, events or to settle family disputes or take responsibilities for wedding arrangements of family members. The other way round, household members staying in the home communities regularly visit the migrants (for example to consult physicians), and at the same time provide the migrant with vegetables and food grains from their homestead. The division between the two household parts is often not static, but will change its composition depending on, for example, living costs in the two locations: the higher living costs (e.g. higher food prices) in the urban setting forces some long-term migrants to temporarily send back their families until the situation improves. One fisher said: 'It is quite tough to survive in Chittagong if the spouse doesn't work. If both work, one income is used for meeting family costs and the other is saved. Three months ago, I brought my wife with me. But with a small baby she could not work, so she returned home. Back home, she can still grow vegetables and collect fuel woods that we otherwise would need to buy here' (interview with a fisherman in Katghar, 21 September 2011).

One of the common desires for the majority of interviewed migrants is to save money and to ultimately return home. 'Though I am working here, I always have feelings for my home. I am now living a better life here and I am sure I will lead a better life back home too, if I could manage some savings and start a petty business in my village', as one fisher put it (interview in Ananda Bazar, 12 August 2011). However, the translocal strategy of migration does not bring positive outcomes in all cases; instead, it may increase vulnerability and poverty (cf. Kothari, 2003; Nunan, 2010). We found some 'failed' migrants, for example younger community members, who developed drug addictions and stopped supporting their families. This is especially tragic when migrants initially have to take loans from neighbours or relatives to cover the migration costs. The family back home has to compensate the missing remittance flow, again taking up a loan to maintain the livelihood. After the migrant's return, the household is heavily indebted and ultimately often forced to sell remaining assets. Of course, in those cases migration is perceived as a negative, risky undertaking: 'If my husband would have worked here, I could have had a better control of how he spends his income. I might not have been forced to take a loan for our living costs then', said one woman from Mayapara, Noakhali (interview on 23 July 2011).

7. Discussion

We have shown that at their place of origin in the districts of Bhola and Noakhali, the livelihood of coastal fishers is beset with a series of vulnerabilities, with social, economic, political, and institutional facets. In addition, marginal fishers experience multifaceted poverty that is manifested in a lack of physical and subjective safety and security, limited employment opportunities, and an inability to lead a dignified public life (Table 1).

In comparison to the situation at the place of origin, earnings from Hilsha fishing are reported to be only marginally higher at the Chittagong coast. Hence, income poverty can only explain parts of fishers' motivation to migrate, which can also be said for the vulnerability contexts: the vulnerabilities at the two locations differ in nature, but it can rather be described as an exchange of different facets of vulnerability than a total eradication. Thus, exploring opportunities and adding extra income to the translocal household could be argued as additional incentive for the decision to migrate (Greiner, 2011). However, although the place of destination offers different opportunities for strengthening the income base and reducing the vulnerability of migrants, the access varies greatly and is especially dependent on personal skills, education, the duration of stay, and the access to networks. Therewith, migration helps to improve the socio-economic conditions of many migrants, but not of all.

The unsuccessful ones are often temporary migrants without proper human and social capital. The income gained during their migration episodes is mainly spent on food, to meet the costs of sudden

Table 1. Opportunities and constraints at the different locations of translocal livelihoods

	Opportunities and constraints in the home communities	Opportunities and constraints in migrant destinations
Environmental setting	<ul style="list-style-type: none"> • Erosion of homestead land • Erosion of cultivable land • Decreasing fisheries productivity 	<ul style="list-style-type: none"> • Turbulent monsoon conditions • Decreasing fisheries productivity • More stable coastlines • Less exposure to hazards
Infrastructure/facilities	<ul style="list-style-type: none"> • Inadequate basic facilities, e.g. roads, health care, education, etc. • Congested settlements • Poor marketing and credit facilities 	<ul style="list-style-type: none"> • Better access to basic infrastructure and marketing • Poor housing in migrant camps • Protection measures along the coast
Occupation	<ul style="list-style-type: none"> • Dependency on fisheries sector and subsistence farming, little options to compensate seasonality • Lack of efficient fishing gears in poorer households • Independent occupation with continuous income for better-off fishers • Year-round food security from subsistence farming 	<ul style="list-style-type: none"> • Better earnings, opportunity to save money • Availability of efficient fishing gears • Availability of alternative job opportunities, also for women • Access to off-season occupation highly dependent on social and human capital • High food prices
Patron–client relationship	<ul style="list-style-type: none"> • Often exploitative patron–client relationship • Rigid working environments under patron supervision 	<ul style="list-style-type: none"> • High dependency on patrons for entry into fisheries • Crucial entry point into other occupations • Occasional maltreatment by patron
Security	<ul style="list-style-type: none"> • Insecurity during fishing campaigns (e.g. crime syndicates) 	<ul style="list-style-type: none"> • Safer fishing due to the absence of criminal gangs
Freedom and recognition	<ul style="list-style-type: none"> • ‘Lower-caste’ job with little social reputation from neighbouring communities • Independent fishing and job satisfaction for better-off fishers • Respect and self-esteem for veteran fishers within communities 	<ul style="list-style-type: none"> • Freedom of movement • More recognition for fishers by <i>mohajon</i> • Extended social networks with other migrants • Exclusion from decision-making processes and social life of local fishing communities

expenditures like illness and to repay loans originally taken to cover the cost of their own travel. Thus, those migrants fail to initiate a virtuous circle of accumulation. In contrast, for the majority of long-term and skilled migrants, the year-round and diversified income sources enable them to systematically accumulate a certain share of their earnings. This saving is then available for investment back home, for example in agricultural or fishery inputs. In some other cases, the money, in combination with other resources, is the basis for a household member’s labour migration to the Middle East: the successful internal migration in the first instance can have a catalytic role for a subsequent international migration. Drawing from the two separate outcomes, we can suggest that for some migrants, migration is one way of ‘coping’ with risk, vulnerability and poverty thus a ‘way of hanging on’ (Rogaly and Rafique, 2003: 679), whereas for others, migration is an ‘accumulative’ strategy, opening up opportunities for a long-term improvement of the household’s livelihood.

Irrespective of the outcomes, the overwhelming majority of migrants, both temporary and permanent, keeps up an ‘active orientation towards home’ (Lohnert and Steinbrink, 2005: 102) which is the toehold of their translocal strategy to address livelihood security. This connection exceeds the expected upholding of personal contacts, but comprises all fields of household organisation – for example the decision over investments in housing or productive assets, the continuation or interruption of single livelihood strategies or other long-term household strategies. The exchange processes within the

divided migrant households don't stop at financial resources, but also cover practices and ideas as 'social remittances' (Greiner, 2010: 136). We interpret this arrangement as mutual development strategies across space, confirming the existence of 'translocal livelihoods'. In line with Long's (2008) findings, members of the translocal households in both places are in close contact via mobile phone enabling them to engage with and share each other's ideas and plans for family well-being. Thus, although the physical location of the household's members is separated by 100 kilometers they can nevertheless shape each other's conceptions.

Confirming earlier findings on potential positive roles of migration (cf. de Haan, 1999; Ellis, 2003), this translocal strategy can be instrumental in reducing poverty and vulnerability both at the place of origin and destination. This is obvious when financial resources and ideas are passed from one end (location) of the translocal network to increase the earnings at the other, as for example when productive assets like sewing machines or rickshaws are bought, diversifying income sources and thereby spreading the risks of income failures. However, flows of resources are not only directed towards the place of origin but also take the other way round, albeit to a lesser extent. Rural household parts take over important functions in the translocal livelihoods: women often take responsibilities of migrant fishers when they are away; to cope with income fluctuation and job availability household members may go back home. At the same time, the success of mobility and translocal strategies depends very much upon whether and how female household members participate in the migration episode and therewith contribute to the income of the translocal household. A second earner helps to save up income, to compensate the higher living cost in the city and to overcome the regular shocks striking the household. Following Greiner (2011: 614) translocality then 'provides a path to socio-economic upward mobility'. In contrast, households that are devoid of networks and connections for a secondary job often spend their incomes immediately to satisfy basic needs. In the worst case, the outcomes of translocal strategies may reverse where 'failed' migrant entrap their families back home into debt. Here, 'translocal relations entail a socio-economic downward spiral' (Greiner, 2011: 614).

Migration provides a way to establish ties with people from different socio-cultural backgrounds, which often directly benefits the migrant's social environment and opens up employment opportunities for other family members. Those emerging social networks at the place of destination are crucial entry points in providing financial, social, and emotional support and assistance to the newcomers, thus minimising uncertainty, the cost of relocation and enhancing migrants' coping capacity (cf. Afsar, 2002). This also underlines Steinbrink's (2009: 137f.) findings that networks beyond the (intrinsic) internal network of a translocal household are crucial resources for accessing and utilising opportunities in the different localities of those households. For example, the connections to a *mohajon* can be of great importance for a permanent relocation, although the 'selectivity and exclusion' of this patron-client system favours only some migrants (Platteau, 1995: 776).

8. Conclusion

We have seen that a translocal view of the livelihoods of small-scale fishers in Bangladesh can help understand the complex rural-urban interweavings and connections that are central elements of respective livelihood strategies. By relativising spatially bound vulnerability and poverty analyses and by expanding the geographical scope of respective studies, concepts of translocal livelihoods can help to capture the translocal realities of migrant households. We have seen that migration helps to expand the capacity to construct individual 'exit routes' out of poverty by ameliorating seasonality and the exposure to stresses, thereby reducing vulnerability, enabling investment in a range of livelihood assets (agriculture, education, and so forth), and increase the chances to initiate ways out of poverty (Ellis, 2003). Thus, migration of the poor can be described 'as both a *necessity* – part of a coping strategy for families experiencing extreme hardship, and an *opportunity* – a means of expanding a household's livelihood and ability to accumulate assets' (United Nations Development Programme, 2009: 16). Small-scale fishers in our case are found to migrate to escape vulnerability, interrupt their poverty or, most importantly, to enhance their capacities and opportunities. In this process, divided

fishing households are connected through a constant exchange of capital, goods, and information. The continuation of livelihood strategies at the place of origin and the emergence of strong economic and social ties across space leads to an increasing translocal organisation of migrant households. The extent to which such households can benefit from the geographic diversification greatly varies. Some migrants, often temporary ones, have been generally found to have difficulties using remittances for a long-term improvement of their situation. Thus, for this group of migrants, the translocality of their households basically works as a buffer to fall back on during the period of crises, but does not facilitate a continuous improvement of the economic situation. Migrants with continuous income sources at the place of destination are generally better situated and are able to put income aside for future investments with poverty-averting potential. Based on these findings, we found a translocal perspective as a useful framework for a better understanding of migration dynamics in coastal small-scale fisheries in Bangladesh. The outcome of migration is not just a flow of remittances to the place of origin, but forms a livelihood system as an organisation of social spaces that embraces place of origin and place of destination 'as a single social field, facilitating the circulation of people, resources and ideas' (Greiner, 2011: 620). As it has been noticed by Steinbrink (2009: 413f.), it is virtually impossible to universally evaluate the benefits or disadvantages of translocality. We have seen that it can both help households to escape chronic poverty and reduce vulnerability, or reinforce and aggravate existing inequalities within and across communities. Nevertheless, measures to alleviate poverty and vulnerability have to acknowledge the translocal mode of many migrant households and have to consider translocal effects of any intervention. Adopting a translocal perspective in studying the migration–poverty–vulnerability nexus will help to capture the complexities of issues in this process that in turn will help to delineate effective policy for addressing poverty and vulnerability in translocal households.

Acknowledgements

This research work has been funded by GLOMAR, University of Bremen. Thanks to Svein Jentoft, Maarten Bavinck and Ratana Chuenpagdee for their comments on an earlier draft of this article. We are grateful to Michael Flitner, Jonas Hein and Silja Klepp for their helpful comments. We also thank two anonymous reviewers for their valuable comments.

Notes

1. All this has to allow for the fact that migration can of course also have negative effects on poverty and vulnerability levels of migrant households (cf. de Haan, 1999: 21; Kothari, 2003).
2. For example, the costs for buying and operating a fishing boat for one Hilsha season are estimated around 560,000 BDT (Department of Fisheries, 2005: 120).
3. Small-scale fishing in Bangladesh is traditionally done by low-caste Hindu communities.
4. We encountered one family that, after covering treatment costs of around 8,000 BDT for the delivery of twins, now finds itself highly indebted. To cover the costs, they have taken up a loan from a *mohajon*.
5. In Chittagong, traditional fishers maintain locally organised and hereditary entitlements in open access fishery. This *faar* system is used as a way to access and use fishing space.

References

- Adger, W.N. (2006) Vulnerability. *Global Environmental Change*, 16(3), pp. 268–281.
- Afsar, R. (2002) Migration and rural livelihoods, in: K.A. Toufique and C. Turton (eds) *Hands Not Land: How Livelihoods are Changing in Rural Bangladesh* (Dhaka/London: Bangladesh Institute of Development Studies and Department for International Development), pp. 89–96.
- Alkire, S. (2007) The missing dimensions of poverty data: Introduction to the special issue. *Oxford Development Studies*, 35(4), pp. 347–359.
- Amin, S.M.N., Rahman, M.A., Haldar, G.C., Mazid, M.A. and Milton, D. (2002) Population dynamics and stock assessment of Hilsa Shad, *Tenualosa ilisha* in Bangladesh. *Asian Fisheries Science*, 15(2), pp. 123–128.

- Atkinson, A.B. (1987) On the measurement of poverty. *Econometrica*, 55(4), pp. 749–764.
- Bailey, A.J. (2011) Population geographies and climate change. *Progress in Human Geography*, 35(5), pp. 686–695.
- Béné, C. (2003) When fishery rhymes with poverty: A first step beyond the old paradigm on poverty in small-scale fisheries. *World Development*, 31(6), pp. 949–975.
- Béné, C. (2009) Are fishers poor or vulnerable? Assessing economic vulnerability in small-scale fishing communities. *Journal of Development Studies*, 45(6), pp. 911–933.
- Béné, C. and Friend, R.M. (2011) Poverty in small-scale fisheries. *Progress in Development Studies*, 11(2), pp. 119–144.
- Carter, M.R. and Barrett, C.B. (2006) The economics of poverty traps and persistent poverty: An asset-based approach. *Journal of Development Studies*, 42(2), pp. 178–199.
- Chambers, R. (1989) Editorial introduction: Vulnerability, coping and policy. *IDS Bulletin*, 20(2), pp. 1–7.
- de Haan, A. (1999) Livelihoods and poverty: The role of migration – a critical review of the migration literature. *Journal of Development Studies*, 36(2), pp. 1–47.
- Deb, U.K., Rao, G.D.N., Rao, Y.M. and Slater, R. (2002) *Diversification and Livelihood Options: A Study of Two Villages in Andhra Pradesh, India, 1975–2001* (London: Overseas Development Institute).
- Department of Fisheries (2005) *Hilsha Conservation and Management. Training Manual* (Dhaka: Department of Fisheries).
- Ellis, F. (2003) *A Livelihoods Approach to Migration and Poverty Reduction* (London: Department for International Development).
- Greiner, C. (2010) Patterns of translocality: Migration, livelihoods and identities in northwest Namibia. *Sociologist*, 60(2), pp. 131–161.
- Greiner, C. (2011) Migration, translocal networks and socio-economic stratification in Namibia. *Africa: The Journal of the International African Institute*, 81(4), pp. 606–627.
- International Development Committee (2004) *Migration and Development: How to Make Migration Work for Poverty Reduction. Sixth Report of Session 2003–04, Vol. I* (London: House of Commons).
- Islam, M.M. (2011) Living on the margin: The poverty–vulnerability nexus in the small-scale fisheries of Bangladesh, in: S. Jentoft and A. Eide (eds) *Poverty Mosaics: Realities and Prospects in Small-Scale Fisheries* (Dordrecht/Heidelberg/London/New York: Springer), pp. 71–95.
- Jentoft, S. and Midré, G. (2011) The meaning of poverty: Conceptual issues in small-scale fisheries research, in: S. Jentoft and A. Eide (eds) *Poverty Mosaics: Realities and Prospects in Small-Scale Fisheries* (Dordrecht/Heidelberg/London/New York: Springer), pp. 43–68.
- Kabir, S.H. (2006) *Hilsha* [online]. Asiatic Society of Bangladesh. Accessed at http://www.banglapedia.org/httpdocs/HT/H_0123.HTM (accessed 2 November 2011).
- Kothari, U. (2003) Staying put and staying poor? *Journal of International Development*, 15(5), pp. 645–657.
- Lein, H. (2000) Hazards and ‘forced’ migration in Bangladesh. *Norsk Geografisk Tidsskrift – Norwegian Journal of Geography*, 54(3), pp. 122–127.
- Lohnert, B. and Steinbrink, M. (2005) Rural and urban livelihoods: A translocal perspective in a south african context. *South African Geographical Journal*, 87(2), pp. 95–103.
- Long, N. (2008) Translocal livelihoods, networks of family and community, and remittances in Central Peru, in: J. DeWind and J. Holdaway (eds) *Migration and Development Within and Across Borders: Research and Policy Perspectives on Internal and International Migration* (Geneva/New York: International Organization for Migration), pp. 37–68.
- Marquette, C.M., Koranteng, K.A., Overå, R. and Aryeetey, E.B.–D. (2002) Small-scale fisheries, population dynamics, and resource use in Africa: The case of Moree, Ghana. *AMBIO: A Journal of the Human Environment*, 31(4), pp. 324–336.
- McCulloch, N. and Calandrino, M. (2003) Vulnerability and chronic poverty in rural Sichuan. *World Development*, 31(3), pp. 611–628.
- Nabi, M.R. and Ullah, M.H. (2012) Effects of Set Bagnet fisheries on the shallow coastal ecosystem of the Bay of Bengal. *Ocean & Coastal Management*, 67, pp. 75–86.
- Njock, J.-C. and Westlund, L. (2010) Migration, resource management and global change: Experiences from fishing communities in West and Central Africa. *Marine Policy*, 34(4), pp. 752–760.
- Notten, G. and De Neubourg, C. (2011) Monitoring absolute and relative poverty: ‘Not enough’ is not the same as ‘much less’. *Review of Income and Wealth*, 57(2), pp. 247–269.
- Nunan, F. (2010) Mobility and fisherfolk livelihoods on Lake Victoria: Implications for vulnerability and risk. *Geoforum*, 41(5), pp. 776–785.
- Overå, R. (2001) Institutions, mobility and resilience in the Fante migratory fisheries of West Africa. CMI Working Paper, 2001:2, Chr. Michelsen Institute.
- Platteau, J.-P. (1995) A framework for the analysis of evolving patron–client ties in agrarian economies. *World Development*, 23(5), pp. 767–786.
- Rogaly, B. and Rafique, A. (2003) Struggling to save cash: Seasonal migration and vulnerability in West Bengal, India. *Development and Change*, 34(4), pp. 659–681.
- Sen, A. (1981a) Ingredients of famine analysis: Availability and entitlements. *The Quarterly Journal of Economics*, 96(3), pp. 433–464.
- Sen, A. (1981b) *Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation* (Oxford: Clarendon Press).
- Sen, A.K. (1999) *Development as Freedom* (New York: Anchor Books).

- Steinbrink, M. (2009) *Leben zwischen Stadt und Land. Migration, Translokalisierung und Verwundbarkeit in Südafrika* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften).
- United Nations Development Programme (2009) *Human Development Report: Overcoming Barriers: Human Mobility and Development* (New York: Palgrave Macmillan).
- Warner, K., Afifi, T., Stal, M. and Dun, O. (2009) Researching environmental change and migration: Evaluation of EACH-FOR methodology and application in 23 case studies worldwide, in: F. Laczko and C. Aghazarm (eds) *Migration, Environment and Climate Change: Assessing the Evidence* (Geneva: International Organization for Migration), pp. 197–244.
- Watts, M.J. and Bohle, H.G. (1993) The space of vulnerability: The causal structure of hunger and famine. *Progress in Human Geography*, 17(1), pp. 43–67.

Erklärung

nach Paragraph 6 Absatz 6

der Promotionsordnung der Universität Bremen für die Verleihung des Grades Dr. rer. pol. und für Studierende der Bremen International International Graduate School for Social Sciences (BIGSSS) des Grades Doctor of Philosophy PhD durch die Fachbereiche 7, 8 und 11 vom 24. Juli 2014.

Hiermit erkläre ich, dass

- (1) die Arbeit ohne unerlaubte fremde Hilfe angefertigt ist;
- (2) keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden;
- (3) die den benutzten Werken wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche gekennzeichnet sind und
- (4) eine Überprüfung der Dissertation mit qualifizierter Software im Rahmen der Untersuchung von Plagiatsvorwürfen gestattet ist.

Bremen, 29.09.2014

(Johannes Herbeck)

